

22 JUN 1917

— Sechszundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 24.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen

Posen, den 20. Juni 1917.

Inhaltsangabe: Inland: Die polnische Frage und die Alldeutschen. S. 1013—1014. — Reiseindrücke aus dem Königreich. S. 1015. — Kaiser Karls Thronrede. S. 1016. — Die Schul- und Sprachenfrage. S. 1017—1018. — Propst Bisiecki-Bnin, Abgeordneter. S. 1019. — Die politische Haltung der Fraktionen. S. 1019. — Zeitungsstreit wegen der neuen Aktion Napieralskis und des Zentrums in Oberschlesien. S. 1021—1034. — Parteigezänk. S. 1034. — Angeblicher Spendenzwang in Schildberg. S. 1035. — Die polnischen Bankten bereiten sich für den Konkurrenzkampf im Königreich vor. S. 1035. — Die Fronleichnamfeier in Posen. S. 1035—1036. — Der Streit wegen der polnischen Nationalkirche. — S. 1036. — Befestigtes Gebiet: Der Bescheid der Mittelmächte an den Staatsrat. S. 1037—1041. — In Erwartung der Haltung des Staatsrats. S. 1041—1042. — Konsolidierungs- und Parteifragen. S. 1043. — Die Einschränkung des Werbeapparats. S. 1044. — Vorschriften für Versammlungen in Warschau. S. 1045. — Kielce: Kampf gegen die deutsche Sprache. S. 1046. — Litauisches. S. 1046. — Ausland: Die Krakauer Beschlüsse des Polenklubs. S. 1047—1052. — Das Emigrantentum und das Mutterland. S. 1052.

Die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 203 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 10. Juni 1917.

In einem Artikel, welcher die österreichischen Kriegsziele und die polnische Frage behandelt, knüpft die „Gaz. Nar.“ an einschlägige Ausführungen der „Berliner Neuesten Nachr.“, der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Grenzboten“ folgende Bemerkung:

..... „Wenngleich somit die polnische Sache nicht im Sinne der Alldeutschen erledigt wurde und sie möglicherweise auf dem künftigen Friedenskongreß noch Umgestaltungen erfahren wird, so veranlaßt doch die Zurückhaltung, welche gewisse Kreise der polnischen Volksgemeinschaft ihr gegenüber beobachteten, zum Nachdenken. Schon die Bildung einer polnischen Armee stieß in unserer Volksgemeinschaft auf einen gewissen Widerstand; es ist aber doch bekannt, daß die Koalition, so oft die Angelegenheit der polnischen Armee zum Diskussionsgegenstand in der ausländischen Presse wurde, größeres Interesse für die polnische Sache bekundete. Heut sehen wir, wie aus Warschauer Korrespondenzen hervorgeht, daß die Sache ins Stocken geraten ist.“

Man kann vermuten, daß Deutschland kein Interesse mehr daran hat, daß die Angelegenheit der polnischen Armee rasch fortschreite. Auch der Keim der künftigen polnischen Regierung, der provisorische Staatsrat, ist auf einem toten Punkte stecken geblieben. Aber das Interesse des künftigen polnischen Staates heischt doch, daß eine Armee da sei und daß das polnische Regiment sich allmählich entwickle. Das sollte bei den Leuten in unserer Volksgemeinschaft Beachtung finden, welche der polnischen Armee und dem provisorischen Staatsrat abhold sind. Man weiß noch nicht, welches das Endergebnis der Abmachungen zwischen den beiden Mittelmächten in der polnischen

Sache sein wird; es fällt jedoch auf, daß unsere Gegner (die Alldeutschen) über die vermeintliche Erledigung dieser Frage sehr beunruhigt sind.“

Aus Nr. 69 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 9. Juni 1917.

Das Graudenzener Blatt beschäftigt sich mit den jüngsten Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung“ in Sachen der polnischen Frage im Königreich Polen und bemerkt dazu folgendes:

Es ist fürwahr schade, daß die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrem Beschlusse, sich in die polnische Frage nicht hineinzumischen, nicht ausgeharrt hat. Im übrigen haben die Alldeutschen und Hafatisten nicht den geringsten Grund, über die Polen herzuziehen, denn gerade sie und ihre Zeitungen tun alles, was sie nur können, um die Polen gegen die Deutschen abgeneigt zu machen.

Es ist schwer zu verstehen, was das alldeutsche und hafatistische Blatt von den Polen und vom Staatsrate haben will. Wir möchten gerne wissen, was sich diese „Befreiten“ gegenüber den „Befreierten“ herausnehmen!

Zunächst bemerken wir, daß, wenn sich der Hauptredakteur der „Deutschen Tageszeitung“ in das Generalgouvernement Warschau begeben möchte, er sich überzeugen würde, wie wenig sich die polnische Bevölkerung „befreit“ fühlt. Und warum? Weil in den Ämtern im Warschauer Reich lauter Anhänger der „Deutschen Tageszeitung“, also Hafatisten und Alldeutsche, sitzen. Was aber das Regiment der vom hafatistisch-alldeutschen Geiste durchtränkten Beamten im Königreich Polen bedeutet — das weiß jeder, der da sieht, wie z. B. im preußischen Teilgebiete sich manche Beamten gegenüber der beabsichtigten Änderung zum Besseren in der Traktierung der Polen benehmen. Und was geschieht erst dort!

Daß die Polen das ihnen bewiesene Wohlwollen in gehöriger Weise abzuschätzen verstehen, das beweist

z. B. die Tatsache, daß sich General von Beseler einer solchen Sympathie unter den Polen im Königreich Polen erfreut, der sich bis jetzt noch kein Deutscher zu erfreuen hatte. Auch der Verwaltungschef, Herr von Kries, und manch ein Kreischef erfreuen sich der Sympathie der Bevölkerung. Daß aber die Bevölkerung des Königreichs Polen über das Okkupationsregiment im allgemeinen sehr unzufrieden ist, beweist die Tatsache, die kein Geschreibsel der alldeutsch-hakatistischen Zeitungen beseitigen kann.

Vor kurzem noch verlangten wir, daß bei uns in Preußen die hakatistischen Beamten beseitigt würden, denn erst dann wird die polnische Bevölkerung wissen, daß für sie bessere Zeiten kommen.

Noch mehr nötig ist die Beseitigung der Hakatisten und Alldeutschen aus den Ämtern im Königreich Polen, wenn der Regierung daran gelegen ist, daß sich die Stimmung der Bevölkerung, die gegenwärtig in der Tat sehr schlimm ist, änderte.

Wenn also der Staatsrat nach der Berufung eines Regenten trachtet, wenn er sich bemüht, ihm die Rechte einer tatsächlichen Regierung zu geben, die ihre eigenen polnischen Beamten anstellen würde, so liegt das doch nur im Interesse der Okkupationsmächte. Denn er kann so zur Beseitigung der Unzufriedenheit beitragen, welche gegenwärtig unter der Bevölkerung des Warschauer Generalgouvernements herrscht.

Wir möchten überhaupt der deutschen Regierung raten, die Erleichterungen und Zugeständnisse nicht tropfenweise folgen zu lassen, denn das hat zur Folge, daß jedes Mal, wenn ein solcher Tropfen herabtröpfelt, die Erbitterung und Unzufriedenheit nur noch größer wird. Möge die deutsche Regierung endlich zur großen Tat übergehen. Nur das kann eine Änderung zum Besseren bringen.

Aus Nr. 70 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 12. Juni 1917.

Kriegsziele.

Die Besprechungen der Kriegsziele, d. h. der Vorteile, welche das Deutsche Reich durch diesen Krieg erlangen soll, sind im vollen Gange.

Für jeden, der etwas scharfsinnig sieht, der Augen hat, um zu sehen, was ist und was geschieht, stellt sich die Sache so dar, daß wohl ein Friede ohne Eroberungen und ohne Kriegsentschädigungen eintreten wird. Das heißt, daß keiner der kriegführenden Staaten fremdes Land an sich bringen und irgendeine Kriegskostenentschädigung von einem andern erhalten wird, sondern jeder seine Kosten selbst wird tragen müssen.

Das sind natürlich sehr traurige Aussichten für diejenigen, denen es schien, daß dieser schreckliche Weltkrieg nur einige Monate dauern, daß er ein siegreicher Spaziergang durch fremde Länder sein und mit der Besignahme ungeheurer Gebiete fremden Landes und einer reichen Beute unzähliger Millionen — in Gold — enden werde.

Wer solche weitgehenden Pläne hatte, dem wird es allerdings schwer fallen, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß weder ein Länderzuwachs noch eine Einnahme von Milliarden an Kriegskostenentschädigung eintreten werde.

Jedes Land hatte und hat solche Annexionisten oder Eroberer, — und im Deutschen Reich hatten und haben namentlich die Alldeutschen und Hakatisten solche breiten Pläne.

Was wollten die Hakatisten und Alldeutschen nicht alles einnehmen! Nachdem im Jahre 1915 nach den schrecklichen Niederlagen der Russen die deutsche Front sich weit nach Osten vorgeschoben hatte und nachdem das Königreich Polen und ein großer Teil von

Litauen und Kurland in die Hände des siegreichen deutschen Heeres geraten waren, kannte der Eroberungsplan der Hakatisten und Alldeutschen keine Grenzen. Sie wollten Polen nehmen, Litauen, Kurland, Belgien, einen Teil von Frankreich — und wer weiß was noch mehr. Als man damals in den verschiedenen alldeutschen Zeitungen las, welche angenehmen Sachen für die Bewohner dieser Landesteile in Aussicht genommen und welche räuberischen Pläne gemacht wurden, wurde man von einem schauerhaften Gefühl ergriffen. Seit dem Jahre 1916 hat der Lauf der Kriegsergebnisse so manchen hakatistisch-alldeutschen Plan begraben, und so mancher Eimer kalten Wassers hat ihre Köpfe und ihre Eroberungshitze abgekühlt.

Nach dem Jahre 1915 haben die hakatistischen Alldeutschen einen bedeutend tieferen Ton angeschlagen. Allerdings haben sie noch mit den Zähnen gefnirscht, als die Mittelmächte jenes Manifest erließen, welches dem freien und unabhängigen Polen ein staatliches Dasein garantierte. Denn sie hatten noch immer die Hoffnung gehegt, daß man mit dem alten Freunde, dem russischen Zarentum, wegen eines Teiles des polnischen Landes noch werde handeln und mit eiserner Faust ein neues Stück polnischen Landes dem deutschen Staate werde zuschlagen können. Nachdem aber die russische Revolution die russische Regierung der Tschinowniks hinweggesetzt hatte, welche wohl ein Stück polnischen Landes würde veräußert haben, haben die hakatistischen Alldeutschen die Hoffnung auf eine Eroberung oder auf eine neue Teilung Polens wohl aufgegeben.

Sogar die verbissenste hakatistische „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der großen Industriellen, die an dem kriegerischen Blutverluste Milliarden verdient haben, hat neuerdings erklärt, daß sie von Polen kein Stückchen Land haben wolle.

So wird es wohl auch besser sein, denn der Pole ist ein sehr unverdauliches Geschöpf. Er könnte womöglich Hunderte von Jahren im Magen liegen und schwere Unverdaulichkeiten zur Folge haben. Und mit den Polen ein Spiel treiben, wie es sich die hakatistischen Alldeutschen wünschen, würde nach dem Kriege kaum angängig sein. Denn nach diesem Kriege wird die eiserne Faust die Welt wohl nicht mehr schütteln und regieren.

Daher ist es gut, daß die Herren Hakatisten und Alldeutschen schon grundsätzlich auf jeden Teil polnischen Landes verzichten. Allein ihr Appetit ist immerhin noch sehr groß, und ihre Eroberungspläne sind noch sehr breit.

Wenigstens Litauen und Kurland möchten sie haben — und im Westen — Belgien und das französische Erz- und Eisenbecken usw.

Wir möchten nur gern wissen, wie die Herren Hakatisten und Alldeutschen diese Enteignungen bewerkstelligen wollen. Das deutsche Heer hat unstrittig große Siege errungen und hat Belgien, Litauen, Kurland und einen Teil von Frankreich in seinen Händen. Die Feinde sind aber noch nicht niedergelagert, und die Waagschale hat den Sieg auch noch nicht endgültig entschieden.

Die Herren Hakatisten und Alldeutschen werden doch wohl nicht behaupten wollen, daß dieses bald geschehen werde. Die Waffen werden diesen Krieg kaum entscheiden. Wenn die rasenden Völker sich nicht bald dazu entschließen sollten, dieser ungeheuerlichen blutigen Raserei durch vernünftige Unterhandlungen ein Ende zu bereiten, dann wird sie wohl auf dem wirtschaftlichen Gebiete infolge Mangels an Nahrungsmitteln, infolge einer allgemeinen Hungernot beendet werden müssen.

Wenn aber die Unterseeboote England vorher aushungern und unterjochen sollten — was dann?

Die alldeutsche „Deutsche Tageszeitung“ hat selbst gesagt, daß das nur einmal gelingen könnte. Zum

zweiten Male würde solch. ein Unterseebootkampfs nicht mehr glücken, weil England dann auf ihn vorbereitet sein würde.

Selbst wenn es jetzt also gelingen sollte, England auszuhungern, niederzuringen und zu einem für Deutschland vorteilhaften Frieden zu zwingen, so würde dieser Friede doch nur ein vorübergehender sein. Nach einigen Jahren würde ein neuer Krieg ausbrechen.

England stellt seinen Weltstaat gegenwärtig auf ganz andere Grundlagen, und deshalb muß seine Land- und Seemacht zukünftig wachsen und erstarken, sowie auch die Macht seiner Verbündeten. Und zu diesen Verbündeten gehört augenblicklich schon der größte Teil der Erdoberfläche. Deutschland dagegen kann sich im Falle eines vorteilhaften Friedens nur in einem bescheidenen Umfange entwickeln, und ein neuer Krieg würde sicherlich weit schlimmer enden als der gegenwärtige.

Mögen die Herren Hafatisten und Alldeutschen sich die Gedanken an den Gewinn fremder Länder und Zehner-Milliarden Kriegskostenentschädigung aus dem Kopfe schlagen. Mögen sie mit ihrem Schreien nach Eroberungen und Entschädigungen den Krieg nicht unnütz verlängern und die Regierung an einem Friedensschlusse ohne Eroberung und ohne Entschädigung nicht hindern!

Aus Nr. 129 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 9. Juni 1917.

Eindrücke und Betrachtungen.

Von den Verhältnissen im Königreich Polen kann man keine richtige Vorstellung gewinnen, selbst wenn man die dortigen Blätter der verschiedensten Richtungen, sowie die Stimmen des Auslandes über die Lage in Polen fleißig studiert. Bekanntlich darf heut nicht über alles geschrieben werden. Deshalb vermag nur eine Informationsreise durch Polen und eine Untersuchung der dortigen Zustände an Ort und Stelle auf Grund persönlichen Verkehrs mit der Bevölkerung und mit den Behörden entsprechendes Material zu einer richtigen Beurteilung dieser Verhältnisse verschaffen. Man muß aber die Lage in Polen mit dem Auge eines objektiven Beobachters und nicht etwa durch das Prisma eines Chauvinisten, eines Partikularisten oder eines Anhängers des Regierungssystems sondieren.

Heute wird in Polen alles von dem Krieg und seinen Notwendigkeiten beeinflusst, die schwer und hart, aber als Notwendigkeiten eben — notwendig sind.

Und es ist ein offenes Geheimnis, daß in Folge des Krieges in den Hauptmassen ebenso der polnischen, wie der deutschen Bevölkerung die Ernährungsfrage in den Vordergrund getreten ist. Jedes wenn auch noch so ernste Gespräch fängt gewöhnlich mit dem schönen Worte „Krieg“ an, und wendet sich dann sofort dem Thema der Volksernährung zu.

— „Sie sind aus der Provinz Posen? Was hört man dort vom Kriege? Mit der Ernährung soll es bei Ihnen besser stehen, als bei uns. Denken Sie sich, ein Pfund (400 Gramm) Zucker kostet bei uns drei Mark! Es herrscht eine Not, mein Herr, von der man vor Zeiten nicht geträumt hätte. Früher war es doch besser. Allerdings, das macht alles der Krieg! Aber trotzdem könnte gar manches doch besser sein.“

— „Und tatsächlich könnte es in gar mancher Beziehung besser sein, — und zwar nicht nur im Königreich Polen, sondern auch bei uns im Posener Lande und überhaupt in den Staaten der Mittelmächte. Daran ist aber das System schuld, nach welchem vom grünen Tische aus ohne die nötige Kenntnis der Verhältnisse, der lokalen Bedingungen und Bedürfnisse regiert wird. Der Hauptfehler dieses

Systems besteht aber darin, daß es ein zu umfangreiches Beamtenpersonal verlangt und zu wenig die Tatsache berücksichtigt, daß jede Staatseinrichtung zum überwiegenden Teil aus Bürgern bestehen soll, die sich ebenso ihrer Rechte, wie ihrer Pflichten dem Nächsten und dem Staate gegenüber bewußt sind.

Im Königreich Polen wurde vor dem Kriege für die Ausbildung solcher Bürger überhaupt nicht gesorgt. Aber auch bei uns gab es zu viel Beamte und zu wenig selbstbewußte Bürger. Und das rächt sich heute ebenso an uns, wie an unseren Brüdern im Königreich Polen.

Es könnte also tatsächlich besser sein. Das ist eine Wahrheit, die sich absolut nicht leugnen läßt. Unsere Volksgemeinschaft hätte sich aber auch entschiedener auf den Standpunkt des Aktes vom 5. November stellen und eine energischere Haltung einnehmen sollen.

— „Das stimmt wohl, mein Herr, aber die Mittelpartei und die Nationaldemokratie hatten doch die Lösung zur Passivität ausgegeben. Und das rächt sich eben heute. Außerdem gab es bei uns keine Aktion, die zum Zwecke der Selbsthilfe organisiert worden wäre. Und eine solche Aktion ist ja schon in Friedenszeiten, und um so mehr zur Zeit des Krieges durchaus notwendig. Andererseits begreife ich auch, daß jeder Staat und hauptsächlich ein solcher, welcher um seine Existenz ringen muß, vor allem auf sein eigenes Interesse bedacht ist, und zwar um so mehr, als er sieht, daß die lokale Bevölkerung für ihre eigene Sache, auch wenn es sich um Lebensfragen für sie handelt, nichts tut, sondern sich ganz apathisch verhält. Machen sich bei Ihnen im Posenschen ähnliche Erscheinungen ebenfalls bemerkbar?“

— „??“

— „Doch wohl nicht, denn dagegen spricht ja Ihre Rettungsaktion. Für diese werden wir Ihnen stets dankbar bleiben.“

— „Wir arbeiten auch“, antwortete ich, „wir arbeiten zwar unter außerordentlich schweren Bedingungen, aber wir arbeiten immerhin. Es fehlt zwar auch bei uns nicht an apathischen und pessimistischen Elementen, aber andererseits haben wir in unserer Mitte auch Aktivisten und diese gewinnen von Tag zu Tag an Bedeutung.“

— „Diese Überzeugung gewinnt man allerdings ebenso aus den Stimmen Ihrer Presse, wie aus den Privatgesprächen. Anfangs war es ja anders. Heute hüllen sich aber, Gott sei Dank, sogar solche Blätter, die sich bis dahin als Anhänger der gegenwärtig doch allein möglichen aktivistischen Richtung auf keinen Fall bekennen wollten, mit possierlichem Verzweiflungsmut in den Mantel der Aktivisten. Daß sie sich dabei lächerlich machen, ist nebensächlich; Hauptsache ist es, daß sie sich jetzt einer Richtung anschließen, die auch bei uns immer mehr an Kraft gewinnt. Denn Sie sollen sehen, daß bei uns der Staatsrat trotz aller Angriffe der Mittelpartei und der Nationaldemokraten auf seinem Posten verharren wird. Das kann ich ruhig behaupten, denn ich kenne die Verhältnisse bei uns und ebenso alle diese Herren. Zwei oder drei von ihnen werden zurücktreten, aber die übrigen werden ausharren.“

Und nun erst dieser herrliche Kronmarschall! Das ist wirklich ein prächtiger Kopf? Kennen Sie auch die Affäre des Vorsitzenden der Mittelpartei?“

Der Zug geht weiter. Überall sieht man gut bestellte Felder. Ich bin zwar selbst nicht Landwirt, aber mein Reisegefährte ist ein solcher, und er versichert, daß die Ernte nicht schlecht sein werde, jedenfalls nicht schlechter, als in anderen Jahren. Er behauptet auch, daß sie sich höchstens um 2 bis 3 Wochen verspäten werde. Obwohl ich nicht Landwirt bin, kann ich auch selbst schon feststellen, daß die Felder hier nicht schlechter aussehen als bei uns, ebenso im Osten wie im Westen. Ich sehe auch keinen Unterschied zwischen dem Saaten

stande vor dem Kriege und jetzt. Im Gegenteil, es kommt mir sogar vor, als wenn jetzt mehr Boden und besser bebaut wäre.

Wir sprachen mit meinem Reisegefährten dann noch von den Requisitionen im Königreich Polen. Mein Reisegefährte behauptet, daß die Nachrichten in der Lemberger Presse in dieser Hinsicht übertrieben seien. Gewisse Verbote wären geradezu unumgänglich gewesen; „das muß ich“, sagte er, „als Landwirt und vor allem als Pole anerkennen.“

— „Unsere Landwirte waren nämlich, so z. B. in den Gouvernements direkt von der Sucht befallen, Buchergeschäfte zu treiben. Und einem solchen Treiben mußte doch ein Ende gemacht werden...“

In den größeren Städten, hauptsächlich in Lodz und Warschau, herrscht eine furchtbare Not. Die Okkupations- und die polnischen Behörden tun alles Mögliche, um sie zu lindern. Es wäre dort wohl die Einführung der Nahrungsmittelmarken und der Rationierung am Plage.

Die Okkupationsbehörden verstehen sich aber mit wenigen Ausnahmen gar nicht auf die Psyche der Bevölkerung im Königreich Polen. Diese Bevölkerung wird ganz unnützerweise durch Kleinigkeiten gereizt, deren Beseitigung gar nicht schwer fallen und doch schon eine Änderung in dem gegenseitigen Verhältnis zur Folge haben würde. Es könnte auch das Beamtenpersonal im Königreich Polen sich in einer weit größeren Zahl aus der einheimischen Bevölkerung rekrutieren. Es fehlt doch in Polen nicht an Personen, welche ebenso der polnischen, wie der deutschen Sprache hinreichend mächtig sind. Statt dessen werden aber ganz unnützerweise Beamte aus Deutschland hergeholt, die angesichts des Beamtenmangels in Deutschland in ihrem eigenen Staate eine viel bessere Verwendung finden würden, während sie im Königreich Polen der gegenseitigen Verständigung nur im Wege stehen, um neuen Agitationsstoff für jene Elemente zu liefern, welche mit der gegenwärtigen Lage der Dinge nicht zufrieden sind.

Die Okkupationsbehörden scheinen sich auch keine Rechenschaft darüber abzulegen, daß jede Stimme der Unzufriedenheit in das Ausland dringt und dort, sogar bei den Neutralen, zu ernststen Zweifeln bezüglich der wohlwollenden Tendenzen der Mittelmächte, von denen immer gesprochen wird, Anlaß gibt. Der Wille eines Starken stößt in Polen — wir sind oft Zeugen davon — in tausend Fällen auf einen, wenn auch nur schwachen, aber infolge seiner öfteren Wiederholung doch mächtigen Widerstand auf seiten der scheinbar nur unbedeutenden Beamten. Seine Durchführung wird auf diese Weise behindert. Angesichts dieser — vielleicht unbewußten — Maulwurfsarbeit der Bureaukratie verliert dieser Akt vom 5. November bei den breiten Massen der polnischen Bevölkerung vollständig seine Bedeutung. Und das ist doch kein erwünschter Zustand.

Diese Bevölkerung wird sonst auch durch Lappalien gereizt. Selbst Theaterzettel und ganz geringfügige Anzeigen müssen den Vermerk tragen, daß sie mit Erlaubnis der Zensur gedruckt sind. Wozu denn das? Ruht darin etwa das Heil? Und man könnte tausend ähnliche Fälle bürokratischer Herrschaft anführen.

Also weniger Beamte und mehr Bürger! Weniger Fremde, die anderswo besser zu verwenden sind, und mehr Einheimische! Die Okkupationsmächte konnten z. B. bis dahin trotzdem nicht verhindern, daß der Bucher im Königreich Polen blüht, daß eine Unmenge von Nahrungsmitteln trotz aller Verbote für einen unerhörten Preis aus dem Königreich Polen nach Deutschland exportiert und ebenso aus Deutschland nach dem Königreich Polen importiert wird, um von dort heimlich als Verkaufsware nach Deutschland zurückzukommen und dort zu unerhörten Preisen verkauft zu werden. In Kattowitz z. B. wird darüber

gar manches erzählt. Man müßte also Polen jetzt schon der eigenen Regierung überlassen und für sich selbst mit Rücksicht auf die Kriegsbedürfnisse, wenn auch bis zum Ende des Krieges nur das, was durchaus notwendig ist, reservieren. Denn eine Lage, die sowohl für die Mittelmächte, als auch für das Königreich Polen vorteilhaft wäre, kann in Polen nur durch eine starke polnische Regierung mit einem Regenten an der Spitze geschaffen werden.

— „Was sagt man im Posenschen aber zu der Menge unserer politischen Parteien?“ fragte mich weiter mein Reisegefährte. Es war schwer, darauf eine Antwort zu geben. Aber meine Ansicht darüber läßt sich am besten an folgendem Gleichnis illustrieren.

Die Feldarbeiten sind beendet. Die Zeit der Ernte ist gekommen. Man wartet auf die Einfuhr. Die Knechte und die Mägde haben sich versammelt, um mit der Arbeit zu beginnen. Sie scherzen mit einander; es bilden sich unter ihnen Kreise und Gruppen, zumal die mutwillige Politik mit allen, nach links und nach rechts, kokettiert. Der Vogt läßt lange auf sich warten. Sobald er aber erschienen ist, wird die Arbeit unter Gesang zur allgemeinen Zufriedenheit von statten gehen. Denn die Ernte ist schön, und es fehlt auch nicht an Arbeitskräften. Dieser Vogt ist nun der polnische Regent; er muß aber stark und energisch sein. Er muß wissen, welche Anordnungen er zu treffen hat und wie er ans Werk gehen soll. Dann werden alle Streitigkeiten aufhören und die Arbeit selbst wird beginnen, — und diese Arbeit wird dann auch eine nutzbringende, ergiebige und segensreiche sein. Eska.

Aus Nr. 67 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 5. Juni 1917.

Zur Thronrede des Kaisers Karl I.

bemerkt die „Gazeta Grudziadzka“ folgendes:

Diese Rede ist mehr als eine gewöhnliche, durch die Regierung vorbereitete Thronrede. In dieser Rede ist sicherlich viel eigene Arbeit des Kaisers enthalten, und man darf wohl sagen, daß sie weniger ein Regierungsprogramm als ein Programm des Kaisers selbst enthält.

Diese Rede des Kaisers Karl hat eine sehr große Bedeutung, weil er mit ihr die Herzen des Volkes ergriffen hat, insbesondere die Herzen der slawischen Völker, also der Polen, der Tschechen usw. und weil er darin dem Volke freie, nationale und kulturelle Entwicklung und nationale Gleichberechtigung zusichert.

Daher werden die slawischen Herzen in Österreich sich sicherlich mit aufrichtiger und herzlichster Liebe auch dem neuen jungen Monarchen zuwenden.

Nur die österreichischen Deutschen und ganz besonders die deutschen Fanatiker, werden mit der Thronrede ihres Kaisers vielleicht nicht zufrieden sein. Denn diese, etwa 7 Millionen an der Zahl, träumten von einer Herrschaft über mehr als 14 Millionen verschiedener Slawen. Sogar noch zur Zeit des gegenwärtigen Krieges, in welchem ungefähr 30 Millionen Slawen zum Schutze Österreich-Ungarns und Deutschlands ihr Blut vergießen, haben sie die Slawen schwer benachteiligen wollen. Sie verlangten nämlich, daß die österreichische Regierung ohne die Zustimmung des Parlaments den 14 Millionen Slawen die deutsche Sprache als einzige Amtssprache aufdränge. Für das vergossene Blut wollten sie also den österreichischen Slawen ihre bisherige Sprachenfreiheit entreißen. Und zu diesem Unrecht wurden die österreichischen Deutschen durch die Alldeutschen und Fakatifisten des Deutschen Reiches getrieben, also durch dieselben Leute, die für das von den Polen vergossene Blut zum Schutze der

Interessen des deutschen Staates nach dem Kriege eine noch grausamere Verfolgung der Polen entfesseln möchten, als wir sie vor dem Kriege hatten.

Der edle, junge österreichisch-ungarische Monarch hat diesen Gelüsten der österreichischen Deutschen aber ein Ziel gesetzt und erklärt, daß er gewissenhaft an der Verfassung festhalten und im Sinne einer wirklichen Volksregierung regieren werde und allen seinen Völkern Gleichberechtigung, sowie freie nationale und kulturelle Entwicklung sichern wolle.

Kaiser Karl weiß es offenbar sehr gut, daß er sich nur durch solch ein Verhalten die Liebe der slawischen Völker sichern kann und nicht durch Verfolgung, Bedrückung und Rechtlosigkeit. Also wird Kaiser Karl, wenn seinen Worten auch die Taten folgen werden, sich die Liebe der ihm untergebenen Slawen bestimmt erwerben. Und darauf scheint er es, wie Leute, welche die Verhältnisse gut kennen, sagen, gerade abgesehen zu haben.

Aus Nr. 127 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 7. Juni 1917.

Die Agitation gegen die Zugeständnisse an die polnische Sprache im Schulunterricht.

Allgemein ist in der Welt der Grundsatz zur Annahme gelangt, daß man die Jugend frühzeitig mit den Wahrheiten des Glaubens und der Sittlichkeit sowie mit den Heilmitteln vertraut machen müsse. Darum wird auch allgemein dem Religionsunterricht die erste Stelle unter den Unterrichtsgegenständen zuerkannt. Die Religionsstunden sollen sich, wie die in den katholischen Lehrerseminaren eingeführten pädagogischen Handbücher lehren, nicht lediglich darauf beschränken, den Kindern gewisse Kenntnisse beizubringen, ihr Gedächtnis mit Katechismuszmaterial zu bereichern, sie sollen nicht lediglich damit endigen, daß religiöse Begriffe erläutert werden, sondern sie sollen darüber hinaus ein Mittel zur religiösen Erbauung sein, sie sollen zur Veredelung des Gefühls beitragen und zu einem frommen Lebenswandel gemäß den Forderungen der Kirche führen. Sogar der für die Posener Volksschulen i. J. 1900 eingeführte Lehrplan sagt in dem Teile, welcher den katholischen Religionsunterricht betrifft: „Aufgabe des Religionsunterrichts ist es, die Kinder mit den Heilswahrheiten gemäß der Lehre der katholischen Kirche und mit den Pflichten vertraut zu machen, die sie gegen Gott, die Kirche, sich selbst und die Nächsten haben. Der Unterricht soll die Schüler befähigen, mit Verständnis an der häuslichen und kirchlichen Andacht teilzunehmen.“

In der gegenwärtigen, durch die Bock'sche Schrift angefachten Agitation gegen Zugeständnisse für die polnische Sprache im Schulunterricht traten in dieser Beziehung abweichende Anschauungen zu Tage. Unter Annahme des Grundsatzes, daß die Hauptaufgabe der von polnischen Kindern besuchten Schule das politische Ziel sei, die Schüler dazu zu bringen, daß sie sich in den Lebensverhältnissen nach Möglichkeit ausschließlich der deutschen Sprache bedienen, forderte mit Einschluß des Herrn Bischofs die Mehrheit der am 11. Mai in Posen ratschlagenden Lehrer, daß jener Voraussetzung alle Rücksichten unterzuordnen seien. Der Religionsunterricht solle in erster Linie als Übung in der deutschen Sprache dienen. Bischof beruft sich in seinem Vortrage auf die Ansicht des Herrn Bock, welcher die Berücksichtigung des polnischen Religionsunterrichts durch die preußische Regierung i. J. 1886 einen Frontwechsel in der Sprachenpolitik genannt hat. (Es folgen die einschlägigen Ausführungen der Lehrer Witte und Lange, sowie des Rektors Schwachow in der Posener Lehrerversammlung; dann heißt es weiter:)

In Posen findet der Religionsunterricht für die polnischen Kinder auf der Mittel- und Oberstufe in allen Schulen, in Wilba sogar schon von der 6. Klasse an, und in allen 4 Mittelschulen sowie in den Schulen im Stadtteil Lazarus schon von der untersten Klasse an in deutscher Sprache statt. Die Versammlung des Posener Lehrervereins hält nach dem am 1. Mai gefaßten Beschluß „jede Änderung des deutschen Charakters der Volksschule im Großherzogtum Posen für verderblich“. Angesichts dessen erinnern wir daran, daß das Konzil von Trient bestimmt hat, der Religionsunterricht solle in der Sprache des Volkes, d. h. in der Muttersprache erteilt werden. Die katholische Kirche hat — wie unser Abgeordneter Propst Stychynski in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 8. Mai mit recht hervorgehoben hat — stets die Notwendigkeit des muttersprachlichen Religionsunterrichts anerkannt. Das heißt das Wohl der einzelnen Individuen, der Familie, des Landes und somit auch des Staates. Die polnischen Familien werden niemals weder im Hause noch in der Kirche ein deutsches frommes Lied singen; sie werden auch in keiner anderen Sprache, als nur in der polnischen, zu Gott beten. Die auf polnische Kinder angewandte Schulpraxis wird somit keine praktische Unterstützung finden.

Die Propaganda gegen mögliche Zugeständnisse der Regierung zu Gunsten der polnischen Sprache in der Schule hat sich schon aus Posen durch Vermittlung des „Posener Lehrervereins“ und eines Rundschreibens des Provinzial-Lehrerverbandes auf die einzelnen Lehrervereine in der Provinz übertragen. Die Posener Entschliebung wurde in Unruhstadt nach einem Vortrage des Lehrers Kunde insofern erweitert, als man zu ihr hinzusetzte: „Für alle Schulen des Großherzogtums Posen und für alle Unterrichtsgegenstände muß die deutsche Unterrichtssprache beibehalten werden.“ Und der Lehrerverein für Wojanowo-Puniz hat in seiner Entschliebung verlangt, daß im Großherzogtum Posen die konfessionellen Schulen noch weiterhin in Simultanschulen umgewandelt werden sollten.

Aus Nr. 129 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 10. Juni 1917.

Die Posener Lehrer als Kritiker der Schulpolitik.

Die handelnde Methode, die zu körperlichen Bewegungen und Gesten ihre Zuflucht nimmt, kann noch so vorzüglich gehandhabt werden, sie wird trotzdem niemals den normalen Unterricht, der sich auf den Gebrauch der Muttersprache stützt, ersetzen können. Sie wird immer nur eine Nachahmung des Taubstummenunterrichts und ein Plagiat der Dressur der Tiere, die ja nur mit Instinkt ausgestattet sind, bleiben. Da nämlich den polnischen Kindern zur Bezeichnung der Handlungen, die sie nach erhaltenen Weisungen zu verrichten haben, die entsprechenden deutschen Ausdrücke fehlen, so müssen ihnen diese Ausdrücke erst vom Lehrer selbst beigebracht werden. Sie werden dann so lange memoriert, bis sie sich dem Gedächtnis des Kindes eingeprägt haben. Infolgedessen gestaltet sich diese von den Mitgliedern des Posener Lehrervereins so warm empfohlene und als neue Errungenschaft auf dem pädagogischen Gebiete angepriesene Aktion zu einer höchst langwierigen mechanischen Dressur. In der richtigen Annahme, daß solche mechanischen Übungen, wenn sie mit Geschöpfen vorgenommen werden, die mit gesunden Sinnen ausgestattet sind und ihre eigene Muttersprache beherrschen, auf die Zuhörer einen peinlichen Eindruck machen müssen, produziert sich die Schule mit diesen Übungen öffentlich nicht gerne, solange sich dieselben noch im Vorbereitungsstadium befinden. Sie tritt erst mit ihren Resultaten hervor, d. h. wenn es die Kinder schon zu einer gewissen

Fertigkeit in der Sprachbildung gebracht haben. Zwecks Demonstrierens dieser Methode wurden in einigen Posener Elementarschulen, so vor allem im Jahre 1913, besondere Musterlektionen veranstaltet; aber den geladenen Gästen wurden damals ebenfalls nur solche Leistungen vorgeführt, die vorher schon gut eingeübt waren, d. h. wo die Kinder schon imstande waren, die betreffenden Handlungen mit einem deutschen Satz zu erklären. Polen wurden zu solchen Produktionen niemals eingeladen. Über eine Ministerialrevision in einer Mädchenschule in Łazarz äußerte sich die „Posener Lehrerzeitung“ in folgender Weise: „Es ist richtig, man hat für den Besuch des Ministers die beste Klasse ausgesucht“. Und ein Regierungsdezernent für die Posener Schulen machte nach einer Revision in der Pestalozzischule folgenden Vermerk im Revisionsprotokoll: „Die Klasse macht den Eindruck, als ob die Schüler deutscher Nationalität wären“. Die Sache stimmte aber auch buchstäblich, denn 3 fälligerweise befanden sich in dieser Klasse mit wenigen Ausnahmen lauter Schüler deutscher Nationalität.

Zu solchen Lektionen in den Stadtschulen wurden auch Kandidaten des höheren Lehramts eingeladen, die in Posen ihren Seminarkursus zu absolvieren hatten. Sie sollten hier mit der handelnden Methode näher bekannt gemacht werden, damit sie sich derselben später selbst bei ihren polnischen Schülern an Stelle der polnischen Sprache bedienen könnten. Aber auch diesen Herren wurde nur das gezeigt, was vorher durch lange Übungen vorbereitet war. Deswegen schrieb auch in dieser Angelegenheit das Organ der Posener Lehrer im Jahre 1913: „Freilich kann es Lektionen geben, die für bestimmte Zwecke zurechtgemacht werden. Solche Lektionen haben wir in den letzten Jahren auch in Posen gehabt. Es waren die sogenannten Musterlektionen für die Teilnehmer an dem staatlichen Seminarkursus. Diese wurden von vornherein für ganz bestimmte Zwecke nach ganz bestimmter Unterrichtsweise zugeschnitten“. Nur ein einziges Mal ist es vorgekommen, daß ein Lehrer auf die Schwierigkeiten aufmerksam machen wollte, mit denen der Anfangsunterricht nach dieser Methode verbunden ist. Er wählte deswegen für seine Übungen ein ganz neues, d. h. noch gar nicht eingeübtes Thema. Da zeigte es sich aber, welchen Wert diese ganze von den Agitatoren in den deutschen Lehrerkreisen und von Herrn Bock so sehr gepriesene Methode eigentlich hat. Über diese Lektion berichtete nämlich damals die „Posener Lehrerzeitung“ in folgender Weise: „Und als das (nämlich die mechanische Vorbereitung) einmal nicht getan war, ist der führende Provinzialschulrat nach wenigen Minuten hinausgelaufen. Niemand hat an den Vorführungen eine Freude gehabt, auch nicht die Hörer, denn diese Lektionen sind, das hat die Kritik zweifellos ergeben, samt und sonders mißraten, weil sie mißraten mußten.“ Ein Stadtschulinspektor aber, der stets sehr eifrig dafür eintrat, daß die polnischen Kinder nur mit Hilfe der Gesten, der Mimik und ähnlicher Anschauungsmittel unterrichtet werden sollen, hat sogar angeordnet, daß diese Methode ebenfalls beim katholischen Religionsunterricht anzuwenden wäre. Als man aber erfuhr, wie empört darüber die Eltern der polnischen Kinder waren, wurde ihm von der Regierung die Weisung erteilt, diese Rolle aufzugeben.

Übrigens wurde in den letzten 40 Jahren die Unterrichtsmethode in den Schulen der Provinz Posen öfters geändert. Jede von diesen Methoden wurde anfangs warm empfohlen, nachher aber erlitt sie immer Mißsato. So ließen früher die Kreisschulinspektoren, wie sich jetzt noch die älteren Lehrer wohl erinnern werden, in einen deutschen Satz polnische Worte als Makaronismen einschalten. Dadurch sollten die polnischen Kinder beim Anfangsunterricht Interesse

für die Sache selbst gewinnen. Die Einschaltung geschah etwa nach folgendem Muster:

„Auf der grünen Wiese sitzt der zając,
Mit den kleinen Pötchen przebierając.“

Als aber alle diese Experimente mißlangen, wurde später die Schuld den deutschen Lehrbüchern zugeschrieben. So folgte auf das Handbuch von Marschall das Übungsbuch von Gabriel. Gegenwärtig bedient man sich des Lesebuches von Girt, das von Bock umgearbeitet wurde. Dieses Buch wurde aber einer scharfen Kritik unterzogen, sogar von seiten der Delegierten der Lehrervereine in einer Versammlung, die im Jahre 1913 in Łissa stattfand. Der damalige Rektor und gegenwärtige Schulinspektor Pacyna nannte es in seinem Vortrage „Unsere Qual mit den Lehrbüchern in unseren utraquistischen Schulen“ ein sehr unpraktisches Handbuch. Nachdem er darauf hingewiesen hatte, daß dieses Buch eine Tabelle mit 1300 deutschen Worten enthalte, sagte er: „Unsere Qual (mit diesem Handbuch) besteht darin, daß die polnischen Kinder in unseren Schulen, die kaum ein deutsches Wort kennen, sich durch dieses Dicksicht von Worten hindurcharbeiten müssen“. Ein solcher Unterricht führt nur zum Plappern und zum oberflächlichen Denken. Daher kommt es, daß die polnischen Schüler selbst dann, wenn sie schon drei Jahre die Schule besucht haben, den Sinn verschiedener deutscher Sätze noch immer falsch auslegen. So haben sie z. B. auch den Satz: „Unser Bürgermeister steht an der Spitze der Stadt“ rein buchstäblich interpretiert.

In derselben Versammlung machte der Kreisschulinspektor Bauermann in seiner Verlegenheit den Vorschlag, daß bei den polnischen Kindern der Schulzwang erst mit dem vollendeten siebenten Lebensjahre beginnen solle. Der Referent in dieser Versammlung machte zum Schluß noch die Bemerkung, daß der durch seine Mißerfolge bei einem solchen Anfangsunterricht nervös gewordene Lehrer gar oft zum Prügeln seine Zuflucht nehme. Und das trifft leider zu.

Der einzige Ausweg aus diesem Problem ist der, daß man der Muttersprache der polnischen Schüler die ihr in der Schule zustehenden Rechte wieder gibt. Solche und nicht andere Lösungen müßten die Posener Pädagogen ausgeben.

Geistlicher R.

Aus Nr. 127 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 7. Juni 1917.

Aus den Schulverhältnissen.

Aus geistlichen Kreisen erhalten wir was folgt:

„Zu Beginn des Krieges hat der Minister erklärt, daß man den Polen gegenüber die ihnen unangenehmen Gesetze mit großer Rücksichtnahme anwenden werde. Ich hörte jedoch kurz nachher von dem verstorbenen Erzbischof Sikowski, der Kultusminister bekenne, daß er den niederen Beamten im Posenschen gegenüber ohnmächtig sei.

Das Blut fließt reichlich, und das Volk setzt großes Vertrauen in die Gebete der Kinder. Auf Bitten, welche an die Schulinspektoren gerichtet wurden, erteilten diese den Bescheid, sie hätten nichts dagegen, daß nach dem Schulgebete in deutscher Sprache für die Soldaten selbst der ganze Rosenkranz in der Muttersprache hergebetet werde.

In der Sitzung eines der Schulvorstände wurde die Sache sehr breit besprochen. Zu ihrem nicht geringen Erstaunen erfuhren die Schulvorstandsmitglieder, daß die Lehrer mit den Kindern das Gebet schon seit 10 Jahren in deutscher Sprache hersprachen. Man suchte die polnischen Mitglieder des Schulvorstandes davon zu überzeugen, daß es eine angesichts des Ernstes des Augenblickes sehr unzeitgemäße politische Aktion wäre, wenn man jetzt mit einem Male das Gebet in pol-

nischer Sprache verlangen würde. Die Mehrheit des Schulvorstandes war jedoch anderer Ansicht, daß nämlich die Angelegenheit des Schulgebetes mit der Politik nichts gemein habe und haben dürfe, wenn die Kinder in der Muttersprache beteten. Gerade die Lehrer und die Schulinspektoren vergäßen die einfachsten pädagogischen Regeln, wenn sie die älteren und sogar die jüngeren Kinder in einer fremden Sprache beten ließen. Schließlich kam die Sache vor die Regierung, die den nachstehenden Bescheid erteilte:

„In Schulen, in denen der Religionsunterricht auf allen Stufen polnisch erteilt wird, ist bestimmungsmäßig auch in polnischer Sprache zu beten.

Etwa vorhandene deutsche Kinder sprechen das Gebet deutsch im Anschluß an das polnisch gesprochene Gebet ihrer Mitschüler.

Nur deutsch sprechende Lehrer können in den von ihnen erteilten Stunden das Gebet allein in deutscher Sprache verrichten, während die Kinder still mitbeten.“

Man kann diesen Bescheid schwerlich einen befriedigenden nennen. Außerdem muß folgendes festgestellt werden: Wenn ein Lehrer das Gebet in deutscher Sprache einführte, dann erhielt er sofort Ostmarkenzulage. Es gibt jedoch bis heutigen Tages noch Helden in ihrer Art, die trotz ihrer zahlreichen Familie nach diesen Zulagen die Hand nicht ausstrecken. Es würde sich verlohnen, die Namen dieser Leute in ein goldenes Buch einzutragen und die jüngeren als Rektoren an polnische Schulen zu berufen.

Angeichts dessen, daß die Orgelpfeifen beschlagnahmt sind, muß auch auf den Kirchengesang der Kinder sorgsam geachtet werden. Wiederum lehren manche Lehrer die Kirchenlieder, andere nicht, da sie wegen der Ostmarkenzulagen Angst haben. Es bleibt nichts anderes übrig, als schriftliche Anträge zu stellen. Ich füge einen eingegangenen Bescheid bei:

„Die Einübung der Kirchenlieder in polnischer Sprache ist keineswegs von der königlichen Regierung verboten, sondern durch die Verfügung vom 3. 4. 97 Nr. 2733 II. Gen. ausdrücklich angeordnet.“

Aus Nr. 131 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 13. Juni 1917.

Propst Bisiecki — Abgeordneter für den Wahlbezirk Koston-Grätz-Schmiegel- Neutomischel.

Grätz, den 12. Juni.

Bei der heutigen Ergänzungswahl für das preussische Abgeordnetenhaus wurde Propst Bisiecki aus Buin mit 306 auf ihn abgegebenen Stimmen gewählt. Die Deutschen enthielten sich der Abstimmung.

Wir freuen uns aufrichtig über die Wahl des neuen Abgeordneten, da wir in ihm einen heißen Patrioten sowie einen energischen und besonnenen Streiter für die polnische Sache erblicken. Gestützt auf das Vertrauen der ganzen nationalen Allgemeinheit wird Propst Bisiecki, wie wir nicht bezweifeln, ein tätiges und nützliches Mitglied der polnischen Landtagsfraktion werden, welche, da sie einen so verantwortlichen Posten einnimmt, in den heutigen mehr als jemals kritischen Zeiten der Mitarbeit der Besten aus der Volksgemeinschaft bedarf.

Die Gazeta Poznańska (Posen) schreibt in Nr. 132 vom 14. Juni in derselben Sache:

„Die Person unseres gestern gewählten neuen Abgeordneten ist unseren Lesern aus vielen Artikeln

bekannt. Sie bietet uns die Bürgschaft dafür, daß die nationale Politik unserer Berliner polnischen Fraktion nicht geschwächt, sondern im Gegenteil noch gestärkt werden wird. Wir schließen mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß diese Wahl schon die letzte sein wird, welche die polnischen Wähler auf Grund des berückichtigten preussischen Dreiklassenwahlsystems haben durchführen müssen, mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß dieses den Erfordernissen der Zeit nicht entsprechende System durch den gegenwärtigen Krieg hinweggesetzt werden wird als eine überlebte Sache, die der Zeiten unwürdig ist, welche kommen müssen.“

Aus Nr. 124 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 7. Juni 1917.

Um die politische Stellung der polnischen Fraktionen.

Von angesehener Seite her erhalten wir folgendes Schreiben, das wir als Material zu einer Diskussion in einer aktuellen Frage veröffentlichen.

Es wird bei uns immer noch über die politische Haltung unserer parlamentarischen Fraktionen gestritten. Von der einen Seite werden unsere Abgeordneten deswegen angegriffen, weil sie zu radikal seien, von der anderen wiederum, weil sie zu wenig und von einer dritten, weil sie zuviel sprächen; schließlich wird ihnen auch der Vorwurf gemacht, daß sie Versöhnungspolitik trieben.

Alle diese Arten von Kritik haben scheinbar ihre Berechtigung. So sind zunächst alle diejenigen im Rechte, welche unseren Fraktionen den Vorwurf machen, daß sie keine positive Politik treiben und deswegen für das Land nichts auszurichten imstande sind, oder daß sie mit anderen Worten nur die nationaldemokratische Politik befolgen. Man ist mit Recht darüber entrüstet, denn unsere Fraktionen vertreten doch die ganze polnische Bevölkerung, in Wirklichkeit betreiben sie aber nur die Politik einer Partei. Deswegen ist es kein Wunder, daß sie von den anderen Strömungen in unserem Lande oft sogar ganz heftig angegriffen werden. Aber alle diese Angriffe sind trotzdem nur scheinbar berechtigt, wie ich bald zeigen will.

Andererseits wird von der nationaldemokratischen Partei und von allen denjenigen, die mit ihr sympathisieren, jede Erklärung eines Mitgliedes unserer Fraktionen in einer ganz leidenschaftlichen Weise bekämpft, die von der Rednerbühne aus im Geiste der Versöhnung abgegeben wird. Scheinbar ist auch diese Kritik der Nationaldemokraten berechtigt, denn die Nationaldemokraten haben sich daran gewöhnt, das absolute Kommando in unseren Fraktionen zu führen, und es hängt in diesen Fraktionen auch tatsächlich alles nur von ihnen ab. Deswegen kann man sich nicht darüber wundern, daß sie darüber empört sind, wenn jemand gegen dieses Kommando zu handeln wagt. Aber dazu sind sie ebenfalls nur scheinbar berechtigt. Denn offiziell, wenn auch nicht tatsächlich, vertreten doch unsere Fraktionen immer noch unsere ganze Volksgemeinschaft. Deswegen haben auch die Nationaldemokraten kein Recht, über diejenigen herzufallen, die in den gesetzgebenden Körperschaften nicht nach ihrem Sinne handeln. Ebensowenig haben natürlich gegebenenfalls ihre Gegner ein Recht zur Kritik, denn in unseren Fraktionen befinden sich doch eben tatsächlich Vertreter aller polnischen politischen Parteien.

So hört der Streit über die politische Haltung unserer Fraktionen nicht auf. Jede Partei will nämlich in diesen Fraktionen die Oberhand gewinnen und mit ihrer Hilfe eine Politik durchsetzen, die sie für die beste hält. Ich glaube aber, daß dieser ganze Streit

auf einer Verkennung der eigentlichen Tatsachen beruht.

Unsere Fraktionen sind nämlich in Wirklichkeit mehr oder weniger nur von dem Kommando der nationaldemokratischen Partei abhängig. Der „Kurjer“ schrieb zwar, daß die Zahl derjenigen, die sich bei unseren Fraktionen offiziell als Nationaldemokraten hätten eintragen lassen, nicht groß sei, aber davon allein hängt das Kommando der Nationaldemokratie in diesen Fraktionen nicht ab. Denn schon seit einer Reihe von Jahren durfte bei uns überhaupt kein Abgeordneter gewählt werden, welcher der Nationaldemokratie nicht eine gewisse Bürgschaft dafür geboten hätte, daß er in der Fraktion ihre Politik nicht trüben werde. Er brauchte also selbst kein Nationaldemokrat zu sein, konnte aber trotzdem ganz gut mit der Nationaldemokratie sympathisieren. Im politischen Leben nennt man solche Parteigänger Hospitanten einer Partei. Ein solcher nationaldemokratischer Parteigänger ist also im Grunde genommen nichts anderes, als ein wirklicher Nationaldemokrat. Er unterscheidet sich von diesen höchstens dadurch, daß die Nationaldemokratie sich gegebenenfalls auf ihn als auf einen Politiker berufen darf, der nicht unmittelbar Mitglied ihrer Partei sei.

Dem Kommando der Nationaldemokratie unterstehen jedoch in unseren Fraktionen nicht allein solche Parteigänger. Auch die Konservativen und Volksparteiler, die der Nationaldemokratie gar nicht angehören, dürfen sich nämlich, wenn sie ein ruhiges Leben führen wollen, dem Kommando der Nationaldemokratie wenigstens nach außen hin nicht widersetzen. Sie sind übrigens auch nur in der Minderheit, und deswegen hat ihre Opposition nichts zu bedeuten. Dafür gewinnt aber an Bedeutung die Tatsache, daß diese Abgeordneten zu der Politik der Nationaldemokratie schweigen müssen. Für die Nationaldemokraten sind somit solche Abgeordnete nicht unbequem; im Gegenteil, es kommt ihnen recht gelegen, wenn in den polnischen Fraktionen sich auch eine Minderheit von Volksparteilern oder eleganten Konservativen befindet, die in keinem Falle ihre Politik zu durchkreuzen imstande ist. Ein Konservativer kann ihnen nämlich sogar recht willkommen sein, wenn die Nationaldemokraten selbst sich dafür entscheiden, dies und jenes „im Geiste der Versöhnung“ durchzusetzen was für sie selbst vielleicht doch kompromittierend wäre. Außerdem ist ein solcher Konservativer auch dann so recht am Platz, wenn es — was zweifellos vorkommt — gilt — diejenigen Bestrebungen in der Fraktion zu dämpfen, die sogar den Nationaldemokraten selbst zu radikal erscheinen. Mit einem Worte, die nicht nationaldemokratischen Elemente, die nicht polemisch veranlagt sind und sich nur nach Ruhe sehnen, werden in unseren Fraktionen sogar recht gern gesehen, und zwar gerade von Seiten der Nationaldemokraten selbst.

Anders wird aber die Sache von denjenigen aufgefaßt, die unser Land vom Terrorismus der Nationaldemokraten befreien möchten. Sie sind der Meinung, daß hier gerade die Theorie am Plage wäre, sich am liebsten niemandem aufzudrängen und deswegen auch in unseren Fraktionen denjenigen die Verantwortung zu überlassen, welche dort herrschen und kommandieren wollen. Diese Theorie würde in unserem Lande vollständige Ruhe schaffen. Deswegen wäre es am besten, wenn unsere Fraktionen vorläufig vollständig im Besitz der Nationaldemokraten verblieben, weil diese ja in Wirklichkeit so wie so in ihnen die Herrschaft führen. Infolgedessen müßten jetzt alle diejenigen Herren, welche von der Nationaldemokratie unabhängig sind, ganz einfach ihre Mandate an die Nationaldemokraten oder ihre Anhänger abtreten.

Daraus würde sich folgendes Bild ergeben: die Fraktionen würden eben Fraktionen für sich bleiben, und der Kampf um ihre politische Haltung würde ganz verstummen. Jede Kritik von Seiten der Nationaldemokratie würde nämlich aufgegeben werden müssen, denn es würde dann nicht mehr möglich sein, daß irgendein Mitglied der polnischen Fraktion eigenmächtig gegen ihren Willen handle. Die Gegner der Nationaldemokratie würden sich aber um die Fraktion überhaupt nicht mehr kümmern, sobald es offiziell festgestellt wäre, daß diese Fraktion nur eine Partei vertritt. Auf diese Weise würde also der ganze Streit um die Politik der Fraktion aufhören.

Das beste Beispiel für eine solche Taktik haben übrigens die Nationaldemokraten selbst in Rußland gegeben. Als nämlich dort nach dem japanischen Kriege die Wahlen zur zweiten Duma stattfanden, haben sie auf ihre Mandate zugunsten der Realisten verzichtet. Und sie taten es nicht etwa aus Demut oder infolge Entmutigung, sondern um das Terrain für ihre Agitation im Lande nicht zu verlieren. Nur aus diesem Grunde wollten sie sich in der Duma an einer Politik nicht beteiligen, die sie zwar für notwendig hielten, zu der sie sich aber selbst nicht bekennen wollten. Was nun damals für die Nationaldemokraten gut war, das ist heute noch besser für unsere Realisten, zumal sie die nationaldemokratische Politik sicherlich nicht einmal für notwendig halten. Wenn heute aber jemand bei uns schweigt, so tut er es nur deswegen, weil er es vorzieht, jeden Streit zu vermeiden. Und gerade deswegen haben unsere Realisten ohne Rücksicht darauf, ob sie Volksparteiler oder konservativ sind, in unseren gegenwärtigen Fraktionen keine Existenzberechtigung mehr. Denn wenn sie dort öffentlich für ihre Anschauungen eintreten wollen, so müssen sie sich auf eine Hezjagd von Seiten der Nationaldemokratie gefaßt machen; wenn sie aber schweigen, so schaden sie ihrer eigenen Sache.

Deswegen wäre es also am besten, wenn man unsere Fraktionen vorläufig schon ganz den Nationaldemokraten überließe. Dagegen müßte im Lande selbst eine Vertretung und eine Organisation unserer Volksgemeinschaft geschaffen werden, mit der nicht nur die Polen, sondern auch die Deutschen zu rechnen hätten. Eine solche Einrichtung dürfte allerdings nicht für alle Zeiten bestehen. Eine Änderung könnte jedoch erst dann vorgenommen werden, wenn unser Wahlreglement bereits reformiert sein würde. Denn unser gegenwärtiges Wahlreglement und unsere Wahlorganisation, wie wir sie in unserer inneren polnischen Wahlverfassung besitzen, ist ein Überbleibsel aus der früheren liberalen Ära unserer Volksgemeinschaft. Wem nämlich die Geschichte unserer Wahlverfassung näher bekannt ist, der wird wissen, daß diese Verfassung nicht ohne Kampf zustande kam. Er wird wissen, daß die Zentralisierung unserer Wahlbehörden und die Unterdrückung der Autonomie unserer Kreiskomitees, welche damals von den Posener Liberalen vom grünen Tisch aus durchgesetzt wurde, ebenso von Seiten der Katholiken, wie von Seiten der Volkspartei bekämpft wurde.

Diese Situation muß also jetzt eine Änderung erfahren. Solange jedoch das gegenwärtige Wahlreglement besteht, wird die Nationaldemokratie immer noch die Oberhand behalten. Gebet aber den einzelnen Kreisen und den breiten polnischen Volksmassen ihre Freiheit wieder, so werdet ihr sehen, welche Gestalt dann die polnischen Fraktionen annehmen werden! Eine Änderung dieser Fraktionen kann also nur dann durchgeführt werden, wenn die alten katholischen und volkstümlichen Losungen wieder aufgenommen werden, um die in unserer Volksgemeinschaft schon vor vierzig Jahren gekämpft wurde. Die Überlieferung dieser Losungen kam auch später noch zur Geltung bei der Wahl des Herrn Rulersti, sowie bei den letzten Wahlen

in Lissa und Koschmin. Dort stellte sich das polnische Volk überall unter das Volksbanner und trat mit ihm den klugen Herren Zentralisten aus Posen entgegen.

Unter diesem Zeichen werden auch wir siegen. Aber wie die Sachen jetzt liegen, hat es keinen Wert, daß Nichtnationaldemokraten unseren Fraktionen weiter angehören.

So weit der Verfasser des an uns gerichteten Schreibens.

Wir veröffentlichen dieses Schreiben als Material zu einer Diskussion und als Äußerung unserer öffentlichen Meinung zu einer Frage, über die man verschiedener Ansicht sein kann, die aber immer mehr aktuell wird.

Aus Nr. 124 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 5. Juni 1917.

Betrifft die Tätigkeit der Herren Napieralski und Kapiza.

Ein in Oberschlesien bekannter Sozialpolitiker schreibt uns:

Hinter der von den Herren Napieralski und Kapiza begonnenen Politik stehen in ganz Schlesien nur diese Herren allein. Es ist sogar so weit gekommen, daß nach Ausbruch des Krieges die Mitredakteure des Herrn Napieralski erklärten, daß sie die Bentheimer Zeitungen: den „Katolik“, den „Gornostajak“, den „Głos Śląski“, den „Dziennik Śląski“, den „Kurjer Śląski“ und den „Polak“ als verantwortliche Redakteure nicht unterzeichnen würden. Seit dieser Zeit erscheint in diesen Blättern die Unterschrift des Herrn Napieralski als verantwortlicher Redakteur.

Das ganze Personal und die Agenten verhöhnern geradezu die Politik des Herrn Napieralski, arbeiten um das tägliche Brot, haben aber ihre politischen Überzeugungen nicht verraten.

Was die Intelligenz von Polnisch-Schlesien anbetrifft, so steht diese auf polnischem Standpunkte und ist der Ansicht, daß das polnische Schlesien nur polnische Abgeordnete wählen dürfe. Ich bezweifle es, daß man einen polnischen intelligenten Menschen neben ihm finden würde.

Das polnische Arbeitervolk wird nach so vielen unangenehmen Erfahrungen nicht auf die Seite des Herrn Napieralski treten.

Aus Nr. 87 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 5. Juni 1917.

Eine verfehlte Aktion.

Die „Gazeta Ludowa“ teilt mit, daß in Oberschlesien eine Strömung eingesetzt habe, die den Zweck hat, mit dem Zentrum eine Verständigung herbeizuführen, um für ein gewisses Entgegenkommen seitens der Polen für die Einführung der polnischen Sprache im Religionsunterrichte in der Schule eine Unterstützung zu gewinnen. Hiernach sollten nicht mehr Abgeordnete zur polnischen Fraktion, sondern zum Zentrum gewählt werden, und dafür soll das Zentrum mit den polnischen Priestern an die Regierung eine Petition wegen Einführung der polnischen Sprache in der Schule richten. So schreibt ein gewisser polnischer Priester in einem von der „Gazeta Ludowa“ veröffentlichten Briefe und protestiert seinerseits gegen solchen Handel und solch ein Entgegenkommen, wobei er hinzufügt, daß der Pfarrer Kapiza, welcher an der Spitze dieser Strömung steht, den Pfarrer Brandys gebeten habe, mit ihm die Einladung zu einer entsprechenden „Beratung“ zu unterzeichnen, Pfarrer Brandys dies aber zu unserer

großen Freude abgelehnt habe. Brandys sei in dieser Versammlung auch nicht anwesend gewesen.

Das ist mit wenigen Worten der Inhalt dieses Briefes. Unserer Meinung nach wäre hier wegen der Wiedereinführung der polnischen Sprache in der Schule ein energisches Vorgehen nützlich und erforderlich; allein diese Aktion darf sich nicht auf Entgegenkommen und Opfer seitens unserer Volksgesamtheit stützen, weil es sich hier doch nicht um eine Gnade, oder um ein Geschenk als Gegenleistung für unser Entgegenkommen handelt, sondern um unverjährte Rechte des polnischen Volkes. Um in einer Hinsicht neuen vorteilhaften Erfolg zu erzielen, darf man andererseits sich doch nicht zurückziehen und rückwärts schreiten. Der gegenwärtige Krieg hat die Dämmerung erhellt und in nationaler Beziehung eine Strömung hervorgerufen, die eine Freiheit der Entwicklung und der vollständigen Gleichberechtigung für jedes, sogar für das kleinste Volk verlangt. Die Polen in Oberschlesien haben mindestens dieselben Rechte, können sich mit einer teilweisen Berücksichtigung ihrer sprachlichen Reste als Gegenleistung für ein großes Entgegenkommen in nationaler und politischer Beziehung nicht begnügen. Daher wird das Unternehmen nach dieser Richtung hier wohl nicht viel Anhänger finden; dagegen kann es zu Verwirrungen und Erbitterungen führen, was für die polnische Sache von Nachteil sein könnte.

Vorstehende Worte schreiben wir in der Überzeugung, daß die Informationen der „Gazeta Ludowa“, aus einer untrüglichen, gut unterrichteten Quelle stammen.

Die Stellungnahme der Gazeta Narodowa zu den angeblichen neuen Plänen Napieralski (vergl. die vorige Nummer des Gef.-Ab. S. 987) versieht der „Goniec Wielkopolski“ in seiner Nummer 126 vom 6. Juni mit folgendem Kommentar:

„Das sind schon ganz deutliche Worte. Wir ersehen aus ihnen, daß sich unsere konservative Kasinopartei dem Herren Napieralski, und dem Geistl. Kapiza, den Herren Dombek, Kulerski und Genossen nicht anschließen wird. Der Wahrheit also die Ehre!

Daß aber da drüben im Lager der Herren Napieralski, Kulerski und Genossen wirklich etwas geplant wurde, haben wir vorausgesehen, aber wir hätten doch nicht erwartet, daß man die polnische Bevölkerung in Oberschlesien dem Zentrum zu Germanisationszwecken ausliefern würde. Die Praxis lehrt, daß sich für uns weder das preussische antipolnische System noch der Hakatismus selbst so gefährlich erwiesen haben, wie gerade das katholische Zentrum, das in den polnischen Ostmarken tatsächlich eine Bresche zugunsten des Deutschtums zu schlagen vermochte.

Aus der Reklame der „Gazeta Grudziadzka“ unter der Adresse der „lieben Brüder“ haben wir aber gleichzeitig erfahren, daß Herr Kulerski bis nach Warschau gereist ist und dort eine ganze Stunde mit dem Herrn Erzbischof Katowski konferiert hat... sicherlich doch wohl nur über die gegenwärtige Orientierung der Herren Napieralski, Kapiza und Genossen. — Bei dieser seiner Reklame scheint Herr Kulerski nur vergessen zu haben mitzuteilen, daß ich in Warschau in seiner Gesellschaft auch Herr Dombek beband.

Zu welchem Zwecke denn?

Die Genossenschaft bedient sich in der Politik tatsächlich einer Taktik, die sich der Strategie entlehnt zu haben scheint, wo der Hauptsturm durch vorhergehenden Kanonendonner und durch Maschinengewehrfeuer vorbereitet wird. Ähnlich eröffnete nämlich diese Genossenschaft ihre letzte Aktion zunächst mit Liebesgeleien dem Zentrum gegenüber.

Aber diese Genossenschaft kann sich doch etwas verrechnet haben, denn in der Politik läßt sich eine strategische Taktik nicht immer durchführen. Wenn nämlich die polnischen Landesteile der preussischen

Monarchie dem künftigen Königreich Po'en nicht angegliedert werden sollen, so folgt daraus noch keineswegs, daß wir selbst an unserem nationalen Untergang mitwirken sollen. So werden diejenigen, welche nach dieser Richtung hin tätig sind, selbst bei politisch gebildeten Deutschen und Preußen ein ironisches Lächeln hervorrufen.

Die Herrn Napieralski, Kulerski, der Geistl. Kopiza und Genossen hätten doch auch damit rechnen sollen, daß das polnische Volk in Oberschlesien keine Hammelherde ist, die man ohne ihr Wissen für ein Linsengericht an das Zentrum verkaufen kann.

Aus Nr. 126 des Dziennik Śląski (Königshütte), vom 5. Juni 1917.

Wegen des Religionsunterrichtes und des polnischen Sprachenunterrichtes in den Schulen Oberschlesiens

hat am vergangenen Dienstag in Kattowitz eine vertrauliche Beratung eines Zirkels polnischer Priester stattgefunden.

Das Ergebnis dieser Beratung war ein Beschluß, daß:

1. es eine notwendige Sache sei, daß seitens der Geistlichkeit zwecks Einführung des Religionsunterrichts und des Kirchengesanges, sowie des Unterrichts im Lesen und Schreiben in polnischer Sprache in der Schule Schritte getan werden und daß nach einem einheitlichen Vorgehen der ganzen ober-schlesischen Geistlichkeit ohne Rücksicht auf den politischen Standpunkt der einzelnen Priester gestrebt werden müsse;

2. es eine erwünschte Sache sei, daß für das religiöse und kulturelle Wohl des polnischen Volkes in Oberschlesien ein polnischer Volksaufklärungsverband geschaffen werde, in welchem die Geistlichen ohne Hindernisse von irgend einer Seite tätig sein könnten;

3. gemeinschaftliche Vorkehrungen der Geistlichkeit um das religiöse und kulturelle Wohl des polnischen Volkes zu einer politischen Verständigung in Oberschlesien führen könnten.

Wir fragen, ob ein dem polnischen Volke in Oberschlesien wirklich wohlwollender Mensch in diesen Absichten eine Schädigung des polnischen Volkes findet.

Unserer Meinung nach ist der Beschluß der Ausdruck einer Notwendigkeit, die sehr dringend ist, weil er zur Wiedereinführung des polnischen Sprachenunterrichtes in der Schule und zur Schaffung der Werkstätte für die Aufklärungsarbeit unter dem Volke führen soll.

Die „Gazeta Ludowa“ hat hieraus eine erzpolitische Sache gemacht und sie so dargestellt, als ob es sich um die Beseitigung der polnischen Fraktion aus Oberschlesien handle. In Wirklichkeit hat es sich bei den in Kattowitz versammelten polnischen Priestern hauptsächlich um das religiöse und kulturelle Wohl des polnischen Volkes gehandelt. Es wurde ausdrücklich bemerkt, daß die kulturelle Aufklärungsarbeit eine grundlegende Arbeit sei, die über die Zukunft Oberschlesiens entscheide und von dieser Arbeit die Bedingungen der Entwicklung abhingen.

Bei der Verhandlung wurde allerdings auch die Politik berührt, aber aus dem bloßen Wortlaute geht hervor, daß die Politik nur eine Nebensache war. Da sie für die Anwesenden keine aktuelle Angelegenheit war, wurden nach dieser Richtung hin auch keine Beschlüsse gefaßt, sondern es wurde nur der Hoffnung auf die Möglichkeit einer späteren Verständigung Raum gegeben. Hierbei wurde noch unterstrichen, daß eine etwaige Verständigung der polnischen Sache keinerlei Nachteil bringen müßte. Es wurde auf ein zwischen dem Zentrum und den Polen bestandenes Wahl-Kompromiß hingewiesen und

die Möglichkeit ausgesprochen, daß solch ein Kompromiß auch späterhin eintreten könnte und sogar geboten wäre.

Die Beratung der polnischen Priester ist lediglich dem Gefühl entsprungen, daß es eine notwendige Sache sei, das polnische Volk unter der katholisch-polnischen Fahne zu versammeln, damit es in den Zeiten und Verhältnissen nach dem Kriege, in der Zeit voll neuer Gefahren und großer Probleme verschiedener Art nicht getrennt dastünde, so daß sein geistiges Wohl Schaden nehmen könnte. Wir halten es für unsere Pflicht, solche Bemühungen zu unterstützen, denn von dieser positiven Arbeit an der Grundlage ist das Los des polnischen Volkes Oberschlesiens abhängig.

Aus Nr. 126 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 6. Juni 1917.

Ein Überfall auf öffentlichem Wege.

Unter dieser Spitzmarke antwortet der „Kraj“ dem „Kurjer Poznański“ auf dessen Angriffe in Sachen der ober-schlesischen Aktion Napieralskis was folgt:

„Als das nationaldemokratische Organ der „Kurjer Poznański“, samt seinem Trabanten, dem „Drendownik“, die Nachricht der „Gazeta Ludowa“ brachte, hielt er es für angebracht, uns in der nur ihm eigenen Weise anzugreifen.“

Der „Kurjer Poznański“ hat nur gehört, daß geläutet wurde, er wußte aber nicht, in welcher Kirche. Das hat jedoch der ehrenwerten Klique des „Kurjer“ schon genügt, um über uns offen herzufallen und uns in diese Affäre hineinzuziehen.

Ange-sichts dieses Straßenüberfalls des „Kurjer Poznański“ stellen wir vorläufig nur Folgendes fest:

1. Wir wußten nicht einmal, daß jene Versammlung in Kattowitz geplant war.

2. Unser Chefredakteur Dombek, der ober-schlesische Abgeordnete aus dem Wahlbezirk Beuthen-Tarnowitz, wurde ebensowenig von jener Versammlung in Kenntnis gesetzt. Er wurde nicht einmal zu ihr eingeladen und war damals selbstverständlich in Kattowitz auch nicht anwesend, weil er gerade in dieser Zeit entweder in Berlin oder in Warschau sich aufhielt.

3. Der „Kurjer Poznański“ verbreitet also entgegen der hergebrachten Sitte und unter vollständiger Mißachtung der elementarsten Anstandsgrundsätze der Presse schmutzige, unwahre Nachrichten und Verdächtigungen.

4. Die Versammlung in Kattowitz hatte übrigens wie wir auf Grund einer telephonischen Aussprache mit Herrn Napieralski feststellen können — keinen politischen Charakter.

Die Prawda (Posen), Nr. 50 vom 7. Juni 1917 schreibt hierzu:

..... „Öffenkundig war das Ziel jener polnisch-katholischen Blätter vom Schlage des „Kurjer Poznański“ des „Drendownik“ und der „Gazeta Ludowa“. Man wollte mit einem Schlage Herrn Napieralski, uns und alle die Leute verächtlich machen, die nicht nach links und nach rechts speien, die Leute, welche die Wahrheit suchen, Gefühl für die Pflicht journalistischer Redlichkeit haben, die Politik nicht in den Kaffeehäusern betreiben und die Erlösung Polens nicht einzig im Verbreiten bewusster Lügen und Wühlereien sehen. Jedes redliche Blatt, jeder gewissenhafte und erwägende Politiker und Schriftsteller prüft zunächst die Sache, ehe er sie zur öffentlichen Kenntnis bringt. Denn das größte Unrecht ist das Verbreiten von Lügen und das Verächtlich-machen von Leuten, die einer abweichenden politischen Richtung angehören. Anders verfahren der „Kurjer Poznański“ und der „Drendownik“. Für diese Blätter reicht eine unkontrollierte Nachricht hin, um in

schmutziger und pöbelhafter Weise über den Gegner herzufallen. Es ist das eine Handlungsweise, wie sie eines Lappens vom Straßenpflaster würdig ist, nicht aber solcher Blätter, welche für polnisch und katholisch gelten wollen.

Es ist gekommen, wie wir es vermuteten: Der „Kurjer Poznański“ und der „Drendownit“ haben aus der ganzen der „Gazeta Ludowa“ entnommenen Sache eine erzpolitische gemacht und sie in den bedrohlichsten Farben hingestellt, da ihnen dies erforderlich war für einen Angriff auf verhasste politische Gegner. Wir Polen haben uns stets dessen gerühmt, daß wir ein ritterliches Volk mit hochausgebildetem Ehr- und Pflichtgefühl seien. Andere Völker gestehen uns sogar diese Vorzüge zu. Offenbar stellen sich der „Kurjer Poznański“ und der „Drendownit“ selbst außerhalb der Schranken des ganzen ritterlichen Polenvolkes, da sie sich einer unritterlichen und unehrlichen Waffe, nämlich der Lüge und des Verächtlichmachens bedienen.

Aus Nr. 126 der Gazeta Ludowa (Katowitz)
vom 7. Juni 1917.

Die Aussprüche der Beuthener Zeitungen.

Zu der von uns in dem Artikel „Es kommt an den Tag“ berührten Sache ergreifen jetzt auch die Beuthener Zeitungen das Wort. Wer da aber glaubte, daß sich diese klar und deutlich aussprechen würden, so daß sie auch der gewöhnliche Leser verstehen könnte, der hat sich stark geirrt. Der Artikelschreiber der Zeitungen windet sich wie ein Aal, um der ihn haltenden Hand zu entslüpfen, hüllt sich in das Gewand eines wirklichen Verteidigers der Rechte des polnischen Volkes und wirft unserer Seite die Worte voller Entrüstung entgegen:

Wir fragen: Ist derjenige dem polnischen Volke Oberschlesiens gegenüber wirklich wohlwollend, welcher in diesen Absichten einen Schaden des Volkes erblicken will?

Welches sind denn die Absichten, welche dem polnischen Volke in Oberschlesien solche großen Vorteile bringen sollen? Die Beuthener Zeitungen schreiben, daß die Dienstag-Beratung das Ergebnis gehabt habe, daß

1. es eine Notwendigkeit sei, daß seitens der Geistlichkeit wegen der Einführung des Religionsunterrichts und des Kirchengesanges, sowie des polnischen Lesens und Schreibens in den Schulen Schritte getan werden, und daß in dieser Beziehung nach einem einheitlichen Vorgehen der ganzen ober-schlesischen Geistlichkeit ohne Rücksicht auf den politischen Standpunkt des einzelnen Geistlichen gestrebt werden müßte.

Dieser lange Satz lautet kurz so, wie ihn der an uns schreibende Geistliche zusammengefaßt hat: „Diese Resolution verlangt: 1. im ersten Punkte die Absendung einer Petition (Bitte) in der Sprachenfrage.“

Wenn die Geistlichen es für geboten erachten, solch eine Petition der preussischen Regierung zu übersenden, so wird wohl niemand etwas dagegen haben. Wir sind aber — und dem Anscheine nach das ganze Volk Schlesiens mit uns — davon überzeugt, daß wir die Regierung um das nicht bitten müßten, was uns rechtlich zusteht. Eine Gnade brauchen und verlangen wir von der Regierung nicht, wir verlangen nur Gerechtigkeit. Mit einer Bitte um die Einführung des Unterrichts in der polnischen Sprache in der Schule würden wir zeigen, daß wir von der Billigkeit unserer Rechte nicht überzeugt sind und unsere Forderung auch nicht aus uralten Rechten des Volkes auf seine Muttersprache herleiten, sondern uns auf die Gnade der Regierung stützen, die sich fortwährend ändert. Der schreckliche Weltkrieg hat gezeigt, daß die Zeiten vorüber sind, als ein Volk das andere in nationaler

Sinnsicht bedrücken durfte. Jetzt erheben sich auch die kleinsten Völker und verlangen ihre Rechte, und das polnische Volk Schlesiens, als ein Teil des großen polnischen Volkes, fordert auch die Berücksichtigung seiner nationalen Rechte, nicht als Belohnung für die zum Schutze des Deutschen Reiches vergossenen ungeheuren Blutströme seiner Söhne, sondern als ein Ausmaß der Gerechtigkeit. Eine Gnade fordern wir nicht, und zwar am allerwenigsten dann, wenn wir sie mit einem Entgegenkommen unsererseits auf nationalem Gebiete bezahlen sollten.

Die Beuthener Zeitungen schreiben weiter, daß das Ergebnis dieser Beratung ein Beschluß war, daß

2. es erwünscht sei, zum religiösen und kulturellen Wohle des polnischen Volkes in Schlesien einen polnischen Aufklärungsverband zu schaffen, in welchem die Geistlichen ohne Hindernisse von irgend einer Seite tätig sein könnten.

Unser Geistlicher schrieb hierüber: Die zweite Resolution drückt den Wunsch aus, daß in jedem polnischen Kirchspiel eine polnische Abteilung des katholischen Volksvereins in München-Gladbach eingeführt werde.

Die Beuthener Zeitungen wollen unsere Wißbegierde entschuldigen, daß wir fragen, weshalb man es so verschämt verschweigt, wie der Verein beschaffen sein soll, in welchem die Geistlichen ohne Hindernisse von irgend einer Seite tätig sein könnten. Weshalb sollten es die Leser der Beuthener Zeitungen nicht erfahren, daß es sich hier um polnische Abteilungen des katholischen Volksvereins in München-Gladbach handelt, welcher der Zentrums-Partei dient und die christlichen deutschen Vereine unterstützt? Liegt etwa die Befürchtung vor, daß unter den sonst geduldeten Lesern der Beuthener Zeitungen sich ein Sturm von Protesten erheben würde, welcher den Herausgeber unangenehm berühren und den Beuthener Zeitungen den Mund schließen könnte?

Wir verstehen es ferner nicht, was die Worte bedeuten sollen, daß ein polnischer Volks-Aufklärungsverein geschaffen werden müßte, in welchem die Geistlichen ohne Hindernisse von irgend einer Seite tätig sein könnten. Von welcher Seite aus werden Hindernisse befürchtet? Vielleicht seitens der Regierung? Die Beuthener Zeitungen haben doch so viel über die Neuorientierung geschrieben, so oft eine Besserung der Verhältnisse angekündigt und unsere Zukunft im preussischen Staate in einem so rosigen Licht dargestellt, daß es für die Polen ein Genuß sein müßte, im preussischen Staate zu wohnen. Die Welt sollte in ein reines Paradies verwandelt werden, wenn die Ankündigungen der Beuthener Zeitungen in Erfüllung gehen, und jetzt sprechen sie plötzlich von Hindernissen in der Arbeit an der Aufklärung und Kultur des polnischen Volkes in Schlesien und daß, um diesen Hindernissen zu entgegen, polnische Vereine, die von deutschen Verbänden abhängig sein müßten, gegründet werden sollen. Würden die Geistlichen in solchen Vereinen ohne jegliche Hindernisse von anderer Seite tätig sein können? Wir wissen doch, daß der verstorbene Kardinal Kopp auf den München-Gladbacher Volksverein nicht besonders gut zu sprechen war und daß auch der heilige Vater Pius X. ernste Zweifel an der Rechtgläubigkeit der Leute dieses Vereins hatte. In Oberschlesien will ein großer Teil der Geistlichkeit von diesem Verein nichts wissen, weil er die christlichen Vereine unterstützt und diese Anhänger des Berliner Verbandes sind.

Um unser Volk in geistiger und kultureller Beziehung zu heben, bedürfen wir nicht der Hilfe des deutschen Vereins. Wir wollen die polnische Aufklärung und Kultur pflegen, und solche kann der deutsche Verein unserm Volke nicht geben. Unter dem polnischen

Volk in polnisch Schlesien ist für einen Verein kein Platz, der unter dem Mäntelchen des Polentums fremde Aufklärung und Kultur verbreiten und Zentrumsideen vertreten möchte. Für solche Gnade dankt das polnische Volk ohne weiteres.

Die Beuthener Zeitungen erzählen, daß die „Gazeta Ludowa“ hieraus eine erzpolitische Sache gemacht und sie so dargestellt habe, als ob es sich um die Loslösung der polnischen Fraktion von Oberschlesien handle. Die Beuthener Zeitungen sind aber im Irrtum, denn nicht wir haben aus der Versammlung der Geistlichen, welche laut der erlassenen Einladung zwecks Besprechung der Abendung einer Petition an die Regierung wegen der Einführung der polnischen Sprache in der Schule anberaumt war, eine politische Versammlung gemacht, sondern die Aussprache des Herrn Kapiza hat ihr ein politisches Gepräge gegeben. Aus dessen Worten war, wie unser Geistlicher schreibt, zu ersehen, daß die deutsche Bedingung die Verzichtleistung auf die Wahlen zur polnischen Fraktion war und daß Herr Kapiza mit Herrn Napieralski der Ansicht sind, daß nach der Schaffung eines selbständigen polnischen Staates die polnische Fraktion ihre Daseinsberechtigung verlieren würde.

Wie die Beuthener Zeitungen es darstellen, kam hier garnicht ein Kompromiß mit dem Zentrum in Frage, sondern die Abtretung der Abgeordnetenmandate an das Zentrum, wofür die Geistlichen die betreffende Petition unterschreiben und in polnisch Schlesien — lacht nicht Leuchten — polnische Filialen des deutschen „Volkvereins“ entstehen sollen, die mit Hilfe der polnischen Sprache die Idee des Deutschtums und des Zentrums verbreiten müßten.

Die Beuthener Zeitungen winden und drehen sich, um ihren Lesern nur nicht die ganze Wahrheit zu sagen. Wer aber den Artikel der Beuthener Zeitungen mit unserm Artikel vergleicht, der ersieht, daß er nur eine Wiederholung dessen ist, was wir in dem Artikel „Es kommt an den Tag“ geschrieben haben.

Aus Nr. 126 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 7. Juni 1917.

Betrifft die Beratung in Kattowitz.

Deutsch-Piekar, den 4. Juni 1917.

„Es kommt an den Tag“, haben Sie in der Nummer 122 der „Gazeta Ludowa“ geschrieben. So verhält es sich auch in Wirklichkeit, denn anders hätte man die Beratungen im Vereinshause zu Kattowitz gar nicht bezeichnen können, wobei es sich angeblich um die polnische Sprache in den Schulen Oberschlesiens handeln sollte.

Die Herren beschließen in so wichtigen Sachen, wie sie die Muttersprache ist, ohne das Volk. Meine Herren! Fühlen Sie sich in dieser brennenden Frage schon so sicher, daß Sie sich um die Ansicht des Volkes nicht zu kümmern brauchen?

Wo ist das Volk? Hat sein Wort in Oberschlesien schon gar keine Bedeutung? Herr Napieralski mußte es als Redakteur doch wissen, daß das Volk sich nicht nach seinen Wünschen richtet, sondern daß vielmehr die Zeitung und er sich nach dem Willen des Volkes richten müßten. Wie können es die Herren Kapiza und Napieralski vorher wissen, daß die polnische Fraktion nach der Errichtung des selbständigen polnischen Staates ihre Daseinsberechtigung verlieren werde? Sie wissen es nur daher, weil es ihre Absicht ist, die polnische Fraktion aus Oberschlesien zu verdrängen, und sie auch schon daran arbeiten, uns wieder in die Arme des Zentrums einzuschließen.

O, dieses Zentrum hat uns schon oft das Blut verdorben, und durch dessen Schuld haben wir viel gelitten!

Wir glaubten, daß wir aus den Ketten des Zentrums schon für immer befreit seien, und hier werden wider Erwarten durch ähnliche Beschlüsse schon wieder neue Ketten geschmiedet. Für uns ist nur der Umstand schmerzhaft, daß die Schmiede dieser Ketten Leute sein sollen, welche sich unsere Leiter nennen. Nun, auch die Führer wurden laut der Weltgeschichte mitunter verschieden benannt.

Wie konnte Herr Kapiza in jener Beratung in Kattowitz behaupten, daß der Bruch der Geistlichkeit erst nach dem Beginn der Korfantyschen Agitation eingetreten sei? Um den Bruch wollten wir miteinander nicht streiten, wohl aber müssen wir bemerken, daß ein Teil der Zentrumsgeistlichkeit unsre Strömung als loyal nicht anerkannte, von uns abrückte und sich dadurch auch von ihren Amtsbrüdern zurückzog. Korfanty war noch gar nicht auf der Welt, als die Geistlichkeit Oberschlesiens mit dem Geistlichen Szafrańek aus Beuthen an der Spitze sich um die Erneuerung der polnischen Volksströmung bemühte und eine sogenannte Liga bilden wollte. Wir, ältere Leute, erinnern uns dessen genau, die andern wissen es aber nicht, oder wollen es nicht wissen. Also das Argumentieren mit dem Bruche der Geistlichkeit, den Herr Korfanty veranlaßt haben soll, hält eine Kritik nicht aus. Korfanty folgte nur dem Willen des Volkes. Sobald dieser ausgesprochen wurde, hat Herr Korfanty ihn verstanden und geachtet und das Volk zum Kampf um seine natürlichen und übernatürlichen Rechte angeführt.

Weshalb zur polnischen Fraktion wählen? Wie naiv diese Herren mit solchen Fragen sind. Ich würde vielmehr fragen: Weshalb sollen wir Polen Abgeordnete zur Zentrumspartei wählen? Aber auch diese Frage ist überflüssig, weil wir unter keinen Umständen für die Zentrumspartei wählen können, weil das unserem Gewissen und unserer Überzeugung widersprechen würde und es auch bekannt ist, daß das Gewissen der beste Berater und Richter des Menschen ist. Wir können und wollen nicht für die Zentrumspartei wählen, denn diese Partei ist ja deutsch und wir sind doch Polen. Hierzu werden uns weder Schmeicheleien noch Versprechungen zugunsten der polnischen Sprache bewegen.

Die Zentrums-Geistlichkeit kann auch ohne Schmeicheleien die Petition durch den Bischof an die Regierung einreichen und müßte von uns nicht gleich das große Opfer verlangen, daß wir unser Verhältnis zu der polnischen Fraktion zerreißen.

Da die Geistlichen und die Volksschullehrer es sehr gut wissen, was das Volk plagt, was es schmerzt, was ihm fehlt und welche Ungerechtigkeit ihm wegen der Sprache widerfährt, so müßten sie auch ohne das von uns geforderte Opfer bei der Regierung zugunsten unserer Kinder wegen der Wiedereinführung der polnischen Sprache vorstellig werden, weil das ihr Beruf und ihre Pflicht ist.

Und wenn die Geistlichkeit das ohne Opfer unsrerseits tut, dann werden wir erst glauben, daß die Geistlichkeit des Zentrums uns gegenüber aufrichtig ist, um das Schicksal unseres Volkes sorgt, den Willen des Volkes nicht zurückweist und aufrichtig an der Verbreitung der Lösung der Volksbewegung arbeitet: Alles für das Volk mit dem Volke!

Es wundert uns sehr, daß Herr Napieralski sich so weit vergessen und bei der Kattowitzer Beratung eine derartige Resolution vorlegen konnte, daß in jedem polnischen Kirchspiel eine Abteilung des katholischen Volksvereins München-Gladbach eingeführt werde und daß er die Hoffnung habe, daß die Kulturarbeit in diesem Verein zur Eintracht zwischen den Polen und dem Zentrum beitragen werde.

Glaubt Herr Napieralski vielleicht, daß wir den Unterschied zwischen Katholizismus und Katholizismus nicht kennen? Oder ist unser Katholizismus im Verhältnis zum Zentrumskatholizismus etwa minder-

wertig? Möge Herr Napieralski sich für den München-Gladbacher Katholizismus nicht zu sehr ereifern, denn wir wissen sehr gut, woher der Wind weht und wissen es auch, daß der wahre Katholizismus kein Zeitungsgegeschäst ist.

Nachdem wir diese Angelegenheit ausführlich besprochen haben, protestieren wir gegen die Einführung solcher Abteilungen kräftigst und wollen auch keine Kommissionen anerkennen, von denen man erwarten darf, daß sie nur zum Vorteil ihrer Partei und zum Schaden der polnischen Sache wirken würden. Den Herrn Napieralski warnen wir davor, etwas gegen das Volk zu unternehmen und ohne unsern Willen ein Bündnis mit der Zentrumsparlei einzugehen, denn er möge wissen, daß wir hart auf der Wacht unserer nationalen Rechte stehen und uns diese von keiner Seite durch Drohungen oder Versprechungen schmälern lassen werden.

Bedenken, Sie, Herr Napieralski, daß Sie ein Diener des Volkes sind — und nicht unser Herr!

Ein Ackerwirt und Bergmann.

Aus Nr. 88 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 7. Juni 1917.

In Sachen der Beratung in Kattowitz.

In der letzten Nummer der „Gazeta Opolska“ teilten wir, der „Gazeta Ludowa“ folgend, mit, daß man von gewisser Seite, an deren Spitze der Pfarrer Kapiża steht, zwecks Abendung einer Petition an die Regierung wegen der Wiedereinführung der polnischen Sprache in der Schule mit der Zentrumsparlei in Verhandlung treten wolle und daß Schlesien als Gegenleistung auf die Wahl von Abgeordneten zur polnischen Fraktion verzichten und sich wieder zum Zentrum bekehren solle. Wir haben hierzu unsererseits unverzüglich bemerkt, daß die breiten polnischen Kreise eine derartige Vereinbarung nicht unterstützen könnten und sie nur Zersplitterung und Erbitterung hervorrufen würde. In der Sache selbst hat unsere Ansicht gleichzeitig von mehreren Seiten Bestätigung gefunden, weil unsere am Montag nachmittags zum Versand gebrachte Zeitung sich mit mehreren Briefen gekreuzt hat, die uns am folgenden Tage von Geistlichen und Privatpersonen zugehen, in denen wir aufgefordert wurden, bezüglich dieses Projekts Stellung zu nehmen. Einer dieser Briefe, der von zwei polnischen Pfarrern unterschrieben war, hatte folgenden Inhalt:

„Inmitten chaotischer Kämpfe und der riesenhaften Anforderungen der gegenwärtigen verantwortungsvollen Zeit bahnt sich der erhaltende Instinkt des Volkes siegreich den Weg zu einer einheitlichen Volkspolitik. Aus der parteiischen Unstimmigkeit tritt immer deutlicher eine Harmonie der Ansichten und Bestrebungen hervor, bis plötzlich unberufene Fiedler in Kattowitz eine falsche Saite anschlagen und allerhand Mißtöne hervorrufen.“

In der ganzen Welt erklingt die Losung der nationalen Selbständigkeit, und hier wollen besangene Herzen und Köpfe ein polnisches Millionenvolk in Zentrumsketten schmieden. Der mit großen Schwierigkeiten und Opfern geweckte polnische Geist soll sich nach dem Willen des Pfarrers Kapiża in der von diesem so warm empfohlenen und vergötterten fremden Kultur auflösen. Der Pfarrer Kapiża rühmt stets tote geschichtliche Tatsachen, bestreitet aber das ewige Recht des Geistes, der mit elementarer Kraft die ihn einengenden äußeren Formen zerstört und ein neues Dasein und eine bessere Entwicklung nach den ihm von Gott eingegebenen Grundsätzen sucht.

Der Belagerungszustand macht es uns den auf dem Standpunkte der polnischen Fraktion stehenden

Priestern unmöglich, in öffentlichen Versammlungen über politische und sehr reizbare Angelegenheiten das Wort zu ergreifen, daher dürfen und müssen wir wenigstens in den Zeitungen protestieren. Die Petition in der Sprachenfrage ist zwar gut, wenn wir sie aber erst durch eine Verzichtleistung auf nationale Bestrebungen schmachhaft machen sollen, dann müssen wir für sie danken. Daher fragen wir Sie ergebenst an, ob Sie nicht bereit wären, in Ihrer hoffentlich noch unabhängigen Zeitung gegen die Kattowitzer Gelüste ihre Stimme zu erheben. Sie haben unserer Sache bereits 25 Jahre lang treu gedient, und deshalb hoffen wir, daß Sie auch jetzt nicht einen andern Weg einschlagen werden. Ein Protest ist erforderlich, damit man nicht glaube, daß Schlesien sich wirklich an der nationalen Sache vergangen habe.“

So weit der Brief zweier geistlicher Polen. Es ist uns angenehm, daß wir unsere mit dem Hauptinhalte obiger Ausführungen vollständig übereinstimmenden Ansichten schon ausgesprochen haben, bevor wir diesen Brief erhielten.

Wir müssen jedoch bemerken, daß in dieser Angelegenheit auch der Beuthener „Katolik“ das Wort ergriffen hat, dessen Hauptredakteur Napieralski die gegnerische Seite ebenfalls der Teilnahme an der vom Pfarrer Kapiża unternommenen Aktion beschuldigt.

Im letzten Augenblicke erhielten wir noch einen Brief eines gewissen Besuchers der oben erwähnten Versammlung, in welchem wir u. a. folgendes lesen:

„Schon aus der in der Versammlung angenommenen Resolution kann man sich überzeugen, daß es sich weder um die polnische Fraktion noch um eine politische Angelegenheit, sondern darum handelte, gemeinschaftlich mit den Priestern des Zentrums wegen des polnischen Unterrichts eine Petition an den Bischof zu richten. Außerdem handelte es sich auch noch um die Schaffung eines polnischen Volksverbandes, in welchem die Geistlichen ohne Hindernisse für das kulturelle Wohl des Volkes wirken könnten. Politische Angelegenheiten wurden garnicht berührt, daß man sich z. B. unter der Verständigung die Form eines Kompromisses zwischen dem Zentrum und den Polen vorstellen könnte, wie das schon früher der Fall war. Das ist ungefähr alles. Das muß festgestellt werden, um der Gerechtigkeit Genüge zu leisten.“

Unsererseits fügen wir hinzu, daß diese Angelegenheit unzweifelhaft deshalb eine Beunruhigung hervorgerufen hat, weil bei diesem Unternehmen wieder der Dekan Kapiża die Hauptrolle spielte. Wir erkennen die verdienstvolle Arbeit des Herrn Kapiża für das Wohl des polnischen Volkes sowohl in sozialer Beziehung als auch in nationaler Hinsicht in seinem eigenen Kirchspiel vollkommen an (abgesehen von seinen großen Verdiensten für die ganze Volksgesamtheit als Apostel der Enthaltbarkeit). Da Herr Kapiża aber sein Mandat als Abgeordneter der polnischen Fraktion vorzeitig und unnötig niederlegte, hat er uns namentlich im Oppelner Bezirke darüber belehrt, daß seine Tätigkeit auf einem größeren politischen Gebiete keine glückliche war und sich auch durch Rücksichtslosigkeit den Wählern und der Volksgesamtheit gegenüber auszeichnete. Damit erklären sich das Mißtrauen und der Argwohn gegenüber den Schritten des Herrn Kapiża.

Ähnliche Zweifel wird vermutlich auch der Abgeordnete Geistliche Brandys gehabt haben, wenn er laut der Behauptung eines gewissen Geistlichen (in der „Gazeta Ludowa“) mit dem Herrn Kapiża die Einladung zu der bewußten Beratung nicht gemeinschaftlich unterzeichnen wollte.

Aus Nr. 127 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 7. Juni 1917.

Die schlesische Politik des Herrn Napieralski.

Die durch die Rattowitzer „Gazeta Ludowa“ ans Tageslicht gezogene neueste Aktion des Herrn Napieralski in Schlesien stellt sich als vollständige Rückkehr dahin dar, den schlesischen Landesteil unter die Herrschaft des Zentrums zu stellen und damit als Versuch eines tatsächlichen Durchstreichens der nationalen Bewegung, die unter dem Aufwand nicht geringer Opfer zur Vereinigung des oberschlesischen Volkes mit der ganzen polnischen Gesamtheit geführt hat. Wir müssen der „Gazeta Ludowa“ aufrichtig dankbar dafür sein, daß sie die Pläne des Herrn Napieralski und seiner Anhänger zur rechten Zeit enthüllt hat. Es droht hier die Gefahr einer nationalen Schädigung, welche Wachsamkeit und Energie von seiten aller aufrichtig gesinnten polnischen Elemente heischt. Handelt es sich doch, wie der Geistliche Y. in der „Gazeta Ludowa“ ohne Umschweife gesagt hat, darum, „Oberschlesien den Zentrumsleuten zu verkaufen“! Das bedarf keiner Kommentare.

Wir wollen uns die Hauptpunkte des in der „Gazeta Ludowa“ veröffentlichten Schreibens des Geistlichen Y., eines Teilnehmers an jener Rattowitzer Versammlung, die der Aktion des Herrn Napieralski dienen sollte, ins Gedächtnis rufen.

Als Zweck der Versammlung wurde in der Einladung eine Aktion zu Gunsten der polnischen Sprache in der Schule angegeben. Ob jemand unter der Einladung unterzeichnet war, und wer, das weiß man nicht. Jener Geistliche weist auf den Pfarrer Kapiza als auf den Initiator der Versammlung hin; Kapiza geht mit Napieralski Hand in Hand. Letzterer war übrigens ebenfalls anwesend. Die Absichten des Geistlichen Kapiza, die dieser in der Versammlung augenscheinlich vorgetragen hat, skizziert der Informator der „Gazeta Ludowa“ wie folgt:

„Pfarrer Kapiza und Napieralski sind der Ansicht, daß die polnische Fraktion nach der Bildung eines selbständigen polnischen Staates die Existenzberechtigung verloren habe. Das einzige Ziel der polnischen Politik in Preußen könne gegenwärtig nur die Erhaltung des Polentums, der Sprache, der Sitten usw. sein. Dieses Ziel der Erhaltung der polnischen Kultur hätten auch die Zentrumsleute in ihrem Programm. Wozu also, so schließt der Geistliche Kapiza — zur polnischen Fraktion wählen? Der Bruch in der Geistlichkeit sei erst mit dem Einsetzen der Agitation Korfantsys entstanden. Es müsse nach Eintracht gestrebt werden. Die deutschen Geistlichen seien bereit, mit uns zusammenzuarbeiten. Aber man müsse in der Politik nach dem Grundsatz „do ut des“ verfahren. Aus Kapizas Worten war zu ersehen, daß die deutsche Bedingung dahin geht, daß auf Wahlen zur polnischen Fraktion verzichtet werde. Die Zentrumsleute wollen als Entgelt dafür zusammen mit den polnischen Geistlichen an die Regierung eine Petition richten wegen Einführung der polnischen Sprache in der Schule. Die Petition soll durch den Bischof abgesandt werden. Kapiza hat schon mit einem gewissen Domherrn verhandelt und gesagt, daß der Bischof einverstanden ist.“

Aus Obigem geht hervor, daß das Programm Napieralskis und Kapizas darauf abzielt, Oberschlesien von der gemeinsamen polnischen Vertretung in Berlin loszureißen. Die oberschlesischen Abgeordneten im Reichstage sollen nicht der Fraktion, sondern dem Zentrum angehören bzw. eine mit dem Zentrum verbündete und von ihm abhängige Gruppe sein. Das bedeutet, daß das sichtbare Hauptsymbol der Einheit Schlesiens mit der übrigen polnischen Gesamtheit vernichtet werden soll, daß einer der größten Errungenschaften der polnischen Politik im preußischen

Teilgebiet die Gefahr droht, auf Nimmerwiederkehr verloren zu gehen.

Infolge des Protestes der in der Versammlung in Rattowitz anwesenden polnischen Geistlichen, schalteten die Initiatoren der Versammlung die Angelegenheit des Verhältnisses zur Fraktion aus und sie beschränkten die Diskussion auf die sprachliche Angelegenheit. Hier brachte Herr Napieralski eine Resolution ein, deren Wortlaut nach dem Informator der „Gazeta Ludowa“

1. verlangt, daß im ersten Punkte eine Sprachenpetition abgesandt werde,
2. den Wunsch zum Ausdruck bringt, daß in jeder polnischen Pfarochie eine polnische Ortsgruppe des München-Glabbacher katholischen Volksvereins gegründet werde,
3. der Hoffnung Ausdruck verleiht, daß die kulturelle Arbeit in diesem Verein zur Eintracht zwischen Polen und Zentrumsleuten beitragen werde.

Diese Resolution und insbesondere ihr zweiter Punkt charakterisieren wohl noch krasser als die Angelegenheit des Verhältnisses zur polnischen Fraktion die Endziele, denen die Aktion Napieralskis zustrebt. Der München-Glabbacher Volksverein ist die mächtigste deutsch-katholische Aufklärungsorganisation, die über Mittel und Einflüsse verfügt, von denen wir nicht träumen können. Das Hineinbringen der Polen in die Rahmen dieses Vereins bedeutet, sie bewußt der Einwirkung der deutschen Assimilation in der gefährlichsten Form ausliefern. Die Verwirklichung eines solchen Programms würde somit ein unvermeidliches Schwinden des Polentums in Schlesien bedeuten. Es verbliebe höchstens ein undeutlicher ethnischer Bodensatz polnisch sprechender Oberschlesier, die aber nach Denkungsart und Geist mit dem Polentum nichts gemein hätten.

Zieht man das in Erwägung, dann war es geradezu schwer, an die Wahrheit der in den Spalten der „Gazeta Ludowa“ gebotenen Informationen zu glauben. Wir warteten darauf, daß sie vollständig oder wenigstens teilweise würden bestritten werden; wir warteten auf eine klare Erklärung, welche die Volksgemeinschaft hätte beruhigen können. Statt dessen finden wir in den Katolikblättern Napieralskis die nachstehende, sehr diplomatische „Aufklärung“: (Es folgt die auf Seite 1022 des Gesamtüberblicks übersetzte Aufklärung aus dem „Dziennik Śląski“; dann schreibt der „Kurjer Poznański“ weiter:)

„Angesichts dessen müssen wir feststellen, daß obige Aufklärung nichts aufklärt und nicht eine einzige der Befürchtungen beseitigt, welche die Enthüllungen der „Gazeta Ludowa“ geweckt haben. Die Erklärung der Katolikblätter stellt fest, daß es sich in der Rattowitzer Versammlung nicht um die Beseitigung der polnischen Fraktion aus Schlesien gehandelt habe, sondern daß die „Hauptsache das religiöse und kulturelle Wohl des polnischen Volkes“ gewesen sei. Aber jene Aufklärung bestreitet das nicht, was der Geistliche Y., von den seitens Kapizas zum Ausdruck gebrachten politischen Intentionen behauptet hat. Die Erklärung gibt übrigens zu, daß man auch „die politische Sache gestreift habe“, daß es sich jedoch nur um die Möglichkeit eines künftigen Wahlkompromisses zwischen Polen und Zentrum gehandelt habe. Es ist fürwahr merkwürdig, daß heute von Wahlkompromissen gesprochen wird, während doch, solange der Krieg anhält, von Wahlen nicht die Rede ist und während doch alle Voraussetzungen zum Abschließen von Kompromissen fehlen. Jedenfalls muß bei den Initiatoren der Rattowitzer Versammlung die „Kompromißlust“ gegenüber dem Zentrum sehr heftig gewesen sein, da man bereits heute diese Angelegenheiten in obigem Sinne ventiliert und präjudiziert. Aber nach den Katolik-Blättern sollte das gleichfalls eine Sache von nebensächlicher Bedeutung sein. Hauptsächlich besaßte man sich mit

der „Aufklärungs- und Kulturarbeit als mit der grundlegenden Arbeit, welche über die Zukunft Oberschlesiens entscheiden soll“. Die Ergebnisse dieser Beratungen in dieser Sache skizziert die in den Katolik-Blättern wiedergegebene Resolution.

Ihr Wortlaut ist abweichend, unschuldiger, als das, was der Geistliche J. in der „Gazeta Ludowa“ angegeben hat. Es ist dort nicht die Rede von der Bildung von polnischen Ortsgruppen des München-Gladbacher Volksvereins des Zentrums. Aber was bedeutet jener „Polnische Aufklärungsbund, in welchem die Geistlichen, von keiner Seite behindert, tätig sein könnten?“ Wir wissen, daß von seiten der deutschen kirchlichen Behörden her der Tätigkeit der Geistlichen in rein polnischen, von der Billigung des Zentrums nicht abhängigen Vereinen mehrfach Hindernisse bereitet worden sind. Sollte somit jene sehr biegsame Umschreibung nur ein anderer Name für das sein, was der Geistliche J. als Bildung polnischer Ortsgruppen des München-Gladbacher Vereins bezeichnet hat?

Es muß mit einem Worte festgestellt werden, daß die schweren, von dem Geistlichen J. in der „Gazeta Ludowa“ erhobenen Anklagen nicht widerlegt worden sind. Die polnische Volksgemeinschaft hat das Recht, zu erfahren, was Napieralski und seine Anhänger in Oberschlesien vorhaben. Es handelt sich hier tatsächlich um eine „Arbeit, welche über die Zukunft Oberschlesiens entscheidet“ — aber das polnische Volk muß darüber wachen, daß die Arbeit Napieralskis die Zukunft dieses Volkes nicht zugunsten einer Überflutung von der Seite des Zentrums her und nicht nach der Richtung des Unterganges des polnischen Elements hin entscheide.

In der gleichen Angelegenheit schreibt der „Poſtemp“ (Posen), Nr. 127 vom 7. Juni:

„Zweifellos wird unsere ganze Volksgemeinschaft gegen solche Gelüste, welche deutlich den Zweck haben, das polnische Volk in Oberschlesien an die Zentrumsleute zu verkaufen, einmütig Protest erheben. Herr Napieralski hat die Theorie vom nationalen „Hinterland“ schon früher erfunden, gegenwärtig geht er dazu über, dieses „Hinterland“ an eine deutsche Partei zu verhöfeln, was nur den einleitenden Schritt zur vollständigen Entnationalisierung des polnischen Volkes in Schlesien bedeutet. Daß auf eine solche Idee der Pfarrer Kapiſa, ein schlesischer Zentrumsman, verfällt, das ist nicht zu verwundern; wie aber eine solche Arbeit ein aus Großpolen stammender Pole erleichtern kann, das ist schon ein nicht für jeden verständliches Rätsel“.

Aus Nr. 127 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza) vom 7. Juni 1917.

Zu den bekannten Beratungen in Kattowitz

äußert sich der „Dziennik Kujawski“ folgendermaßen:

Die Antwort des Herrn Napieralski in seinen Organen gibt leider keine genügende Aufklärung. Die allerwichtigsten Fragen werden in ihr umgangen. Sie spricht sich breit über die Grundlagen der religiösen und kulturellen Arbeit des ober-schlesischen polnischen Volkes aus, schweigt aber darüber, was der Verfasser des Artikels in der „Gazeta Ludowa“ ausdrücklich über das Projekt der Schaffung polnischer Abteilungen des deutsch-katholischen Volksvereins in München-Gladbach gesagt hat.

Das ist eben der Stein des Anstoßes, den Herr Napieralski umgeht, um sich offenbar nicht deutlich auszusprechen. Denn die Sorge um die religiösen und kulturellen Eigentümlichkeiten des ober-schlesischen Volkes kann verschiedene Wege einschlagen. Sie kann unter der Vormundschaft der deutschen Zentrumsfaktoren erfolgen, welche nach außen polnische

Fahnen aushängen, um unter ihnen um so leichter die Germanisierung des Geistes durchzuführen, oder es wird die kulturell-religiöse Arbeit auf nationalem Boden geleistet. Alsdann würde man doch nach einem Bedürfnisse mit dem Gesamtbilde der nationalen Arbeit in den polnischen Gegenden des preußischen Teilgebietes streben, ohne das ober-schlesische Volk kritiklos der Fürsorge der dortigen Geistlichkeit zu überliefern, welche der polnischen Bevölkerung gegenüber immer noch einen wenn auch nicht gerade feindlichen Standpunkt einnimmt, so doch das Bestreben hat, das Polentum auf dem Wege kirchlicher Organisationen mit dem Deutschtum zu verschmelzen.

Daß die nationale Frage hier zweifelhaft erscheint, beweist schon die Tatsache, daß ein gemäßigter ober-schlesischer Politiker, der Abgeordnete Pfarrer Brandys, seine Unterschrift zu der Einladung zur Beratung nicht hergab.

Wenn Herr Napieralski offen aufgetreten wäre, die Schaffung selbständiger polnischer Organisationen angeregt und zur Beratung über dieselben geistliche und weltliche polnische Sozialpolitiker Oberschlesiens eingeladen hätte, dann wäre alles in Ordnung. Alsdann würden dafür Garantien bestehen, daß die Polen auf eigene Füße würden gestellt werden, und die von Herrn Napieralski geplante Unterstellung der Polen unter die Zentrumsvereine würde das polnische Volk nicht den ober-schlesischen Zentrumsleuten ausliefern, die äußerlich zwar oft als Polen erscheinen, im Geiste sich aber ständig als Deutsche fühlen.

Herr Napieralski stellt sodann fest, daß politische Momente in der Versammlung eine zweifelhafte Rolle gespielt hätten. Das mag ja sein, aber Herr Napieralski bestreitet auch nicht einmal, die Behauptungen des geistlichen Berichterstatters der „Gazeta Ludowa“ über seine Ausführungen bezüglich des Verhältnisses Oberschlesiens zu der polnischen Fraktion in Berlin. Vielleicht haben diese Ausführungen für Herrn Napieralski bis zur Einrichtung der polnischen Filialen des deutschen Vereins eine zweifelhafte Bedeutung. Für uns haben sie aber deshalb eine erstklassige Bedeutung, weil ihnen das bekannte Programm des Herrn Napieralski durchschimmert, den Einfluß auf Oberschlesien unter sich und das Zentrum zu teilen, um sodann mit den dortigen Zentrumsleuten gemeinschaftlich die „polnische“ religiös-kulturelle Arbeit zu führen. Wir haben aber die Hoffnung, daß das ober-schlesische Volk diese Pläne durchkreuzen und nicht über Hals und über Kopf den Vorbereitungen folgen werde, die Herr Napieralski auf Kosten der nationalen Interessen durchführen möchte.

Aus Nr. 68 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 7. Juni 1917.

Über die bekannte Beratung in Kattowitz

schreibt das Graudenzener Blatt unter Bezugnahme auf einen hierüber eingegangenen Bericht folgendes:

Wenn hier kein Mißverständnis vorliegen und die Sache sich wirklich so verhalten sollte, wie sie der Berichterstatter darstellt, dann müßten wir bemerken, daß unserer Ansicht nach in Oberschlesien eine für die polnische Volksgemeinschaft schädliche Arbeit im Anzuge ist, die wir sehr bedauern, grundsätzlich verdammen und energisch bekämpfen müßten.

Eine Petition wegen des polnischen Religionsunterrichtes in der Schule müßte jeder katholische Priester im Interesse der Kirche und des katholischen polnischen Volkes ohne weiteres unterstützen. Wir müßten daher dagegen protestieren, daß diese Angelegenheit zum Gegenstande eines politischen Handels gemacht werde.

Nicht minder müßten wir gegen die Einrichtung von Filialen des deutschen München-Gladbacher „Volksvereins für das katholische Deutschland“ für das polnische Volk energisch protestieren. Dem polnischen Volk sind katholisch-polnische Volksvereine nötig und nicht Zentrumsvereine.

Ebenso energisch müßten wir gegen die Gelüste der Trennung Schlesiens von der polnischen Fraktion protestieren, falls solche Gelüste tatsächlich bestehen.

Man kann mit der Politik der polnischen Fraktion einverstanden sein, oder auch nicht. Man kann auch diesen oder jenen Schritt dieser Fraktion kritisieren. Das ist das gute Recht eines jeden Wählers und jeder Zeitung. So haben auch wir schon so manchen Schritt der polnischen Fraktion getadelt und eine andere wieder gelobt. Auch ist es jedem Wähler und jeder Zeitung gestattet, dafür zu sorgen, daß anstelle derjenigen Abgeordneten, welche sich mißliebig gemacht haben, andere gewählt werden, die besser gefallen, aber immer nur im Rahmen der Zugehörigkeit der polnischen Fraktion.

Dagegen ist es niemanden gestattet, Schlesien der polnischen Fraktion zu entreißen und der Zentrums-
partei zu überliefern.

Die polnische Fraktion wird im Interesse der katholischen Sache auch in Zukunft mit der Zentrums-
partei so wie früher freundschaftliche Verhältnisse aufrechterhalten, aber sie darf auch nicht einen einzigen polnischen Wahlkreis an die Zentrums-
partei abtreten, sondern sie muß darnach trachten, auch noch diejenigen Wahlkreise zu erobern, die ihr auf der Grundlage der polnischen Mehrheit gebühren.

Damit müßte die Zentrums-
partei auch einverstanden sein, und zwar um so mehr, als die polnische Fraktion als katholische Partei — welche diesen Charakter wohl auch in ihren Satzungen zum Ausdruck bringt — die katholischen Angelegenheiten ebenso gut verteidigen kann wie die Zentrums-
partei. Dagegen kann die Zentrums-
partei die polnischen Angelegenheiten nicht so aufrichtig verteidigen wie die polnische Fraktion.

Schlesien hat sich übrigens seit einigen Jahren mit dem politischen Gedanken des polnischen Volkes vereinigt. Das polnische Volk Schlesiens hat Abgeordnete zur polnischen Fraktion gewählt und wird es auch fernerhin tun. Wer sich dem widersetzen sollte, den würde das polnische Volk zugleich mit uns mit aller Macht bekämpfen.

Aus Nr. 127 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 9. Juni 1917.

Beuthen—Berlin—München-Gladbach.

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Geehrte Redaktion!

Der Inhalt des Artikels unter dem Titel „Es kommt an den Tag“ hat sehr interessiert. Eigentlich „wissen die Nachbarn, wie man sitzt“, und deshalb war es auch für mich kein Geheimnis, daß die Genossenschaft Beuthen-Zichau zu gewissen Zwecken streng vertrauliche und weniger vertrauliche Zusammenkünfte veranstaltete. Ich glaubte aber nicht, daß deren Absichten schon solche bestimmte Formen angenommen hätten, wie das aus den Mitteilungen des Geistlichen V. ersichtlich ist.

Die Bürger des polnischen Schlesiens sind gewiß nicht wenig erstaunt, daß zu ihrem Beglücken ein Volksverein vom linken Rheinufer, aus München-Gladbach, notwendig sei. Also München-Gladbach soll zukünftig die belebende Sonne für das polnische Schlesien sein.

Meine Mitbrüder und Arbeitsgenossen, die mit mir die Opfer und Mühseligkeiten teilen, welche uns die Kriegsverhältnisse auferlegen, sind jedoch der-

selben Ansicht wie ich und denken nicht daran, das freiwillig preiszugeben, was wir durch schwere Opfer erworben haben. Haben wir die allerschlimmsten Verfolgungen dazu erlitten, hat man uns dazu vor die Gerichte geschleppt und uns in die Gefängnisse gesteckt, hat man uns dazu in ganz Schlesien mit Hilfe der schwarzen Listen verfolgt, haben unsere Frauen und Kinder nach unserer Vertreibung von der Arbeit dazu Hunger und Not gelitten, daß wir jetzt denjenigen das Feld freiwillig räumen, welche mitunter die Veranlassung unserer Leiden und der Tränen unserer Frauen und Kinder waren?

Niemals!

Die Gelüste der Genossenschaft Beuthen-Zichau haben für uns Arbeiter auch noch in beruflicher Hinsicht eine große Bedeutung. Für einen elenden Lohn holen wir bei blutiger Arbeit Schätze aus der schlesischen Erde hervor und bearbeiten sie in den Hütten. Wir fingen bereits an, uns mit dem Verein der gegenseitigen Hilfe zu verbinden, um unser Dasein mit vereinten Kräften erträglicher zu machen. Einige Herren hatten große Lust, unsern Verein mit dem Berliner Verbands zu verbinden. Wir fanden indessen den eigentlichen Weg und verbanden uns mit andern, in Deutschland schon bestehenden polnischen Vereinen zu einer Organisation: der polnischen Berufsvereinigung, die sich unseres Schicksals sehr eifrig annahm. Glaubt die Genossenschaft Beuthen-Zichau etwa, daß wir uns, nachdem die polnische Fraktion und die polnische Vereinigung ihre Daseinsberechtigung in Schlesien verloren haben, die Volksvereine und die Berufsverbände aus München-Gladbach aufdrängen lassen werden? Es wäre wohl der Mühe wert, hierüber etwas Näheres zu erfahren. In diesem Falle könnten sich diejenigen Herren, welche die München-Gladbacher Resolutionen „zufällig“ in der Tasche mit sich führen, grob verrechnen.

Der Geistliche Kapiża bedauert den angeblich infolge der vor antychen Politik eingetretenen Bruch der Geistlichkeit und möchte die Eintracht wiederherstellen. Er übersieht aber, daß die Lösung „München-Gladbach!“ die Eintracht in Schlesien durchaus nicht wiederherstellen, sondern auch noch die deutschen Geistlichen entzweien würde, welche bis dahin miteinander in Frieden lebten, weil der größte Teil dieser Geistlichen Anhänger der Berliner Richtung ist. Und wir danken bestens für die aus dem Westen eingeführte Politik und Vereine, wenn sich über deren Wert nicht einmal die deutschen Priester einigen können.

Hört also auf, Ihr Herren, denn Euer Spiel taugt nichts! Bedenket, daß die Rechte und Überzeugungen des Volkes heilig sind und es niemandem erlaubt ist, damit Handel zu treiben wie mit alten Lumpen. Wenn Ihr Euch nach München-Gladbach sehnt, dann habt Ihr „freie Fahrt“, kommt aber nicht wieder! Wenn dieser Zug nicht vorwärts kommen könnte, dann würden wir etwas nachschieben.

Ein Bergmann von der „Gegenseitigen Hilfe“.

Aus Nr. 127 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 9. Juni 1917.

Betrifft die bekannte Beratung in Kattowitz.

Aus dem Kreise Pleß.

Der Artikel der „Gazeta Ludowa“ über die neuen Absichten der Herren Napieralski und Kapiża hat unter uns nicht geringes Erstaunen hervorgerufen. Allerdings sind uns Nachrichten zugegangen, daß eine derartige Sache vorbereitet werde, aber wir konnten daran nicht recht glauben. Da der Krieg noch nicht aufgehört hat und man nicht weiß, wie die Verhältnisse

sich gestalten werden, glaubten wir, daß man wenigstens das Ende des Krieges abwarten werde.

Wir konnten es auch nicht glauben, daß die Herren Napieralski und Kapiša aus der Vergangenheit so wenig Erfahrung geschöpft hätten und einen neuen Bruch der Volksgesamtheit wagen würden. Aber dennoch!

Überall hört man, daß das Blutmeer dem Volke die Freiheit der Entscheidung über sich selbst bringen werde, überall wollen die Volksgemeinschaften den Besitzstand nicht bloß aufrecht erhalten, sondern sogar erweitern, nur wir hier in Schlesien sollen alles wegwerfen, was wir mit solcher Mühe und großen Opfern erworben haben, und wieder in den Dienst des Zentrums treten!

Die Herren Kapiša und Napieralski verkünden, daß sie eine „Politik des Verstandes“ führen. Wo ist hier dieser Verstand? Sind sie wirklich der Meinung, daß ihnen diese Sache ohne den Widerstand der Volksgesamtheit gelingen werde? Wer hat sie übrigens zu einer Verhandlung namens der Volksgesamtheit ermächtigt? Sie müßten es doch wissen, daß sie zahlenmäßig abgesondert sind und daß Herr Napieralski — wie wir hören — mit seiner Herausgeberschaft vereinsamt dasteht.

Ein großer Teil unserer Volksgesamtheit und alle bewußten selbständigen Einzelheiten werden diesem Anschlag mit aller Kraft Widerstand leisten. Das müssen sie wissen; denn sie würden den Bruch der Volksgesamtheit zum großen Schaden der polnischen und katholischen Sache wesentlich betreiben. Und das alles dank der „verständigen“ Politik des Herrn Napieralski und seines Genossen Kapiša.

Die Herren Kapiša und Napieralski sprechen unserer nationalen Strömung den wahren Katholizismus ab. Aber die von diesen Herren zu Gunsten der „Erzkatholiken“ des Zentrums unternommene Tätigkeit wird trotzdem keinen Erfolg haben. Aber diese Herren wollen die polnische Kraft in Oberschlesien schwächen, und deshalb belügen sie das Volk wesentlich, um das Steuer ohne Rücksicht auf die Zersplitterung der nationalen Einigkeit in ihre Hände zu bekommen. Möge Herr Napieralski uns nicht einreden, daß er unsere Sammlung unter die katholisch-polnische Fahne wünsche, denn unser Volk gehört zu keinen lutherischen oder jüdischen Organisationen. Wir wissen es, daß er uns unter den Einfluß der schlesischen Zentrumsleute stellen will, die doch reine Deutsche sind, obgleich einige von ihnen äußerlich als Polen erscheinen wollen. Der Verstand würde es also gebieten, sich der Sachlage zu fügen und auf dem vom Volke gelegten Fundamente weiterzubauen, anstatt zu zerstören!

Die Herren Kapiša und Napieralski sprechen unserer Strömung den wahren Katholizismus ab, obgleich der Beweis schwierig ist, ob ihre „aufrichtig katholischen“ Herzen nicht bei dem Gedanken an den großen Schaden für die katholische Sache stutzig werden. Wehe denjenigen, welche anstatt zu einer Schließung und Einigung beizutragen, einen Bruch veranlassen!

Mögen diese Herren ja nicht glauben, daß unsere Volksgesamtheit sich ihren Absichten untätig fügen werde. Wir werden mit allen Kräften uns ihnen widersetzen und gegen sie kämpfen, und die Kraft und den Glauben an den Sieg wird uns der Hauch der Freiheit verleihen, der uns vom Schlachtfelde entgegenweht. Denn wir glauben daran, daß dieser schreckliche Krieg uns eine tatsächliche Verwirklichung der Lösung bringen wird: „Jedem das, was ihm gebührt.“ Und eine polnische Vertreterschaft steht uns mit Recht ebenso zu, wie allen andern Völkern.

Es wäre an der Zeit, daß die Mitglieder unserer Komitees und die Vertrauensmänner das Wort

ergreifen und feststellen würden, daß die einzige Partei, welcher unsere Abgeordneten angehören dürfen, die polnische Fraktion ist.

Aus Nr. 130 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)
vom 10. Juni 1917.

Aus Anlaß der Kattowitzer Versammlung der Geistlichen in Sachen des polnischen Unterrichts in der Schule.

„Wir haben den Beschluß dieser Beratungen bekanntgegeben. Aus diesem ergibt sich zur Genüge, daß der hauptsächlichste Gegenstand der Beratungen der polnische Schulunterricht war. Und zu diesem Punkte haben die Versammelten die Notwendigkeit dahingehender Schritte hervorgehoben.

Die Gründung eines polnischen Volksbildungsvereins, in welchem die Geistlichen ohne Beeinträchtigung fürs polnische Volk und unter dem polnischen Volke tätig sein könnten, war ein zweiter Punkt der Beratungen. Ein endgültiger Beschluß wurde hier nicht gefaßt; man war aber der Ansicht, daß ein solcher Verein sehr erwünscht wäre.

Was Form und Aufbau dieses Vereins anbetrifft, so wies man von einer Seite auf die Vollkommenheit der Einrichtungen und der Resultate des katholischen Volksvereins (München-Gladbach) hin, der durch Windthorst ins Leben gerufen wurde. Es wurde erwogen, ob sich nicht ein ähnlicher Verein in gleicher Weise auch für die Polen begründen ließe. Auch wurde die Frage aufgeworfen, ob hierbei nicht eine Anlehnung an den Volksverein, natürlich mit völliger Autonomie für die Polen, erwünscht wäre. Von einer Seite wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß darin eine Gefahr für die polnische Sache stecke. Über diesen Punkt wurde vollkommen ruhig und sachlich, ohne Erregung und mit Bedacht verhandelt; man verschloß sich nicht den großen entgegenstehenden Schwierigkeiten, hielt aber die Gründung einer solchen Bildungswerkstatt für sehr erwünscht.

Da diese Angelegenheit sehr wichtig ist, war die Bildung einer besonderen Kommission beabsichtigt, die, alles erwägend, zu einer gewissen Entschließung gelangen könnte. Spätere Zusammenkünfte polnischer Geistlichen sollten darüber weiterberaten und einen endgültigen Beschluß hierzu fassen.

Zu der Frage einer politischen Verständigung sprach man am wenigsten. Es wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß eine solche Verständigung mit der Zeit möglich wäre.

In dieser Angelegenheit hob der Redakteur des „Katolik“ hervor, daß es gut sein dürfte, wenn die Geistlichen über eine solche Verständigung zunächst untereinander beraten möchten, natürlich mit starker Fühlungnahme der polnischen und Zentrums-Wahlbehörden, denn in diesem Punkte sei eine erfolgreiche Wirksamkeit ohne diese Stellen einfach unmöglich. Was auch bei diesen Beratungen der Geistlichen untereinander herauskommen könnte, immer müsse die eine oder die andere Seite sich mit den eigenen politischen Behörden ins Einvernehmen setzen. Also schon aus diesem ergibt es sich, daß von irgend einem Verlustigehen polnischer Mandate hier keine Rede ist. Daß die Kattowitzer Beratung mit Überlegung vorging, daß jede der angeschnittenen Fragen mit der ihr zukommenden Wichtigkeit besprochen wurde und jede Tendenz mit der angebrachten Vorsicht eingeschränkt blieb, damit aus den Zielen, die man sich steckte, kein Schaden, sondern nur Vorteile für das polnische Volk erwachsen, ergibt sich ohne weiteres.

Aber die national-demokratische Presse hat aus all dem eine Aktion hergeleitet, als ob es sich hier um das „Ausliefern des polnischen Volkes an das Zentrum“ handeln würde. Wir bedauern, daß sich auch andersgehinnte Blätter ins Schlepptau der Nationaldemokratie nehmen ließen. Diese Angriffe vermögen indessen die um das Wohl des polnischen Volkes bedachten Männer aus dem geistlichen und Laienstande in Oberschlesien nicht abzuhalten, das zu tun, was sie als notwendig erachten; so vor allem die Bemühungen um die Einführung der polnischen Sprache in der Schule.

Es ist sehr auffallend, daß die nationaldemokratischen Blätter in ihrer Polemik so leichten Herzens gerade über diesen Punkt zur Tagesordnung übergehen und hier blind bleiben wollen. Gerade sie müßten hier der Wahrheit fest ins Auge schauen, um sich des wirklichen Standes dieser Angelegenheit klar bewußt zu werden.

Diese Wahrheit ist besonders der auffallende Umstand, daß, als die Tätigkeit der Nationaldemokratie in Oberschlesien einsetzte, die Germanisierung hier größere Fortschritte als je zuvor machte. Die politische Agitation des großen Mundwerkes der Nationaldemokraten blühte, aber die Grundlagen des Polonismus zerfielen gleichzeitig, denn in der politischen Verbohrtheit hatte man sein Augenmerk nur auf die Wahlen gerichtet, vergaß dabei aber gänzlich, daß nur positives Arbeiten an den Grundlagen über die Zukunft entscheidet.

Um diese Arbeit ging es auch der Rattowitzer Zusammenkunft, sie war auch der Gegenstand der Sorge der Erschienenen. Bei dieser Zusammenkunft dachte man gar nicht daran, von den Rechten des Volkes und seinem Erworbenen etwas preiszugeben, im Gegenteil, gerade diese Rechte und Erwerbungen zu erweitern, das war ihr Zweck.“

Aus Nr. 129 des Wielkopolanin (Posen)
vom 10. Juni 1917.

Die neueste Aktion in Oberschlesien.

An der Unterdrückung des nationalen Geistes im preußischen Anteil, die sich auf verschiedene Weise vollzieht, ist vor allem das politische System und dann die Tatsache schuld, daß wir in wirtschaftlicher Hinsicht noch sehr abhängig sind. In Oberschlesien tritt, ähnlich wie in Ostpreußen und zum Teil auch in Westpreußen, noch die Gefahr jener Germanisierung hinzu, die uns von seiten der geistlichen Zentrums Politiker droht. Das ist der äußere Druck, dessen Beseitigung von unserer Volksgemeinschaft abhängt. Wir vermochten aber und vermögen auch heute noch, diesem Druck zu widerstehen, solange wir selbst über unsere nationalen Interessen sorgsam wachen. Wir können allerdings infolge eines solchen Druckes in eine schwere Lage geraten, und wir sind auch tatsächlich schon oftmals in eine solche Lage gekommen, wobei ein gewisser Prozentsatz unserer Bevölkerung für unsere Nationalität verloren ging. Auf derartige Verluste müssen wir dabei angesichts der politischen und wirtschaftlichen Überlegenheit unserer Gegner im preußischen Anteil immer gefaßt sein. Aber solange wir uns noch gemeinsam gegen eine solche Übermacht wehrten, blieb der Geist unseres Volkes unverdorbt. Anders kann es jedoch kommen, sobald wir selbst aus unseren nationalen Reihen zu desertieren anfangen. Da kann auch unser nationaler Geist schon angesteckt werden. Und das ist von der neuesten Aktion in Oberschlesien zu befürchten. Denn wenn man auch alles das für wahr hält, was

der „Katholik“ darüber berichtete, daß es sich nämlich in der Versammlung zu Rattowitz nicht um die Losreißung Oberschlesiens von der polnischen Fraktion handelte, und selbst, wenn man alles andere hinnimmt, was in dieser Angelegenheit der „Katholik“ schrieb, so würde man immer noch den Eindruck gewinnen, daß hier den Mitgliedern des deutschen Zentrums Gelegenheit geboten wurde, zu erwägen, ob es nicht gelingen könnte, den nationalen Geist des polnischen Volkes in Schlesien zu verderben. Denn was der „Katholik“ sonst von einem Wahlkompromiß mit dem Zentrum berichtete, darf nicht ernstgenommen werden. Wahlkompromisse werden nämlich nur von Fall zu Fall, und zwar zum Teil unmittelbar vor den Wahlen geschlossen. Es ist aber niemandem in Preußen und Deutschland davon etwas bekannt, daß eine Wahlaktion im Anzuge sei. Außerdem sind zum Abschluß von Wahlkompromissen nur die Wahlbehörden beauftragt und berechtigt; der „Katholik“ und die Zentrumsgeistlichen haben also hierzu nicht einmal ein formales Recht.

Von tatsächlich großer Bedeutung ist aber das, was der „Katholik“ weiter mitteilt, daß nämlich die gemeinsamen Bemühungen der Geistlichen in Schlesien in Sachen des religiösen und kulturellen Wohles des polnischen Volkes zu einer politischen Verständigung in Oberschlesien ohne Rücksicht auf den politischen Standpunkt der einzelnen Geistlichen führen könnten. Gerade mit Rücksicht auf diesen Punkt muß unsere Volksgemeinschaft sorgsam darüber wachen, daß unsere nationale Sache in Schlesien infolge der in Rattowitz angeregten Aktion nicht zu Falle gebracht werde. Denn schon der Geistliche, der in der „Gazeta Ludowa“ über die Versammlung in Rattowitz berichtete, spricht ausdrücklich von der Bildung polnischer Abteilungen des deutsch-katholischen Volksvereins zu München-Glabach. Der „Katholik“ hat auch diese Meldung gar nicht dementiert. Es ist deshalb anzunehmen, daß in der Versammlung zu Rattowitz ein solches Projekt tatsächlich erwogen und daß gegen dasselbe weder von seiten des Herausgebers des „Katholik“ noch von seiten des Geistlichen Kapiga protestiert wurde.

Das würde aber zu einer allmählichen Assimilierung und Verschmelzung des polnischen Elements mit dem Zentrum mit Hilfe jener Abteilungen führen. Der Wolf, d. h. das Zentrum, würde bei einem solchen Geschäft allerdings seinen Teil erhalten, aber das Lamm, nämlich das polnische Volk würde dabei sicher zu kurz kommen. Mit anderen Worten, dem polnischen Volke würde dann die Rolle eines Aschenbrödelns zufallen, und das polnische Nationalinteresse würde sich, von der Zentrumsfonne umstrahlt, allmählich verflüchtigen. Der Herausgeber des „Katholik“ kennt aber die Verhältnisse in Schlesien zu gut, als daß er das nicht wissen sollte. Das polnische Volk würde dann zwischen zwei Feuer geraten; es würde nämlich auf einer Seite von den Katakisten und den ihnen geistig verwandten Germanisatoren bedrängt werden, und auf der andern Seite müßte es unter der Politik der Zentrumsgeistlichen verkümmern.

Man darf nämlich nicht vergessen, daß die Geistlichen aus dem Lager des Zentrums im allgemeinen der polnischen Bewegung in Schlesien feindlich gegenüberstehen. Der größere Teil von ihnen betrachtet die Verteidigung unserer nationalen Rechte und Interessen in Oberschlesien als eine Agitation, die nur auf künstliche Weise auf den Organismus des polnischen Volkes von verschiedenen Elementen übertragen worden sei. So tauchte auch das Schlagwort von „der Gefahr einer großpolnischen Agitation“ nicht etwa im Lager der Katakisten, sondern in Zentrumskreisen auf. Es war gerade das Breslauer Zentrumsblatt, die „Schlesische Volkszeitung“, die zuerst mit diesem Schlagwort operierte, um dadurch die Aufmerksamkeit der preußischen Regierung auf die Gefahr zu lenken, von welcher das Deutschtum

in Oberschlesien angeblich bedroht war. Erst nachher wurde dieses Schlagwort auch von den Katsisten und später von den preußischen Ministern selbst angenommen. Unter dieser Losung agitierten nun die Geistlichen aus dem Lager des Zentrums gegen die national-polnische Bewegung in Oberschlesien, und unter dieser Losung suchten sie das polnische Volk in den kulturell-wissenschaftlichen Vereinen und Verbänden politisch zu bekämpfen. Diese Losung schoben sie auch ständig und systematisch sogar dann vor, wenn es sich um heilige (religiöse) Sachen, wie z. B. um den Beicht- und Kommuniionsunterricht handelte. Dadurch schädigten sie aber nicht nur die nationalen Interessen des polnischen Volkes, sondern auch die Interessen der katholischen Kirche selbst. Es gab unter den Geistlichen der Zentrumsparterie allerdings auch Ausnahmen, aber diese Ausnahmen waren nur gering.

Es ist unmöglich, in einem Artikel alle die Streitigkeiten und Konflikte anzuführen, die aus diesem Anlaß zwischen den Zentrumsgeistlichen und dem polnischen Volke bei den Wahlen, in der allgemeinen Politik, in der Kirche bei der Vorbereitung der Kinder zu den hl. Sakramenten und schließlich auch in den kulturellen und wissenschaftlichen Vereinen vorkommen. Wenn man dieses Thema vollständig erschöpfen wollte, so müßte man darüber viel mehr Artikel schreiben. Wir machen also hier nur auf die ausgezeichnete Broschüre des Pfarrers Skowronski aus Ligota bei Biala aufmerksam, in der dieser hochverdiente geistliche Patriot in Schlesien die schwersten Vorwürfe und Beschuldigungen an die Adresse der geistlichen Germanisatoren richtete. Diese Broschüre ist auch heute noch aktuell.

Dem Herausgeber des „Katolik“ muß das alles bekannt sein. Trotzdem eröffnet er jetzt in Gemeinschaft mit dem Geistlichen Kapiça, der ein warmer schlesischer Patriot, aber kein „Nationalpole“ ist, eine Aktion, die man vom nationalen Standpunkt aus als eine geradezu sündhafte Arbeit bezeichnen muß. Diese Aktion verfolgt nämlich den Zweck, Schlesien zwar nicht direkt d. h. unmittelbar und sofort von der polnischen Fraktion loszureißen, aber die Grundlagen der nationalen Bewegung zu erschüttern und das polnische Volk sodann ganz unter das politische Kommando des Zentrums zu stellen. Das kommt aber im Endresultat der Losreißung Schlesiens von der polnischen Fraktion gleich. Zu dieser sündhaften Arbeit tritt als ein erschwerendes Moment noch die Tatsache hinzu, daß mit ihr zu einer Zeit begonnen wird, die als eine Umschwungsperiode für das ganze polnische Volk gelten muß.

Angeichts dessen hat unsere Volksgemeinschaft die Pflicht, mit ständiger Wachsamkeit die weitere Entwicklung der Ereignisse in Schlesien zu verfolgen.

Aus Nr. 130 des Wielkopolanin (Posen)
vom 12. Juni 1917.

Die schlesische Frage.

Wir kommen heute auf die schlesische Frage zurück, und wir werden wohl noch öfter auf sie zurückkommen müssen, denn es ist doch keine Kleinigkeit, wenn in der Kattowitzer Versammlung, wie die dortige „Gazeta Ludowa“ mitteilt, erklärt wurde, daß die polnische Fraktion nach der Proklamierung des Königreichs Polen durch den November-Akt ihre Existenzberechtigung verloren habe. Ebenso wenig ist es eine Kleinigkeit, wenn das Zentrum in Schlesien in derselben Versammlung die Bedingung stellte, daß in Schlesien keine polnischen Abgeordneten mehr gewählt werden sollen. Aber auch das ist keine Kleinigkeit, daß man verlangte, daß in jeder polnischen Pfarrgemeinde in Schlesien eine Abteilung des katholischen Volksvereins von München-Gladbach eingerichtet werde.

Der „Katolik“ gibt auf die Vorwürfe und schweren Anschuldigungen, die aus diesem Grunde gegen ihn erhoben werden, keine Antwort. Er gibt sich nicht die geringste Mühe, die Sache aufzuklären, denn alles das, was er über diese Versammlung schrieb, ist nicht einmal ein halb Lot Pfeffer wert, zumal der Pfeffer jetzt, wie alles andere, teurer ist. Wer somit bis dahin das öffentliche Auftreten des Herausgebers des „Katolik“ mit Rücksicht auf seine früheren unstreitig großen Verdienste um die polnische Sache in Schlesien und mit Rücksicht darauf, daß die politischen Verhältnisse in Oberschlesien überhaupt kompliziert und politisch noch nicht ganz geklärt sind, mit einer gewissen Nachsicht beurteilte, der muß jetzt nachdem die neue Aktion in Schlesien durch die „Gazeta Ludowa“, welcher dafür besondere Anerkennung von seiten aller Patrioten gebührt, aufgedeckt ist, schon selbst zu der Überzeugung gelangen, daß es sich hier nicht um einen einfachen Streit über solche politische Anschauungen handelt, die man wohl bekämpfen kann, aber zugleich auch achten muß, und ebensovienig um eine nur leichtsinnige oder unüberlegte politische Aktion, sondern um eine geradezu sündhafte Arbeit zu deren Charakterisierung die Bezeichnung „nationale Schädigung“ noch nicht genügt. Wir selbst üben ja bis dahin eine sehr weitgehende Nachsicht gegenüber der öffentlichen Tätigkeit des Herrn Adam Napierałski, und zwar gerade mit Rücksicht darauf, daß das nationale Bewußtsein im schlesischen Volke noch wenig ausgebildet war. Daraus machten wir auch kein Hehl, sowohl in unserem öffentlichen Auftreten, als auch in unseren Privatgesprächen, sei es in engeren oder in breiten Zirkeln, denn wir waren stets der Ansicht, daß man sich in Oberschlesien nicht blind an die nationale Idee halten und sie nicht wie eine explodierende Bombe in die ober-schlesischen Verhältnisse hineinschleudern dürfe, ohne ein tieferes Verständnis der letzteren. Aber es ist doch ein Unterschied, ob man das nationale Bewußtsein in Schlesien unter Berücksichtigung der dortigen Verhältnisse nur allmählich zu heben sucht, oder ob man die Grundlagen dieses Bewußtseins selbst untergräbt, indem man das polnische Volk daselbst nur als Wahllobject behandelt und es dem Zentrum als politisches Eigentum ausliefert.

Deswegen erhob sich jetzt die polnische Presse in dem ganzen preußischen Anteil mit seltener Einmütigkeit und mit aller Entschiedenheit gegen dieses neue Treiben des Herrn Napierałski und seines Freundes, des Herrn Pfarrers Kapiça. Mit vollem Recht erklärte auch der „Goniec Wielkopolski“, daß, wenn auch die polnischen Landesteile der preußischen Monarchie dem künftigen Königreich nicht einverleibt werden sollen, wir trotzdem nicht befugt seien, selbst an unserem nationalen Untergang mitzuwirken. Von der polnischen Presse in Schlesien trat gegen die Kattowitzer Aktion außer den neueren schlesischen Blättern, wie die Kattowitzer „Gazeta Ludowa“ und die „Nowiny Dpolskie“, auch die „Gazeta Dpolska“ des Bronislaus Koraszewski mit aller Entschiedenheit auf. Die „Gazeta Dpolska“ gehört übrigens zu den älteren Blättern in Schlesien. Sie stand früher ebenfalls auf dem Standpunkt der Zentrumsparterie, aber sie markierte schon seit vielen Jahren ihren polnisch-nationalen Charakter und hielt sich durch ihre Rücksichten auf das Zentrum niemals in dem Maße für gebunden, wie der „Katolik“.

Der Herausgeber des „Katolik“ macht sich jetzt — während der Kriegszeit — überhaupt nicht viel aus der öffentlichen Meinung der Polen. So erzählte uns unlängst ein Herr aus den Kreisen der polnischen Intelligenz in Schlesien, daß Herr Napierałski, so oft von der öffentlichen Meinung die Rede sei, nur mit den Achseln zucke oder darauf pfeife. Die Kriegszeit ist für ihn — die Zeit der Ernte, und er möchte

in ihr möglichst viel für sich einheimen. Deswegen würde er sich auch garnicht grämen, wenn der Krieg noch 20 Jahre dauern würde, denn er hätte dann Zeit und Gelegenheit, die politischen Geschäfte in Schlesien nach seinem Belieben zu ordnen. Die polnische Intelligenz in Schlesien hat nämlich gegenwärtig Schlesien zum Teil verlassen, zum Teil befindet sie sich an der Kriegsfront oder in den Schützengräben, und mit dem Volke selbst hofft Herr Napieralski schon fertig zu werden. Aber dieses politische Kalkül kann doch noch sehr bittere Enttäuschungen bringen, und es wird sie auch tatsächlich bringen. Die Kosten aber für eine solche Politik wird dann, wie schon so oft bisher, der „Katolik“ selbst bezahlen müssen.

Der Herausgeber des „Katolik“ besaß in seinem politischen Auftreten niemals jene moralische Kraft, die man Mut nennt und die zu jenen erhabenen Tugenden und Kräften gehört, welche in schweren Zeiten sowohl einzelnen Menschen, als auch ganzen Völkern von Gott verliehen werden. Diesen Mut besaß er vor allem nicht, wenn es galt, dem Druck des Zentrums und hauptsächlich den geistlichen Germanisatoren des Zentrums zu widerstehen. Dieser Mut fehlte ihm auch damals, als er vor mehr als zwanzig Jahren die Wahlen in Beuthen und später in Pleß-Rynik zwar unter der Losung des Zentrums — aber gegen den offiziellen Zentrumskandidaten durchzusetzen suchte. Nachdem die Wahlen damals durchgeführt waren, schloß er nämlich ein Kompromiß mit dem Zentrum zum Schaden und zum Nachteil des polnischen Volkes. Allmählich ließ er sich auch vom Zentrum immermehr beherrschen, und es kam schließlich so weit, daß der „Katolik“ nur noch die Rolle eines Landknechts der offiziellen und nichtoffiziellen Zentrumsparthei gegenüber spielte. Diese Rolle spielte er auch später noch zu der Zeit, als der Kampf um die Organisierung der nationalen Bewegung in Schlesien entbrannte. Er hat sich auch damals um das Zentrum große Verdienste erworben.

Die Organisierung dieser Bewegung war für die Polen mit großen Opfern verbunden. Die Redakteure der polnisch-nationalen Blätter und andere Führer dieser Bewegung mußten dafür langjährige Gefängnisstrafen erleiden, und sie mußten an Geldbußen und Gerichtskosten mehrere Zehner tausende Mark bezahlen. Aber es handelte sich bei dieser Bewegung darum, alle polnischen Elemente im preussischen Anteil zu einem politisch-nationalen Ganzen zu vereinigen. Denn das schlesische Volk ist doch polnisches Volk. Und da es eben dasselbe Blut, derselbe Stamm und dasselbe Volk ist, wie wir, so ist es recht und billig, daß ebenso im Abgeordnetenhaus, wie im Reichstage in Berlin für das ganze polnische Element nur ein polnischer Gedanke, eine polnische Politik und auch nur eine polnische Vertretung existiere.

Das war die prinzipielle Grundlage für die Organisierung der nationalen Bewegung in Schlesien. Das Zentrum mußte damals auf seine Herrschaft in Oberschlesien verzichten. Dem „Katolik“ war aber diese Bewegung immer ein Dorn im Auge, und deswegen hielt auch der Herausgeber des „Katolik“ die gegenwärtige Zeit für geeignet, zusammen mit seinem Freunde, dem Herrn Pfarrer Kapiza und anderen Zentrumsgeistlichen die Grundlagen dieser Bewegung zunächst zu schwächen, um dann auf Grund dieser Schwächung allmählich die Losreißung Schlesiens von der polnischen Fraktion herbeizuführen. Übrigens handelt es sich hierbei auch nicht allein um die polnische Fraktion; denn man muß bedenken, daß die nationale Wiedergeburt Oberschlesiens sich nicht etwa ausschließlich auf die Wahlen selbst und auf die Wahlaktion unter nationalen Losungen beschränkt, sondern daß sie die innere Arbeit des schlesischen Volkes an der Entwicklung und Kräftigung seines nationalen Bewußtseins fördern soll. Und gerade dieser Arbeit soll jetzt durch die Einführung

von Ortsgruppen des „Katholischen Volksvereins von München-Gladbach“, denen eine germanisierende Rolle zufällt, gelähmt werden.

Wir müssen also hier noch einmal betonen, daß angesichts einer solchen Aktion die ganze polnische Volksgemeinschaft die weitere Entwicklung der Ereignisse in Schlesien mit besonderer Aufmerksamkeit und Wachsamkeit verfolgen muß.

Aus Nr. 51 der Prawda (Posen)
vom 9. Juni 1917.

Eine gefährliche Agitation in Oberschlesien.

Die Unwahrheiten des „Dreßdownik“ und des „Kurjer Poznański“. Die Arbeit der Wähler.

In unserer letzten Nummer haben wir über Angriffe berichtet, die der Dreßdownik und der „Kurjer Poznański“ aus Anlaß der Kattowitzer Versammlung gegen uns gerichtet haben. Wir haben damals an der Hand des „Kurjer Słaski“ auch den richtigen Sachverhalt mitgeteilt.

Jeder ehrliche und logisch denkende Leser wird, wenn er die falschen Behauptungen des „Dreßdownik“ und des „Kurjer Poznański“ über die angebliche Tendenz, Oberschlesien von der rechtmäßigen polnischen Vertretung loszureißen, mit der sachlichen Darstellung des „Kurjer Słaski“ vergleicht, die wählerische Arbeit des „Dreßdownik“ sofort erkennen. Es ist dieselbe Arbeit, von der wir in den früheren Nummern der „Prawda“ geschrieben haben.

Es ist eben Arbeit der Nationaldemokraten.

Wenn die „Gazeta Ludowa“ und mit ihr der „Kurjer Poznański“ sowie dessen Trabant, der „Dreßdownik“, die spätere Aufklärung über die Tendenz der Versammlung abgewartet hätten, so hätten sie sich ihre Angriffe gegen diejenigen, von welchen diese Versammlung einberufen war, und ebenso die Angriffe gegen uns ersparen können.

Mit Herrn Napieralski verbindet uns sonst kein näheres Band; wir kennen und achten ihn aber als einen Mann, der Jahrzehnte hindurch trotz ähnlicher Angriffe, wie die letzten es waren, ehrlich und gewissenhaft an der Wiedergeburt des polnischen Oberschlesiens arbeitete und auch jetzt noch arbeitet.

Die Nationaldemokraten und der „Dreßdownik“ greifen ihn aber schon seit Jahren an, und zwar nur deswegen, weil er ihrem Kommando nicht folgen will. Das ist selbstverständlich eine Todsünde in den Augen dieser Herren.

In derselben Weise griffen sie ja auch früher den Abgeordneten Korsanty an, der anfänglich auf ihre Weisung und mit ihrer Unterstützung nach Oberschlesien ging, um es „für das Polentum zu reiten“. Sobald er aber die wahren Absichten der Nationaldemokraten, wie sie sich jetzt im „Dreßdownik“ abspiegeln, erkannt hatte, verließ er wie so viele andere dieses ehrenwerte Lager und ging zu Napieralski über.

Da ging aber erst recht die Heße gegen ihn los. Er mußte jetzt an seinem eigenen Leibe spüren, wessen die Nationaldemokraten und ihr „Dreßdownik“ fähig waren. Es gab nämlich keinen Schimpf und keinen Schmutz, in den er nicht hineingezogen worden wäre.

Wir wollen hier für Herrn Korsanty keineswegs eine Lanze brechen. Er hat die Nationaldemokraten nämlich schon selbst in richtiger Weise abgefertigt. Wir erwähnen die Sachen nur als ein charakteristisches Beispiel.

Ebenso ziehen die Nationaldemokraten und der „Dreßdownik“ jetzt über die „Prawda“ her, denn sie erweckte schon damals ihren Haß, als sie überhaupt noch gar nicht existierte.

Sie hassen eben die „Prawda“ (Wahrheit), wie jeder Mensch die Wahrheit haßt, der kein reines Gewissen hat.

Wir hatten es uns seit dem Bestehen unseres Blattes zum Grundsatz gemacht, jeden Streit zu vermeiden, denn wir waren und sind auch jetzt immer noch der Ansicht, daß es in diesen für das polnische Volk so schweren Zeiten weder uns noch sonst jemandem gestattet ist, Streit zu suchen. Der Augenblick ist nämlich zu ernst dazu. Und wir haben auch an diesem Grundsatz stets festgehalten; wir haben weder irgendein polnisches Blatt, noch sonst jemanden angegriffen, obwohl wir hierzu Anlaß genug hatten, da hinter unserem Rücken im Geheimen verschiedene Unwahrheiten über uns verbreitet wurden.

Jetzt dürfen wir aber nicht mehr schweigen, denn der gegenwärtige Angriff der Nationaldemokraten und des „Dreďdownik“ ist doch schon zu niederträchtig. Man könnte ja am Ende glauben, daß die von ihnen ausgestreuten falschen Nachrichten auf Wahrheit beruhten oder daß wir die Nationaldemokraten und den „Dreďdownik“ fürchteten.

Aber wir werden niemals selbst vor solchen Herren erzittern, als welche die Nationaldemokraten und die Herren vom „Dreďdownik“ gerne gelten möchten.

Allerdings sind wir gewohnt, mit ehrlicher Waffe, mit offenem Visier und mit einem ritterlichen Gegner zu kämpfen, und nicht etwa in der Weise und mit solchen Mitteln, wie sie beim „Dreďdownik“ üblich sind.

Der „Dreďdownik“, der „Kurjer Poznański“ und die übrigen Nationaldemokraten kämpfen nämlich mit keiner edlen Waffe; sie suchen den Gegner hinterrücks, man könnte beinahe sagen, wie die Straßenräuber, zu überfallen. Das ist aber kein Gegner mehr, das ist ... Trotzdem wiederholen wir, daß wir mit Rücksicht auf das Interesse unserer ganzen Volksgemeinschaft keinen Streit und keinen Kampf wünschen. Denn es ist nur schade um die Zeit, die man bei einem solchen Kampfe verliert, zumal gegenwärtig viel wichtigere Sachen ihrer Lösung harren und positive Arbeit zum Heile des polnischen Volkes uns allen so sehr not tut.

Aber jedenfalls fürchten wir einen solchen Kampf nicht, und wir werden den Handschuh aufnehmen, wenn man uns in Zukunft nicht in Ruhe läßt.

Eins verlangen wir jedoch von den Herren Nationaldemokraten und von dem ehrenwerten „Dreďdownik“: dieser Kampf möge ehrlich, offen und Auge in Auge geführt werden.

Vorläufig wollen wir also nur feststellen, daß die Nationaldemokraten samt ihrem „Dreďdownik“ und dem „Kurjer Poznański“ ihr Glück damit versuchten, falsche Nachrichten über uns zu verbreiten und zu wählen.

Dieser Versuch ist ihnen mißlungen. Darum werden sie vielleicht aufhören, weiter zu wählen. Das würde uns sehr freuen, denn wir haben jetzt alle wichtigere Sachen zu tun.

Die gegenwärtige Zeit bietet nämlich für jeden ehrlichen und edlen Menschen Arbeit und Arbeitsfeld genug. Und dieses Arbeitsfeld ist da zu suchen, wo das Heil des polnischen Volkes ruht. Auf dieses allein soll es uns ankommen.

(K.)

Zu dem Napieralskischen Rechtfertigungsversuch meint der Kraj (Lissa) Nr. 130 vom 12. Juni:

„Soweit Herr Napieralski. Jeder andere redliche politische Gegner würde sich nach dem Durchlesen dieser sachlichen und ruhigen Ausführungen an die Brust schlagen, mea culpa sagen und der Wahrheit die Ehre geben. Man kann sich irren. Nicht handelt so die Nationaldemokratie. Wir sind dessen fast sicher, daß die nationaldemokratische Presse mit ihren edlen

Sitten: der „Kurjer Poznański“, „Dreďdownik“, „Dziennik Kujawski“, „Dziennik Berliński“, sowie die Satelliten dieser Blätter nach Art der „Gazeta Poznańska“, des „Więkopolanin“, des „Goniec Więkopolski“ (denn auch dieser hat Alarm geschlagen) die Auslassung des Herrn Napieralski, worin die Sache im wirklichen Lichte dargestellt wird, nicht wiedergegeben werden. Zum mindesten werden sie Purzelbäume schießen, wie gelegentlich der ersten Antwort des Herrn Napieralski. Es würde uns freuen, wenn wir diese unsere Behauptungen würden widerrufen müssen.

So hat für den „Kurjer Poznański“ die unkontrollierte Mitteilung irgend eines Geistlichen Y hingereicht, um zu schreiben, daß die ganze Sache keiner Kommentare bedürfe. Das ist auch ein netter journalistischer Brauch. Es genügt, daß jemand, der sich mutig hinter das schöne Pseudonym eines Geistlichen verbirgt, ein Verdammungsurteil auf einen politischen Gegner geschleudert hat, damit für „Kurjer Poznański“ und Genossen die ganze Sache keiner Kommentare mehr bedürfe.

Nette Verhältnisse sind bei uns zur Herrschaft gelangt. Die Nationaldemokratie wadet immer weiter in den Sumpf und vergiftet die Atmosphäre immer mehr. Die von Herrn Napieralski gebotene Aufklärung spricht für sich. Es ist niemandem eingefallen, Oberschlesien an die Zentrumsleute auszuliefern. Die Leute aus dem Lager des „Stillstehens“ können es nicht begreifen, daß man sogar in Zeiten, wie die gegenwärtigen, nicht die Hände falten und sich nicht dem Nichtstun hingeben darf. Daher ihre Angriffe und ihre Bosheit. Wir stellen fest, daß dies ein neuerer Beweis dafür ist, in welcher Weise eine gewisse polnische Presse den Aktivismus in der Politik auffaßt.

Aus Nr. 70 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 12. Juni 1917.

Zu der bekannten vertraulichen Versammlung in Rattowitz

bemerkt die Gazeta Grudziądzka folgendes:

„Was uns anbetrifft, so würden wir es lieber sehen, wenn der Religionsunterricht mit keiner politischen Angelegenheit in Verbindung gebracht werden würde.

Die Ausführungen des geistlichen Berichterstatters der „Gazeta Ludowa“ beleuchten den durch den „Katolik“ mitgeteilten Beschluß in einer „unangenehmen“ Weise. Demgegenüber spricht sich der „Katolik“ darüber, ob eine Absicht der Schaffung von polnischen Abteilungen des „Katholischen Volksvereins“ in München-Gladbach für das katholische Volk in Oberschlesien besteht, nicht bestimmt aus.

Wenn solch eine Absicht bestände, dann müßten wir sie energisch bekämpfen. Denn sie würde zur Stellung des polnischen Volkes unter den Einfluß des Zentrums und zur Verdrängung der polnischen Fraktion aus Oberschlesien führen. Und damit könnte kein Pole einverstanden sein. Die „Gazeta Grudziądzka“ müßte also, wie wir bereits gesagt haben, eine Bemühung dieser Art mit aller Kraft bekämpfen.

Das polnische Volk in Oberschlesien kann nur solche polnische Abgeordnete wählen, welche der polnischen Fraktion angehören. So war es früher und so müßte es auch fernerhin sein. Wer aber dieser Sache eine andere Richtung geben wollte, der würde die polnische Sache schädigen und dieser Schädigung müßte die „Gazeta Grudziądzka“ kräftigst entgegenwirken.“

Aus Nr. 132 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 13. Juni 1917.

Unter der Spitzmarke:

„Um das Polentum in Oberschlesien“

schreibt das Berliner Polenblatt u. a. folgendes:

Weil der bekannten Rattowitzer Entschließung eine besondere Bedeutung nicht beigemessen werden kann, sind auch die umfangreichen und leidenschaftlich gehaltenen Artikel überflüssig, und es ist zu bedauern, daß ihr Inhalt einen so überaus agitatorischen Charakter trägt, nicht einschneidend ist, die Frage des Polentums in Oberschlesien oberflächlich behandelt und sich nur einer Seite zuwendet und zwar nicht einmal der wichtigsten — der des nationalen Lebens. Das eben ist der schwache Punkt der Polemik der nationaldemokratischen Blätter, den die Napieralskischen Zeitungen in sehr geschickter Weise ausnützen.

Auf die von den Beuthener Blättern hervorgehobene Germanisierung hinweisend, sagt das Blatt:

Man kann diesen Ausführungen die Richtigkeit nicht absprechen, wenn auch hervorgehoben werden muß, daß nicht die Nationaldemokraten allein die Schuld an der gewaltsamen Verdeutschung des polnischen Volkes in Oberschlesien in dem letzten Jahrzehnt tragen; sie verteilt sich vielmehr in gleichem Maße auf beide Seiten und beide tragen auch in gleichem Maße die Verantwortung dafür.

Festgestellt muß werden, daß das „Katolik“-Lager an den bedauerlichen Verhältnissen, die sich in Oberschlesien herausgebildet haben, und die die „Katolik“-Presse jetzt auf das Konto der vermeintlichen „großmännlichen“ nationalen politischen Agitation des nationaldemokratischen Lagers zu setzen sucht, nicht ohne Schuld ist.

Aus Nr. 201 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 7. Juni 1917.

Der „Kurjer Poznański“ zählt in Nr. 125 vom Dienstag, den 5. Juni d. J., die „Gazeta Narodowa“ zu dem Lager, dessen Tätigkeit „schädlich“ sei, zu dem Lager, dem außerdem auch der „Katolik“ mit seinen Nebenorganen, sowie die „Gazeta Grudziądzka“ und der „Kraj“ gehören sollen. Diese „schädliche“ Tätigkeit besteht aber nur in der Einbildung des „Kurjer Poznański“, denn ein Unterschied in der Methode entscheidet noch nicht über den Wert der Tätigkeit selbst. Daraus, daß unsere Politik „viele Berührungspunkte“ mit der Politik jener Organe hat, kann uns somit kein Vorwurf gemacht werden, der logisch begründet wäre, denn wir solidarisieren uns in vielen und zwar in den wichtigsten „Punkten“, nämlich in unsern nationalen Postulaten, ebenso mit dem „Kurjer Poznański“. Wir unterscheiden uns eben nur durch die Methode, und wir müssen gestehen, daß wir jene Methode, deren sich der „Kurjer“ der „Gazeta Narodowa“ gegenüber bedient, weder für unsere eigene, noch für eine — edle Methode halten. Der „Kurjer Poznański“ wird übrigens den Irrtum wohl auch bald eingesehen haben, der ihm bei seinem letzten taktlosen Auftreten uns gegenüber unterlaufen ist. Der „Kurjer“ hat sich nämlich zu voreilig über unsern Standpunkt in der schlesischen Frage geäußert. Wir haben unsere Ansicht über diese Frage schon im Monat April d. J. ganz ausdrücklich kundgegeben.

Aus Nr. 129 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 10. Juni 1917.

Handelt es sich nur um eine verschiedene Methode?

Die „Gazeta Narodowa“ ist jedesmal damit unzufrieden, wenn man sie zum Lager der „Katolik“-Blätter, der „Gazeta Grudziądzka“ und des „Kraj“ rechnet. Leider können wir ihr den Gefallen nicht erweisen, die Sache anders, als sie sich in Wirklichkeit verhält, nur deswegen darzustellen, weil die Gesellschaft dieser Blätter für die „Gazeta Narodowa“ oft kompromittierend ist. Im übrigen verrät die „Gazeta Narodowa“ unwillkürlich schon selbst ihre wahren Sympathien, wenn sie sich dadurch beleidigt fühlt, was wir über die „schädliche Tätigkeit“ dieses Lagers schreiben. „Diese schädliche Tätigkeit — schreibt die „Gazeta Narodowa“ — besteht nur in der Einbildung des „Kurjer Poznański“, denn ein Unterschied in den Anschauungen über die Methode entscheidet noch nicht über den Wert der Tätigkeit selbst.“ Die „Gazeta Narodowa“ ist somit der Meinung, daß z. B. die Tätigkeit des „Kraj“ nicht schädlich sei, denn es handelt sich doch hier, mein Gott, nur um eine „verschiedene Methode“. Diese Nachsicht der „Gazeta Narodowa“ dem Blatt des Herrn Dombek und des Fürsten Drucki-Lubecki gegenüber kann uns nicht wundernehmen, denn wir wissen, daß diese Herren derselben Partei der nationalen Arbeit angehören, deren Organ die „Gazeta Narodowa“ ist, oder daß sie ihr wenigstens noch oder vor Kurzem noch angehörten. Was uns betrifft, so haben wir doch eine etwas andere Ansicht über diese ganze Sache, und wir sind überzeugt, daß die zu bequeme Formel von der „abweichenden Methode“ dahin führt, daß man sich jeder Schädigung und jeder strafbaren Untergrabung der nationalen Einheit gegenüber nachsichtig zeigt.

Aus Nr. 69 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 9. Juni 1917.

Der nationaldemokratische „Kurjer Poznański“,

das Hauptorgan der Partei der Ungläubigen und Atheisten, kann nicht leben, ohne sich an der „Gazeta Grudziądzka“ zu reiben. Dieses Blatt hat seit Anbeginn des Krieges jeden Gedanken für die politische Arbeit ebenso verurteilt, wie es den Gedanken an die Unabhängigkeit Polens verurteilte. Und gegenwärtig trübt, dreht und lügt es, nur um der Einigkeit in der Volksgesamtheit hinderlich zu sein. Es schreibt über jene Versammlung in Rattowitz und spricht von einem Lager, dem angeblich neben dem „Katolik“, dem „Kraj“, der „Prawda“ und der „Gazeta Narodowa“ auch die „Gazeta Grudziądzka“ angehören soll. Auf diese Weise bemüht sich der Kurjer Poznański wider besseres Wissen unter seinen Lesern den Eindruck hervorzurufen, als ob auch die Gazeta Grudziądzka jene zu verurteilenden Bemühungen, die in Oberschlesien an den Tag zu kommen beginnen, unterstützen würde. Der „Kurjer“ kann nun schon einmal seine freimaurerischen Gewohnheiten nicht bei Seite legen. Und gerade diese Art seines Verfahrens ist der beste Beweis dafür, wie sehr der „Kurjer“ sich an die freimaurerischen Beispiele hält, und diese Rücksichtslosigkeit ist, wenn es sich um die Bekämpfung eines unbequemen Gegners handelt, eines der Hauptmerkmale jener Sekte. Der Krug geht aber solange zum Brunnen, bis der Henkel bricht.

In Galizien ist unter der polnischen Volksgesamtheit der Friede eingekehrt — und seine Frucht ist der Beschluß der polnischen Fraktion in Sachen der polnischen Frage. Das ist aber erst dann geschehen, nachdem die nationaldemokratische Partei bankrott geworden war.

In Warschau beginnt der Friede ebenfalls einzukehren. Sogar die dortigen Nationaldemokraten, die natürlich klüger sind als die Posener, fangen an, sich diesem Frieden zu nähern, freilich erst seit der Zeit, als man ihnen gezeigt hatte, daß man auch ohne sie fertig werden kann.

Die „Gazeta Grudziadzka“ lebt im Einvernehmen mit dem polnischen Volke in Galizien, das insbesondere dazu beigetragen hatte, daß die denkwürdige Krafauer Entschließung zustande gekommen ist. Sie steht auch im Einklange mit dem ganzen polnischen Volke im Königreich Polen und ebenso mit dem polnischen Volke in Preußen, also mit dem gesamten Volke in den polnischen Landen.

Das Lager der „Gazeta Grudziadzka“ ist weder das Lager des „Katolik“ noch das des „Kraj“, der Prawda, noch das der „Gazeta Narodowa“ — ihr Lager ist vielmehr einzig und allein das der polnisch-katholischen Volkspartei. Das ist dem „Kurjer“ sehr wohl bekannt, er spricht aber wider besseres Wissen ganz anders, denn er ärgert sich, daß sich die „Gazeta Grudziadzka“ nicht unter das Kommando der Partei begeben will, deren oberer Behörde auch Freimaurer, Ungläubige und Atheisten angehören.

Aus der Sonntagsbeilage der Prawda (Posen)
vom 10. Juni 1917.

...Hört, was in Schildberg mit dem Volke getrieben wird! Es wollte jemand die ihm zustehenden Zuckermärken empfangen, um sich das bittere Leben zu versüßen. Er ging daher zum hochlöblichen Magistrat und verlangte die Märken. Da sagen ihm aber die Klugköpfe, er werde Zuckermärken erhalten, müsse aber wenigstens eine Kleinigkeit für jene U-Boot-Spende hergeben. Nolens, volens — er mußte hergeben. Wenngleich ja jeder sonst gern gibt, sofern man ihn artig bittet, so würde es mich doch scheußlich ärgern, wenn man mir in einem ähnlichen Falle eine Tat der Barmherzigkeit abnötigen wollte. Denn erzwungen ist nur das Kraut gut. In Schildberg urteilt man jedoch augenscheinlich anders von den U-Boot-Spenden, denn man möchte den Leuten mit Gewalt den Groschen aus der Tasche ziehen. Das ist nicht der rechte Weg, lieber Magistrat, denn ein solches Verfahren schreckt die Leute nur ab.

Aus Nr. 11 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 1. Juni 1917.

Unter der Überschrift

„Zeitgemäße Gedanken“

schreibt der „Przegląd Kupiecki“ folgendes:

Der Ausdehnung und dem Drange der großen Berliner Banken nach dem Osten müßten die maßgebenden Faktoren mit Rücksicht auf die lebhaften Interessen des Volkes eine große Aufmerksamkeit zuwenden und sich Mühe geben, den fremden Einflüssen durch die Ausbreitung seiner Wirksamkeit und wirtschaftlichen Einflüsse auf das Königreich und Litauen möglichst entgegenzuwirken. Diesen Sorgen und Befürchtungen hat der „Przegląd Kupiecki“ bereits Ausdruck gegeben, ebenso unlängst der in breiten Kreisen der Jugend bekannte Herr Marzell Scheffs in den Spalten des „Kurjer Poznański“ in den Artikeln unter der Überschrift „Die Expansion der Banken Deutschlands nach dem Osten“.

Die Handelsbank, welche durch die Änderung ihrer Firma und ihres Organismus die engen Gebietsfesseln abgestreift hat, scheint mir neben der „Verbands-Bank der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“ zur Durchführung der oben erwähnten Aktion

in größerem Umfange berufen zu sein. Ich zweifle nicht daran, daß ihr elastischer Leiter, der bekannte Ökonomist und Sozialpolitiker Herr Dr. Hacia, in diesem Sinne auf unserm Gebiete wirken wird. Unserer vollständigen Verdrängung vom wirtschaftlichen Markte des Königreichs muß vorgebeugt werden.

Offenbar würde sich diese Aktion ohne eine bedeutende Erhöhung der Kapitalien der in Frage kommenden Banken und Firmen nicht durchführen lassen, sondern sie wäre vielmehr schon in den ersten Anfängen zu einem Mißerfolg und zu empfindlichen Verlusten verurteilt. Wir machen uns zwar schon etwas spät an die Arbeit, aber noch ist nicht alles verloren. Wir wollen daher wachen und wirken, so lange es noch Zeit ist!

Posen, Ende Mai 1917.

mfi.

Aus Nr. 130 des Ogródnik (Posen)
vom 12. Juni 1917.

Die feierliche Fronleichnamsprozession auf dem Alten Markt.

Es gibt einen Augenblick im Jahre, in dem grauen, gedrückten Alltagsleben unserer Stadt, in welchem die polnischen Herzen schwellen und der wahre Charakter der uralten Hauptstadt an der Warthe elementar Ausdruck findet — es ist das die feierliche Prozession um den Alten Markt am Sonntag nach Fronleichnam. Die beiden untrennbaren Kräfte, die in der Seele unseres Volkes stecken — der Katholizismus und das Polentum — reichen einander dann die Hände, und sie schallen in einem überaus schönen, harmonischen Akkorde wie eine mächtige Hymne zum Herrn der Heerscharen gen Himmel empor. Was haben gegenüber dieser herrlichen Manifestation der innigsten Wünsche und Gebete der Nation alle Feiern und Umzüge zu besagen, selbst wenn sie mit der größten Mühe veranstaltet werden? Selbst wenn jemand, ich weiß nicht wie sehr sich anstrengen sollte, derartige Kollektivfeiern künstlich vorzubereiten, so wird er niemals diese Stimmung erzielen, diese Tiefe und Aufrichtigkeit der Gefühle, diesen harmonischen Chor der Kleinen und Großen, wie bei unseren Prozessionen, und insbesondere bei der großen Prozession auf dem Alten Markt. Die Macht des katholischen Glaubens und seine untrennbare Verbindung mit der Nationalität treten nirgends mächtiger zu Tage, wie in dieser Prozession. Dann fühlt man, daß Polen eine polnische Stadt ist, daß die Mehrheit der kernpolnischen Bevölkerung gerade hier ihr Bestehen, ihr Leid und ihre Klagen, ihre Freude und ihre Hoffnungen, vor allem aber ihr Vertrauen auf das gnädige Urteil der Vorsehung kundgibt.

Schon die erhabenen äußeren und charakteristischen Rahmen bilden den Hintergrund für die Feier. Die alten, vom Zauber der Vergangenheit angewehten Barockhäuser und -gebäude, besonders auf der Nordwestseite des Marktes, schauen wie greise Zeugen aus vergangenen Zeiten auf die fromme, singende Masse herab, die sie schon so viele Male zu ihren Füßen geschaut haben. Und darüber thront das stolze Rathaus, dieses Denkmal alten Glanzes, das so überaus schön ist, wenngleich es verhandelt wurde durch das stilllose „neue Rathaus“. (Es folgt ein entsprechendes Stimmungsbild auf dem Hintergrunde der Frühlingszeit, in welche das Fronleichnamsfest fällt, und der religiös andächtigen Haltung der an der Prozession teilnehmenden Massen; dann schließt das Blatt.)

„Unter den Massen sind häufig die feldgrauen Uniformen der Krieger zu sehen. Ihre Gesichter verstrahlen besondere Stimmung; tiefe Rührung malt sich in ihren Augen. So mancher von ihnen war noch

vor einigen oder zehn und einigen Tagen vielleicht an der Front inmitten des Donners schrecklicher Kämpfe. Und in sein Gebet flücht sich bestimmt eine Dankagung dafür, daß Gott ihm noch gestattet hat, gemeinsam mit den Landsleuten an dieser wunderbar schönen Feier teilzunehmen. Wie viele von denen, die im vorigen Jahre unter uns waren, ruhen in der kühlen Erde?! Wer daran dachte, der betete gestern inbrünstig um einen glücklichen und fröhlichen Frieden. Und aus diesen Empfindungen heraus sprudelte lavagleich aus den gepeinigten Herzen die Hymne „Gott, der Du Polen“ wie der große Choral der Nation zu Gott empor. Es lag darin eine ungewöhnliche Sammlung der Herzen, es lagen darin Kraft, Vertrauen und eine große, heiße Bitte. Wer diesen Augenblick durchlebt hat, der wird ihn nie vergessen.“

(In der Schilderung, welche der „Kurjer Poznański“ vom gleichen Tage von der Prozession um den Altmarkt entwirft, heißt es an einer Stelle:

.... „Bei dem letzten Altar führten die vereinigten Posener Gesangsvereine unter Orchesterbegleitung Gesänge auf. Sodann stimmte die Masse spontan den mächtigen Gesang „Gott, der Du Polen“ an. Währenddessen wandte sich der Erzbischof nach Beendigung der Gebete zu den Gläubigen und hob die Hand empor, um den erzhierlichen Segen zu erteilen. Und da sang das Volk soeben (den Refrain der Hymne) „Vor Deine Altäre tragen wir die flehentliche Bitte“ — und auf die Knie fallend mit geneigter Stirn sang die Masse weiter: „Das Vaterland, die Freiheit wolle uns wiedergeben, Herr“. Ein großes Schluchzen brach aus der Brust der vielen Tausende hervor. Nach undenklichen Jahren scholl auf unserm Altmarkt die heilige Nationalhymne wieder zum Himmelsgewölbe empor. Mit durch Rührung unterbrochener Stimme sang man alle Strophen auf der Rückkehr nach der Pfarrkirche.

Die Posener „Prawda“ vom gleichen Tage schließt an diesen Vorgang folgende Betrachtung:

„Nach dem Evangelium stimmte die Schar bei dem vierten Altare die Nationalhymne „Gott, der Du Polen“ an. Die tausendköpfige Menge sang sie mit Tränen in den Augen. Zum ersten Male nach langen, langen Jahren bekam Polen öffentlich diese Hymne zu hören. Gott gebe, daß diese unsere flehentlichen Bitten, die wir vor die Altäre getragen haben, sich in kurzem verwirklichen und uns ein freies Vaterland wiederbringen! Dieser Tag wird denkwürdig bleiben für Polen und für alle die, welche von nah und fern her zu dieser Feier erschienen waren.

Aus Nr. 126 des Kraj (Lissa i. Pos.)
vom 6. Juni 1916.

Keine überflüssige Sorge.

In Nr. 119 des „Dziennik Poznański“ finden wir einen Artikel, in dem der Jesuitenpater Pawelski aus Anlaß seiner bekannten Artikel, in denen er vor einer Nationalkirche zu warnen suchte, angegriffen wird. Dieser Artikel des „Dziennik Poznański“ steht nicht vereinzelt da. Denn wir finden mehr Artikel in der Presse im Königreich Polen, wie in Galizien, die in demselben Geiste geschrieben sind. In demselben Geiste hat sich auch der „Kurjer Poznański“ geäußert. In allen diesen Artikeln, die ich eben zur Hand habe, offenbart sich ein und derselbe Gedanke; sie deuten deshalb alle auf irgend eine gemeinsame Quelle und auf eine gemeinsame Direktive hin. Nur der Ton ist ein verschiedener; er richtet sich eben nach dem Milieu des betreffenden Blattes. Der wesentliche Kern und

gleichsam der Kern aller dieser Artikel, die also offenbar das Produkt einer systematischen Aktion sind, ist überall der gleiche. Er läßt sich im folgenden Satz zusammenfassen: „Der Pflicht des Gehorsams gegenüber der römisch-katholischen Kirche droht in Polen keine ernstliche Gefahr. Seid deshalb nicht besorgt, Ihr lieben Leute, und vor allem hört nicht auf diejenigen, die alarmierende Nachrichten in euer praktisches Leben hineinzubringen suchen und schon mit dem Finger auf die bereits bestehende oder im Entstehen begriffene Quelle eines solchen Übels hinweisen“.

Die Sache liegt aber so. Heute handelt es sich um eine Nationalkirche; noch vor kurzem handelte es sich darum, daß die polnische Fraktion in Berlin nicht für die Rechte des Papstes eintrete, und morgen wird es sich darum handeln, daß in unseren Vereinen und Korporationen um Gotteswillen nur kein Hauptparagraph zur Annahme gelange, der besagen würde, daß die betreffende wirtschaftliche oder politische Korporation in jeder Hinsicht und auf allen Gebieten sich zur katholischen Weltanschauung und zum Gehorsam gegenüber den kirchlichen Gesetzen verpflichtet.

Ich will ja zugeben, daß der Verfasser jenes Artikels im „Dziennik Poznański“ recht hatte, als er behauptete, daß die Gefahr der öffentlichen Proklamierung einer Nationalkirche bei uns zur Zeit nicht mehr bestehe. Aber warum besteht sie jetzt nicht mehr? Eben deswegen, weil der Plan, sie einzuführen, entlarvt wurde und weil die katholischen Faktoren über diesen Plan laut zu sprechen und zu schreiben anfangen.

Alle derartigen Pläne können nur im Geheimen heranreifen. Und da hat die Stimme des Krakauer Priesters, eines vortrefflichen Gelehrten und Publizisten, vorläufig alle diejenigen zum Schweigen gebracht, welche ein polnisches „Vos von Rom“ ins Werk setzen möchten.

Schwieriger ist aber die Sache mit jener Gesamtkaktion, welche jetzt bestrebt ist, die Wachsamkeit unserer Volksgemeinschaft gegenüber einer solchen Gefahr, sowie gegenüber vielen anderen Erscheinungen einer systematischen antikatholischen Wühlerei in Polen einzuschläfern.

So wurde der Artikel des „Dziennik“ auch schon vom „Kurjer“, vom „Wielkopolanin“ und vielen anderen Blättern übernommen. Und vielleicht werden wir bald einen neuen Artikel im „Kurjer“ lesen können, der wiederum vom „Dziennik“ wiedergegeben werden wird. In alledem ist also ein System unverkennbar, und zwar um so mehr, als an dieser Gesamtkaktion sich Blätter beteiligen, die sonst auf dem rein politischen Gebiete nicht gerade solidarisch mit einander auftreten.

Es kommt bei diesen Blättern auch nicht auf die Übereinstimmung in politischen Fragen an, und ebenso wenig ist das Ziel, das sie bei dieser gemeinsamen Aktion verfolgen, rein politischer Natur. Das einigende Band und das gemeinsame Ziel ist vielmehr auf einem anderen Gebiete zu suchen, nämlich auf dem Gebiete des geistigen, religiösen Lebens. Alle diese sonst verschiedenartigen Strömungen, welche gemeinsam zu versichern suchen, daß für den Katholizismus in Polen nichts zu befürchten sei, haben nämlich eine und dieselbe Tendenz, sie wollen jede Warnungsstimme und jeden Versuch, unsere Volksgemeinschaft auf das Verhältnis unseres öffentlichen Lebens zur römisch-katholischen Kirche aufmerksam zu machen, im Keime ersticken und lächerlich machen.

Aber diejenigen, von denen solche Warnungsstimmen aus der Tiefe ihres warm fühlenden Herzens heraus laut werden, dürfen doch unmöglich gerade deswegen verstummen, weil dieses oder jenes Blatt es wünscht.

Der Verfasser des Artikels im „Dziennik“ versichert, daß man um den katholischen Charakter des

künftigen polnischen Staates nicht besorgt zu sein brauche. Im Gegenteil, man muß annehmen, daß dieser Charakter erst dann als gesichert gelten kann, wenn man um ihn jetzt schon in weiten Kreisen gar sehr besorgt ist. Der Verfasser weist hierbei darauf hin, daß in Italien und in Frankreich alle religiösen Streitfragen auf eine spätere Zeit verschoben wurden.

Man muß sich wirklich darüber wundern, wie der Verfasser sich in einer solchen Weise äußern kann. In Italien herrscht nämlich in dieser Hinsicht nur insofern Ruhe, als die Rechte des gegenwärtig wehrlosen Papstes von der italienischen Regierung ständig verletzt werden. Es werden dort die Wohnhäuser der Gesandtschaften am päpstlichen Stuhle beschlagnahmt, der Verkehr des hl. Vaters mit den Katholiken fremder Staaten wird erschwert und der Papst-König wird von den Ministern in ihren öffentlichen Reden beschimpft und von der italienischen Presse in Hunderten von Artikeln schon seit Beginn des Krieges in einer unerhörten Weise angegriffen. Werden denn solche Zustände von dem Geistlichen X, dem Verfasser jenes Artikels im „Dziennik“, der seine Angriffe gegen den hochverdienten Krakauer Jesuiten richtet, ebenfalls gebilligt? Wir nehmen an, daß es nicht der Fall ist. Wozu schreibt er aber dann solche Sachen?

In Frankreich hat ja die antikatholische Zensur sogar verboten, die Friedensbotschaft des Papstes von der Kanzel zu verlesen. Außerdem haben sich alle Mächte der Entente mit der Forderung der italienischen Regierung einverstanden erklärt, daß die Rechte des Papstes infolge dieses Krieges nicht erweitert werden dürfen. Und das nennt der Geistliche X „Aufschiebung der religiösen Streitigkeiten auf eine spätere Zeit?“ Im Gegenteil, man darf und muß doch alle derartigen Erscheinungen als Unterdrückung der Kirche bezeichnen.

Nach Ansicht des Verfassers müßte eine solche Ruhe auch bei uns Eingang finden. Wer also bei uns gegen die katholische Idee agitieren will, der soll dabei unbehelligt bleiben. Nur dann könnte Ruhe herrschen, wenn die Anderen angesichts dessen schweigen würden.

Aber wir leben, Gott sei Dank, nicht in Italien und auch nicht in Frankreich. Bei uns ist auch die Freimaurerloge noch nicht zur Alleinherrscherin geworden, und wir sind bis dahin auch sonst noch nicht wehrlos.

Der Verfasser des Artikels im „Dziennik“ schreibt weiter, daß die Folgen jener Warnungsrufe auf dem religiösen Gebiete in einer unvoreilhaftigen Weise von den Urhebern dieser Aktion selbst würden empfunden werden.

Das trifft zunächst garnicht zu. Denn es hat niemandem bei uns je geschadet, wenn er als Beschützer der katholischen Sache auftrat. Andererseits wird bei uns von seiten der entgegengesetzten Strömungen nichts mehr gefürchtet, als gerade ein solches Auftreten. Und wenn unsere Volkspresse, z. B. die „Gaz. Grundz.“ und der „Katolik“, auf einer so festen Grundlage steht und immer sicherer auftritt, so verdankt sie das doch nur dem Umstand, daß sie sich allen antikatholischen Strömungen in unserer Volksgemeinschaft entgegenstellt. Nichts anderes hat ihre Existenz bei uns in der Weise gesestigt.

Aber selbst wenn es anders wäre, wenn also irgend jemand deswegen bei uns wirklich zu leiden hätte, wäre das etwa ein hinreichender Grund, die Tätigkeit in dieser Richtung aufzugeben? Der verehrte Verfasser scheint wahrlich mit sonderbaren Argumenten auf andere Menschen einwirken zu wollen. Der persönliche Vorteil darf wohl beim Kauf eines Pferdes oder eines Ochsen ausschlaggebend sein, aber nicht bei einer Aktion, bei der es sich um das Reich Gottes handelt...

Überdies versucht der Verfasser offenkundig den Leser auch noch durch seine Unterschrift zu beeinflussen, aus der hervorzugehen scheint, daß er Geistlicher ist. Das mag ja stimmen. Aber der Pater Pawelski ist doch auch ein Geistlicher, und zwar ein sehr bekannter und hervorragender Geistlicher. Außerdem ist er noch Mitglied der Gesellschaft Jesu, und es ist doch bekannt, daß die Jesuiten in ihrem öffentlichen Auftreten auf jeden Fall durch die Kontrolle von seiten ihrer Vorgesetzten gebunden sind. Ich will damit nicht gesagt haben, daß diese Vorgesetzten für jedes Wort, das ein Jesuit sagt oder schreibt, die Verantwortung übernehmen. Aber die Tätigkeit eines jeden Mitgliedes eines geistlichen Ordens bewegt sich sicherlich in einem engeren Rahmen, als die Tätigkeit eines Weltgeistlichen. So wäre es z. B. unmöglich, daß irgend ein Mitglied eines geistlichen Ordens öffentlich gegen seine eigene geistliche Behörde auftreten würde, ohne die Folgen einer solchen Handlungsweise sofort an sich selbst zu spüren...

Und noch unlängst mußte doch der „Kraj“ feststellen und zugleich dagegen protestieren, daß die „Gazeta Ludowa“, die von einem Geistlichen redigiert wird, den Diözesanbischof dieses Geistlichen angriff.

Die Unterschrift: „Geistlicher X.“ kann also an und für sich noch nicht imponieren. Denn die Stimme eines Geistlichen in kirchlich-politischen Angelegenheiten, wenn sie in den Spalten eines politischen Blattes sich kundgibt, kann nur insofern maßgebend sein, als sie eine ganz sichere Garantie dafür bietet, daß der betreffende geistliche Politiker in absolutem Einverständnis mit seinem Diözesanbischof handelt, und daß er gegebenenfalls sich auch auf seinen Bischof berufen kann. Wenn die Sache sich wirklich so verhält, — dann muß selbstverständlich jede Diskussion verstummen. Wenn aber die Sache anders liegt, wenn also ein Weltgeistlicher nur seine persönliche Meinung oder die Anschauungen seiner politischen Partei zum Ausdruck bringt, dann ist seine Äußerung ganz einfach nur die Stimme einer Partei, und es kann über sie wie über jede andere Auslassung diskutiert werden. Die ganze Bedeutung der öffentlichen Tätigkeit der Geistlichen als solcher hängt also ausschließlich davon ab, ob und inwiefern diese Geistlichen im Sinne der Weisungen, der Anordnungen oder der Wünsche ihres Diözesanbischofs handeln. Darüber hinaus sind sie eben nur einfache Bürger, wie alle anderen.

Deswegen kann man es auch im Grunde genommen dem Geistlichen X. nicht verargen wenn er gegen den Pater Pawelski auftritt. Im Prinzip darf er es ja tun. Aber andererseits ist es auch jedem Anderen erlaubt, diese ganze Fehde gegen den Krakauer Jesuiten näher zu untersuchen und in ihr ein ganz deutliches System festzustellen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Aus Nr. 114 des Warschauer Tagesberichts
vom 9. Juni 1917.

Staatsratssitzung.

Alle Blätter berichten, zumeist an erster Stelle, über die gestrige Sitzung des Staatsrates, in der die Kommissare des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns folgende Erklärung der Okkupationsmächte abgaben:

1. Der Wunsch nach Einsetzung eines Regenten für den polnischen Staat, welcher im Beschluß des Staatsrates vom 1. Mai zum Ausdruck kam, entspricht vollkommen den Absichten der Mittelmächte und wird erfüllt werden, sobald die Bedingungen gedeihlicher Tätigkeit eines Regenten geschaffen sind.

2. Die Mittelmächte erachten schon gegenwärtig den Provisorischen Staatsrat für den Vertreter des sich bildenden polnischen Staates und erwarten, daß der Staatsrat in möglichst kurzer Frist seine vorbereitenden Arbeiten für die Verfassungs- und Verwaltungsorganisation des Königreichs Polen beende.

3. Die Mittelmächte richten gleichzeitig an den Staatsrat die Aufforderung, besondere Anträge darüber auszuarbeiten und ihnen vorzulegen, in welcher Weise ohne Beeinträchtigung der Stellung, welche den Okkupationsmächten nach dem Völkerrecht zukommt, die Übergabe einzelner Verwaltungszweige an die polnischen Zentralbehörden (Ministerien) erfolgen könnte und wie die Kosten für diese Verwaltungszweige zu decken wären. Solche Verwaltungszweige sind außer der Rechtspflege und dem Schulwesen die Angelegenheiten der Konfessionen, die Fürsorge für Kunst, die Wissenschaften, ferner aus dem Gebiete der Volkswirtschaft Handel und Landwirtschaft mit Einschränkungen, die aus kriegswirtschaftlichen Rücksichten noch näher bezeichneter werden sollen, die Organisation des Gewerbes, die Beseitigung der Kriegsschäden und der Wiederaufbau des Landes, endlich die öffentliche Wohltätigkeit und soziale Fürsorge. Ferner erwarten die Mittelmächte, daß der Staatsrat eine Persönlichkeit präsentiere, welcher bis zum Zeitpunkt der Einsetzung des Regenten die oberste Leitung der dem polnischen Staate übergebenen Verwaltungszweige zu übertragen wäre. Die genannten Regierungen nehmen an, daß zuvörderst die Designierung des Vorjüngenden im Provisorischen Staatsrate, des Kronmarschalls, hierfür in Betracht gezogen werde.

Auf mündliche Anfrage erklärte der deutsche Regierungskommissar ferner: „Die deutsche Regierung steht auf dem Standpunkte, daß die Frage der Versorgung der Bevölkerung und im besonderen die Verteilung der Überschüsse und Lebensmittel zum Bereich der Volkswirtschaft im Sinne des dritten Punktes der abgegebenen Erklärung gehöre. Dementsprechend wird die deutsche Regierung Anträge des Staatsrates betreffs dieser Fragen in dem möglichen Maße bei den gegenwärtigen Ausnahmeverhältnissen berücksichtigen und den behördlichen Organen, welche der Staatsrat bilden wird, die Möglichkeit der Mitarbeit bei der Lösung dieser wichtigen Angelegenheit gewähren.“

Der österreichisch-ungarische Regierungskommissar gab folgende Erklärung ab: „Der Erklärung des Kaiserlich deutschen Regierungskommissars schließe ich mich völlig an: sie entspricht den Anschauungen meiner Regierung, daß der Nation die Möglichkeit gewährt werden muß, in der Frage der Ernährung der Bevölkerung mitzuwirken. Ich bemerke dabei, daß das Generalgouvernement Lublin sich bereits damit beschäftigt, diese Intentionen zu verwirklichen.“

Aus Nr. 122 des Glos (Warschau)
vom 10. Juni 1917.

Die Antwort der Mittelmächte.

Die von der Volksgesamtheit heftigst erwartete Antwort der Mittelmächte auf die Beschlüsse des Staatsrats vom 1. Mai ist eingetroffen. Ein historisches Dokument liegt uns vor, und es wird vom ganzen Lande mit der Aufmerksamkeit gelesen, die einer Entscheidung gebührt, durch welche ein neues Gebiet der Arbeit und der politischen Tätigkeit eröffnet wird.

Der erste Eindruck eignet sich nicht zu besonderen Betrachtungen, um so mehr heute, da die inneren Verhältnisse im Lande verwirklicht sind, vor allem aber deshalb, weil die Antwort der Mittelmächte im Stil eines juristischen Dokuments abgefaßt ist, Redensarten vermeidet und ganz undgar nicht an die Gefühle appelliert. Erst eine ruhige Analyse ihres Inhalts kann

das entsprechende Licht auf den neuen Zeitabschnitt, vor dem das Land steht, werfen.

Der Staatsrat war „vorläufig“, und es hatten sich in ihm wie in einem Anfang alle Gebiete des staatlichen Lebens vereinigt. Die gesetzgeberischen Aufgaben ruhten gleichfalls in den Händen dieser ersten Staatsgewalt. Der Staatsrat war bis gestern kaum der Anfang eines staatlichen Organismus, und erst die Zukunft sollte diesen Organismus im einzelnen entwickeln und gestalten. Die bekannten Beschlüsse des Staatsrats vom 1. Mai waren ein entschiedener Versuch nach dieser Richtung hin. Ihr Ziel war, die Möglichkeit der Trennung der ausführenden und gesetzgeberischen Aufgaben zu erlangen und das Ganze in die Hand eines Regenten zu legen. Die drei Punkte dieses Programms waren:

1. Die Schaffung einer vorläufigen Regierung durch den Staatsrat;
2. Die Berufung eines Regenten, der eine Regierung ernennen und den Landtag einberufen soll.
3. Die Ausarbeitung eines Programms der Übernahme der staatlichen Gewalt, das den Mittelmächten durch die vorläufige Regierung vorgelegt werden soll.

Die Antwort der Mittelmächte erfüllt, wenn auch nicht wörtlich, so doch tatsächlich die Wünsche des Staatsrats.

Die Mittelmächte sind grundsätzlich mit dem Regenten einverstanden. Der Vorbehalt, daß für diesen zunächst die „Vorbedingungen einer gedeihlichen Tätigkeit“ geschaffen werden müssen, entspricht den Befürchtungen, die vielfach im Volke selbst ausgesprochen wurden. Der Regent braucht als Stütze seiner Macht ausführende Organe, wenn er diese Macht tatsächlich und wirksam ausüben soll. Es muß eine Kraft und kein Schatten sein. Der Schwerpunkt liegt demnach in der Forderung einer vorläufigen Regierung. Nach dieser Richtung hin erlangt der Staatsrat vor allem den Sieg des Grundsatzes der Trennung der ausführenden von der gesetzgebenden Gewalt.

Zum ersten Mal erscheint vor uns der Begriff eines polnischen Ministerkabinetts.

Dieses soll, dem Vorgegangenen gemäß, eine vorläufige Regierung darstellen, die durch die Rücksichten auf die Notwendigkeiten des Krieges beschränkt ist. Nicht alle Zweige des staatlichen Lebens werden ihr übergeben werden. Es fehlt das Ministerium des äußeren Angelegenheiten, des Krieges, der Finanzen und der inneren Angelegenheiten, soweit es sich um die politische Verwaltung des Landes handelt. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Errungenschaften des bisherigen Staatsrats nach dieser Richtung hin vernichtet werden sollen. Es verbleiben die Abteilungen des Staatsrats, die als Ämter, nicht aber als Ministerien, ihre Tätigkeit fortsetzen können. Dieser Umstand ist sehr wichtig und darf nicht übersehen werden. Wenn auch noch die vier wichtigsten Ministerien fehlen, so wird es doch keinen leeren Raum geben.

Neben der vorläufigen Regierung soll der Staatsrat bestehen bleiben, der also auf diese Weise aufhört, „vorläufig“ zu sein. Schon in der Antwort der Mittelmächte sieht man die Änderung seines Titels. In der zweiten Hälfte der Antwort ist die Eigenschaft „vorläufig“ weggeblieben. Es ist dies kein Zufall. Die Antwort der Mittelmächte ist ein Dokument, und jedes Wort oder das Fehlen desselben hat seine Bedeutung. Die Sache ist ganz natürlich. Da eine vorläufige Regierung entsteht, muß der Staatsrat die Rolle eines Senats und einer beratenden Körperschaft übernehmen. In diesem Charakter muß er zu einer dauernden Institution werden, die auch in die folgende Etappe übergeht, wenn der Regent die Macht übernehmen und ein ständiges Kabinett ernennen wird. Gegenwärtig soll er aber das am 1. Mai begonnene Werk fortsetzen und „besondere Anträge“ sowohl bezüglich „der Über-

nahme der einzelnen Verwaltungszweige“ durch die vorläufige Regierung, wie auch hinsichtlich der Deckung der damit verbundenen Kosten ausarbeiten.

Die Lage des Staatsrats war in den letzten Monaten eine sehr schwierige. Das Land hatte ihm das Beste anvertraut, was es hatte. Es erwartete noch mehr. Jedoch weder die äußeren, noch die inneren Verhältnisse waren günstig. Es schien, daß der polnische Staatspflug im Sande stecken bleibt und die Geschicke des Landes in die Hand leichtsinniger Elemente gelangen werden. Die Antwort, die jetzt der Staatsrat erhalten hat, gestattet eine weitere und noch tatkräftigere Arbeit an der Bildung des Staates. Dies bedeutet einen Sieg des Staatsrats. Der trockene, juristische Stil der Antwort der Mittelmächte kann das Verständnis der Tatsache nicht verhindern, daß eine erste polnische Regierung entstehen kann. Vom Staatsrat hängt es jetzt ab, ob dies bald geschehen wird. Das Land wird mit Ungeduld auf den ersten polnischen Ministerpräsidenten warten, der die Leitung der vorläufigen Regierung in seine Hand nehmen wird. Es ist dies der erste Schritt, den der Staatsrat schnell tun mußte, um dem aktivistischen Lager neues Leben einzuhauchen.

Kräfte sind noch genug vorhanden, aber nicht mehr allzuviel Zeit. Verspäten dürfen wir uns nicht; denn der Augenblick des Kongresses wird für uns eine Lebensfrage sein.

Aus Nr. 278 des Nowa Gazeta (Warschau)
vom 10. Juni 1917.

Die Antwort auf die Beschlüsse des Staatsrats.

Nach rund fünf Wochen ist endlich die erwartete Antwort der Mittelmächte auf die Erklärung des Vorläufigen Staatsrats vom 1. Mai eingegangen. Diese Antwort stellt zunächst die Übereinstimmung der Anschauungen der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung in der Frage des Regenten fest; an zweiter Stelle bestätigt sie, streng genommen, die Grundlage, auf welcher der Staatsrat begründet worden ist, an dritter Stelle behandelt sie eine Reihe von Einzelheiten, die bei der Entwicklung des polnischen Staatswesens unzweifelhaft eine große Rolle spielen werden.

Am bezeichnendsten ist in diese in letzten Teile der Antwort der Absatz, der sich auf das Völkerrecht beruft. Im Lichte dieses Rechts werden die Rechte und Kompetenzen der eventuellen polnischen Regierung sichtbar. Obwohl die Ministerien und der Ministerpräsident auf dem Wege zum Bau des polnischen Staates einen großen Schritt vorwärts bedeuten, so sind sie doch keineswegs für die polnische Selbständigkeit während des Krieges entscheidend. Das Völkerrecht sieht für das Okkupationsgebiet — das muß man sich zum Bewußtsein bringen — nur eine einzige tatsächliche Staatsgewalt vor, nämlich die Staatsgewalt des Okkupanten. Man kann daher die Vorbehalte in dieser oder jener Weise formulieren; es bleibt doch die Tatsache bestehen, daß man uns selbst nicht überlassen wird.

Die Bildung eines Kabinetts, das sich aus mehreren Ministerien zusammensetzt, gibt uns nur die Möglichkeit, die Initiative in Angelegenheiten zu ergreifen, die durchaus nicht das Ganze der Fragen ausmachen, die für die Geschicke des Volkes und des Staates entscheidend sind. Je besser wir unsere Stellung begründen und eine je bedeutungsvollere Rolle wir bei der Bildung der neuen Lebensformen übernehmen werden, je kraftvoller unsere Aktion sein wird, desto leichter wird später der Übergang zur tatsächlichen Übernahme der Regierungsgewalt sein.

Bis zur Einsetzung des Regenten soll der Staatsrat eine Persönlichkeit vorschlagen, der die oberste Leitung der dem polnischen Staate übergebenen

Verwaltungszweige übertragen werden soll. Es ist hier von dem von uns bereits erwähnten Ministerpräsidenten die Rede. Seine Rolle wird unzweifelhaft bedeutungsvoll sein. Daher erwarten wir auch vom Staatsrat, daß er diese Wahl nicht übereilt vornehmen wird, daß er die Vorzüge des Charakters und der Geschicklichkeit in Erwägung ziehen und sich bei der Wahl von der Rücksicht auf das polnische Interesse leiten lassen wird, das immer und überall über alle anderen Interessen herrschen sollte.

Aus Nr. 204 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 12. Juni 1917.

Die künftige polnische Regierung.

Am 8. Juni wurde dem Provisorischen Staatsrat durch die Kommissare der Mittelmächte die Antwort auf die bekannten Forderungen überreicht. In diesen Forderungen wurde verlangt: die Bildung einer polnischen Regierung, die Berufung eines Regenten und die Ausarbeitung eines Programms für die Übernahme der Verwaltung von den Okkupationsmächten. Die Beratungen der Mittelmächte dauerten lange, bevor eine Antwort erfolgte. Und diese Antwort wurde von allen Elementen, welche an dem Aufbau des polnischen Staatswesens gern und willig mitwirken wollten, mit großer Spannung erwartet. Man war vor allem darum besorgt, ob sie so günstig ausfallen würde, daß man auf sie die weitere Arbeit an dem Heile des Landes und des polnischen Volkes stützen könnte. Diese Antwort liegt jetzt vor. Sie zeugt von den ehrlichen Absichten der Mächte, die sich in ihrem Akt vom 5. November im Prinzip zur Gründung eines unabhängigen polnischen Staates entschlossen haben.

Die Mittelmächte gehen in ihrer jetzigen Antwort von dem Grundsatz aus, daß der provisorische Staatsrat schon den Anfang der künftigen polnischen Regierung bilde; sie wollen auch auf ihn den künftigen Ausbau des polnischen Staates stützen. Von polnischer Seite wurde erwartet, daß auch ein Regent als Oberhaupt des Staates sofort berufen werden würde. Diesem Wunsche stehen die Mittelmächte wohlwollend gegenüber, und sie erklären, daß er verwirklicht werden soll, „sobald die Bedingungen für eine erspriessliche Tätigkeit des Regenten geschaffen sein werden.“

Und es kann ja auch nicht anders sein, denn wenn man heute schon einen Regenten berufen würde, so würde seine Gewalt doch nur illusorisch bleiben, er würde nämlich jetzt noch weder eine organisierte Regierung zur Seite haben, welche die Geschäfte des Staates leiten könnte, noch eine Armee, welche die Garantie bieten würde, daß alle Verordnungen und Befehle auch tatsächlich ausgeführt werden.

Es muß also zunächst eine polnische Regierung organisiert werden. Die Mittelmächte „erkennen gegenwärtig den provisorischen Staatsrat als den Vertreter des im Entstehen begriffenen polnischen Staates an und erwarten, daß der Staatsrat in möglichst kurzer Zeit die Vorarbeiten für die konstitutionelle und administrative Organisation des Königreichs Polen vollenden werde.“

Man darf wohl annehmen, daß der Staatsrat nach dieser Aufforderung energisch an die Arbeit herantreten wird. Vor allem ist aber zu erwarten, daß er jetzt aus dem Rahmen rein theoretischer und ergebnisloser Diskussionen heraustreten und zu konkreten Beschlüssen und positiven Taten schreiten wird. Ebenso ist zu erwarten, daß sowohl die Presse, als auch die politischen Parteien im Königreich Polen sich an dieser produktiven Arbeit aktiv beteiligen werden.

Die gegenwärtige Aufgabe des Staatsrates ist allerdings sehr schwer; der Staatsrat muß nämlich jetzt

Schon für die Mittelmächte spezielle Projekte ausarbeiten, in welcher Weise die Übergabe der einzelnen Verwaltungszweige an die polnischen Zentralbehörden, nämlich an die künftigen Ministerien erfolgen soll und wie die Ausgaben für diese Verwaltungszweige gedeckt werden sollen. Besonders die Lösung der letzten Frage, nämlich der Dedung der Ausgaben, stößt auf große Schwierigkeiten angesichts dessen, daß das Land infolge des Krieges ausgezogen ist. Wir wollen aber hoffen, daß der Staatsrat, da er jetzt schon freier handeln darf, die entsprechenden Mittel und Wege finden wird, um seiner Aufgabe zu genügen und die begonnene Arbeit zu einem günstigen Ergebnis zu führen.

Der Wirkungskreis der künftigen polnischen Regierung umfaßt aber noch nicht alle Gebiete der Staatsgewalt. Wir vermessen vor allem in der Antwort der Mittelmächte jede ausdrückliche Direktive für die künftige Finanzwirtschaft des polnischen Staates; vor allem wissen wir nicht, was die Mittelmächte über die Bildung eines Finanzministeriums denken. Aber auch die Verwaltung der Eisenbahnen der Post und der Telegraphen, die doch für jeden Staat ergiebige Einnahmequellen bilden, ist in den Wirkungskreis der künftigen polnischen Regierung noch nicht aufgenommen. Es ist zwar zu verstehen, daß die Mittelmächte unter den gegenwärtigen Kriegsverhältnissen, wo ihre Armeen noch an der Ostfront stehen, auf ein normales Funktionieren der Verkehrseinrichtungen bedacht sein müssen, aber wir erblicken darin noch keinen rechten Grund dafür, warum die Einkünfte aus diesen Einrichtungen nicht dem polnischen Staate zufließen sollen. In der Antwort der Mittelmächte wird schließlich auch nicht erwähnt, was mit den Einkünften aus den Domänen, Forsten und überhaupt aus allen Kron-gütern geschehen soll, die von der früheren russischen Regierung den Polen abgenommen worden sind.

Von denjenigen Verwaltungszweigen, welche in den Wirkungskreis der künftigen polnischen Regierung bereits aufgenommen wurden, halten wir folgende für die wichtigsten: die Abteilung für Handel, Industrie und Gewerbe sowie die Fürsorge für den einheimischen Landwirtschaftsbetrieb. Denn die gegenwärtige Not im Königreich Polen hat ihre Ursache hauptsächlich darin, daß jetzt ein Stillstand in fast allen Erwerbszweigen herrscht. Durch die Opferwilligkeit der polnischen Volksgesamtheit wird diese Not zwar gelindert, aber nicht radikal geheilt. Es muß also vor allem dem polnischen Volke Gelegenheit zur Arbeit und zum Verdienst geboten werden; dann wird sich schon alles von Grund aus ändern. Und zu einer solchen Änderung können eben die vorgesehenen Ministerien für die Volkswirtschaft beitragen.

Eine große Erleichterung für das Land bedeutet es ebenfalls, daß das Gerichts- und Schulwesen, die kirchlichen Angelegenheiten, die Fürsorge für Kunst und Wissenschaft, die öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten, die wirtschaftlichen Institutionen und die Aktion zur Beseitigung der Kriegsschäden der künftigen polnischen Regierung bereits übertragen wurden.

So soll also in Kürze ein polnisches Ministerkabinett gebildet werden. Der Staatsrat wurde aufgefordert, einen Kandidaten für den Posten eines Präsidenten dieses Kabinetts namhaft zu machen. Ob dazu der gegenwärtige Kronmarschall außerkoren werden wird, weiß man noch nicht; die Mittelmächte nehmen jedoch an, daß seine Designierung vom Staatsrat in erster Linie in Erwägung gezogen werden wird.

Der „Kurjer Poznański“, Posen, schreibt in Nr. 130 vom 12. Juni 1917 in derselben Sache:

„Wie wir sehen, berücksichtigt der Bescheid der Mittelmächte in einem gewissen Umfange die Forderungen des Staatsrats, macht jedoch ihre Verwirklichung, besonders die Übernahme mancher Ver-

waltungszweige in vielen Punkten von dem militärischen Interesse und von den Rechten abhängig, die den Okkupationsmächten gemäß den internationalen Regeln zustehen. Die Berufung des Regenten soll erst erfolgen, sobald die „Bedingungen für eine gedeihliche Tätigkeit desselben geschaffen sein werden.“ Welche Bedingungen das sind, das sagt der Bescheid nicht näher. Auch die Person des Regenten bleibt in der Schwebe. Es muß abgewartet werden, was der provisorische Staatsrat jetzt zu tun beschließen und auch welche Stellung die öffentliche Meinung des Königreichs gegenüber der neuesten Entscheidung der Mittelmächte einnehmen wird.“

Der „Kra j“ (Lissa) vom 12. Juni meint:

Der provisorische Staatsrat des Königreichs Polen kann den ersten ansehnlichen Erfolg notieren — das ist der erste Eindruck, den die Mitteilung von dem Bescheid der Mittelmächte in jedem von uns hervorrufen wird. Die Okkupationsregierungen haben einen wichtigen Schritt vorwärts getan, welcher das Ergebnis der Initiative des Staatsrates ist. Das ist der zweite Eindruck. Unwillkürlich erinnert man sich hier an einen Absatz aus einem Briefe des Herrn Erzbischofs von Warschau: „Der Rest liegt in unserer Hand.“ Wenn gleich der Bescheid der Okkupationsbehörden die polnischen Wünsche nicht in jeder Hinsicht befriedigen wird, muß zugegeben werden, daß dieser Bescheid für den Staatsrat den Boden für eine erpriessliche Tätigkeit schafft. Wir freuen uns darüber, daß der Staatsrat ausschließlich das polnische Interesse im Auge behalten hat, und daß er sich nicht hat durch verschiedenartige Angriffe vom rechten Wege ablenken lassen. Er hat damit greifbare, reale Vorteile für unsere Sache erreicht.

Die „Pr awd a“ (Posen) Nr. 54 vom 13. Juni schreibt in der gleichen Sache:

„Der dritte Punkt des Bescheides erwähnt auch das internationale Recht, was besagt, daß der neue polnische Staat bis zum Ende des Krieges sich nicht selbst überlassen bleiben wird.“

Hinsichtlich des letzteren Punktes mag man sich unser altes polnisches Sprichwort in Erinnerung rufen, daß selbst eine üble Sache einen guten Ausgang nehmen kann. Seien wir uns selbst gegenüber ehrlich und gewissenhaft genug, um zuzugeben, daß es für den polnischen Staat vielleicht sogar besser sein wird, wenn er bis zum Ende des Krieges noch in einer gewissen Abhängigkeit verbleibt. Allzuleicht könnte es allgemeiner Brauch werden, daß in Polen jeder seine eigenen Wege geht. Übrigens ist die Berufung auf das internationale Recht begründet und der Rechtsweg der beste. Der neue polnische Staat wird nicht auf dem Wege der Gnade, sondern infolge des beiderseitigen, gut verstandenen gemeinsamen Interesses, auf der Grundlage eines Abkommens eines Gleichen mit Gleichen im Sinne des bestehenden Rechts entstehen. Die Antwort der Okkupationsregierungen erfüllt somit, wie gesagt, nicht in jeder Hinsicht die polnischen Wünsche. Sie verlangt von unseren Brüdern im Königreich, also auch von uns hier, ein gewisses Opfer, wenngleich nur an Geduld und Ausdauer.

Nachdem wir uns die Sache so vergegenwärtigt haben, wollen wir — wie der Warschauer Herr Erzbischof geschrieben hat — kein Opfer und keine Hingebung scheuen, sofern dies irgend das Wohl des Landes und unserer Mitlandsleute heischt.

Der Rest der Sache liegt in unserer Hand — d. h. in der Hand des Staatsrats und von uns Polen allen. Zum Staatsrat haben wir das Vertrauen, daß er auf der Grundlage und auf dem Boden, wie sie durch den Bescheid der Okkupationsregierungen geschaffen wurden, bereitwilligst und rasch zur Arbeit an der Be-

endigung des Baues des polnischen Staates schreiten wird. Unser ganzes polnisches Volk wird die Anforderung des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs Skowronski und anderer wahrer Söhne des Vaterlandes befolgen, wenn es sich den Befehlen und Maßnahmen des Staatsrats fügt und mit diesem zusammenarbeiten wird. Fünf Wochen lang ist auf den Bescheid gewartet worden — es war somit genügend Zeit zum Zanken und Streiten — jetzt ist die Zeit da zum Handeln, zur Arbeit für Polen, für das Polenvolk.

Der Rest der Sache liegt in unserer Hand.

Aus Nr. 130 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 12. Juni 1917.

Zu der Antwort der Mittelmächte auf die Forderungen des vorläufigen Staatsrats schreibt das Hohensalzaer Blatt folgendes:

Der Staatsrat wird wohl in seiner nächsten Sitzung zu dieser Antwort ausdrückliche Stellung nehmen. Man muß aber bedenken, daß er nicht die ganze Volksversammlung repräsentiert, was seine Bedeutung wesentlich verringert, insbesondere deshalb, weil die Nationaldemokraten und die Realisten des Königreichs, die doch die wichtigste Organisation bilden und die öffentliche Meinung des Königreichs vertreten, ihm nicht angehören.

Der Staatsrat hat zwar in der letzten Zeit den Versuch gemacht, sich diesen Kreisen zu nähern. Ob die von Berlin und Wien gegebene Antwort diese Bemühungen erleichtern, muß abgewartet werden. Man kann aber verstehen, daß der Staatsrat bzw. die Vermittler der Annäherungsbemühungen es werden haben wollen, daß die Antwort das Echo der ganzen Gesamtheit wäre.

In der Antwort der Besetzungsmächte fehlen die Weisungen hinsichtlich des Militärs. Dieses Schweigen kann man sich nur so erklären, daß die Okkupationsregierungen weiterhin dieses Gebiet von den ihnen zustehenden Rechten abhängig machen und daß sie auf die Rechte keinesfalls verzichten. Wichtiger als diese Sache aber ist die Außerachtlassung des Umstandes, wie weit die Rechte der betreffenden polnischen Behörden gehen sollen. Hierin steckt der wichtigste Punkt des ganzen Problems, das tatsächlich selbständige ausführende polnische Behörden entstehen. Eine solche Behörde ist nach der Meinung des Königreichs der Staatsrat nicht gewesen, und aus diesem Grunde hatte er auch die bewusste Forderung gestellt. Ob nun die neuen Ministerien nur eine andere Form des gegenwärtigen Organismus seien, oder ob sie sich in eine tatsächliche polnische Behörde umwandeln werden — das ist das Problem, mit dem sich ein jeder befaßt und auf das die Gesamtheit des Königreichs auf Grund der bisherigen Erfahrungen angesichts der Erklärung der Okkupationsmächte antworten wird.

Aus Nr. 255 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 4. Juni 1917.

Vom Staatsrat.

(Zuschrift der Nowa Reforma.)

Warschau, den 2. Juni.

Die zweitägigen nicht offiziellen Beratungen des Staatsrates sind beendet, ohne daß der Beschluß gefaßt wurde, den man erwartete und der gewissermaßen die Übereinstimmung der Vertretung des Königreichs mit der Meinung des galizischen Landtagsklubs darstellen sollte. (Siehe Artikel der N. R. auf Seite 1049). Obgleich ein solcher Beschluß nicht gefaßt worden ist, standen die zweitägigen Beratungen unter dem Zeichen der Kraukauer Versammlung, und ihr Mittelpunkt war ein Antrag, der

aus Kreisen stammte, die der Liga des polnischen Staatswesens nahe stehen. Dieser Antrag betonte, daß der Staatsrat es für notwendig halte, die Solidarität des Volkes zum Ausdruck zu bringen und festzustellen, daß ihm das Ideal der allgemeinen nationalen Politik vorleuchte, die in dem Beschlusse des galizischen Landtagsklubs vom 29. Mai näher bezeichnet ist; zugleich erkenne der Staatsrat an, daß die Richtlinie der polnischen schöpferischen Politik während des Krieges die Verwirklichung des polnischen Staatswesens auf der Grundlage des Aktes vom 5. November sein müsse.

Der Staatsrat hat sich, indem er diesen Antrag nicht annahm, und über die Fragen die in der zweitägigen Aussprache zur Sprache kamen, zur Tagesordnung übergang, auf den Standpunkt gestellt, die Antwort abzuwarten, die in nächster Zeit auf die Erklärung vom 1. Mai von den Mittelmächten erwartet wird.

Das positive Ergebnis der zweitägigen Beratungen ist die Tatsache, daß der Staatsrat beschlossen hat, auszuharren, und daß infolgedessen die durch diese Ausdauer beunruhigten Kreise, die nach der Schaffung eines leeren Raumes streben, sich ebenfalls mit Geduld wappnen müssen. Diejenigen die aus den Kraukauer Beratungen die Schlußfolgerung zogen, den Staatsrat aufzulösen, haben sich darin sehr verrechnet.

Der Wille zum Ausharren hat allen zeretzenden Einflüssen widerstanden und jegliche Absichten einer Massendemission zurückgedrängt. Das Mitglied des Staatsratsmitglieds, Kunowski, das bis zum letzten Augenblick an den Beratungen teilnahm, erklärte, daß er dem Beschluß seiner Partei gehorham sei und sein Mandat niederlegen müsse. (Bekanntlich hat vor einigen Wochen die „Polnische Sozialistenpartei“ beschlossen, ihren Vertreter aus dem Staatsrat abzurufen.) Die Vertreter des Nationalen Zentralkomitees Slivinski und Janowski äußerten zwar Rücktrittsabsichten, traten jedoch nicht zurück. Nur Herr Dzierzbiński brachte formell sein Rücktrittsgesuch ein. Mit Ausnahme dieser beiden Mitglieder wartet also der Staatsrat auf die Antwort der Mächte.

Aus Nr. 256 des Czas (Kraukau)
vom 5. Juni 1917.

Aufbauen oder Zerstören?

Aus Warschau eintreffende Nachrichten zeugen sehr deutlich davon, daß die dortige Volksversammlung vor die Lösung einer grundsätzlichen Aufgabe gestellt ist, nämlich vor die Frage, ob der Staatsrat zu erhalten oder aufzulösen sei. Der Staatsrat hat bekanntlich am 1. Mai d. J. von den Okkupationsregierungen eine Erweiterung seiner Befugnisse im Heeres-, Schul- und Gerichtswesen, sowie eine Regelung der Regentenfrage verlangt. Diese Forderungen sind Gegenstand der Beratungen beider Okkupationsregierungen, bevor aber ihre Antwort eingeht, welche übrigens laut einer Erklärung des Freiherrn von Konopka schon in allernächster Zeit abgegeben werden sollte, betreiben einige unruhige Geister die „Auflösung“ des Staatsrates, weil die Antwort der Okkupationsbehörden ihrer Meinung nach in keinem Falle befriedigend sein werde. Das würde nur dann der Fall sein, wenn Polen von den Kämpfenden „unabhängig“ gemacht werden würde, d. h. wenn die Mittelmächte sich aus dem Königreich zurückziehen würden, was aber im Laufe des Krieges, wie sogar einige Gruppen des Zwischenparteilichen Fraktion anerkennen, natürlich freiwillig nicht eintreten kann, — und wenn eine Regierung im Sinne des „Volkswillens“ entstehen würde, d. h., wenn eine Regierung durch eine allgemeine Abstimmung gewählt werden würde,

was augenblicklich ebenfalls nicht durchführbar ist. Angesichts dieser beiden Unmöglichkeiten müßte ihrer Meinung nach im Einverständnis mit den Mittelmächten der Akt vom 5. November durchstrichen und die Verwirklichung des polnischen Staatswesens aufgegeben werden.

Diese schon lange bestehende Strömung ist neuerdings unzweifelhaft noch viel stärker geworden, weil sie insbesondere die Fehler der deutschen Okkupationsbehörden ausnützt, die sich durch große Ungeschicklichkeit und Fähigkeit im Reizen auszeichnen. In den letzten Tagen versucht diese Strömung mit aller Rücksichtslosigkeit, die Krakauer Beschlüsse vom 28. und 29. Mai als Grundlage eines Vorgehens gegen den Akt vom 5. November und gegen das weitere Bestehen des Staatsrates auszubenten. Hierbei geht sie von der Voraussetzung aus, daß der leitende Gedanke dieser Beschlüsse die Vereinigung ganz Polens zu einem unabhängigen Staat sei, der Staatsrat diesem Ideal aber nicht entspreche und sich deshalb sofort auflösen müsse, wenn das Königreich mit den Forderungen Galiziens übereinstimmen soll.

In einem Krakauer Blatte, daß mit der Volkspartei rege Beziehungen unterhält, erschien unlängst ein Artikel, der „Informationen aus Warschau“ enthielt und in seinen Schlußfolgerungen sehr durchsichtig war. „Eine Reihe von politischen Parteien im Königreich — so lesen wir in diesen Informationen — und unter diesen auch solche, welche zu dem Staatsrate in Beziehung stehen, ist der Ansicht, daß in Anbetracht der Krakauer Beschlüsse für den Staatsrat mit seinen heutigen Befugnissen und mit seiner gegenwärtigen Zusammensetzung in Polen kein Platz sei. Die Vertreter des Staatsrates bei den Krakauer Verhandlungen sind schon nach Warschau zurückgekehrt und haben den Staatsrat noch gestern in einer vertraulichen Sitzung über den Verlauf der Krakauer Beratungen und über die gefaßten Beschlüsse unterrichtet. Beschlüsse wurden im Staatsrate nicht gefaßt, aber in der Aussprache machten sich zwei Richtungen geltend, die sich in folgende Fragen zusammenfassen lassen: Was soll aus dem Staatsrate werden? Soll er angesichts der Krakauer Beschlüsse noch weiter bestehen? Oder soll er sich mit Galizien solidarisch erklären und auflösen?“

In dieser Frage ist unzweifelhaft die Ansicht vorzuziehen, daß der Staatsrat den weiteren Kampf um seine Befugnisse ausgeben, das Heeres-, Schul-, Gerichts- und Verwaltungswesen, soweit er dies in nächster Zukunft erhalten kann, den deutschen und österreichischen Okkupationsbehörden übergeben und sich auflösen und ein Vacuum zurücklassen sollte, weil seine Zusammensetzung und seine Befugnisse dem Ideal eines unabhängigen Staates nicht entsprechen.

Da aber die Aussichten auf Erlangung eines aus einer Wahl hervorgegangenen Staatsrates mit vollen Hoheitsrechten während des Krieges nur gering sind, sind auch die Schlußfolgerungen klar. Übrigens begegnen wir gleichzeitig anderen offenen Aufforderungen zur Schaffung einer anderen moralischen, geheimen Regierung, welche nur allein „unabhängig“ sein kann.

Derartige Gedankengänge werden zweifellos im Königreiche mit bedeutender Kraft verbreitet und haben, wie man uns berichtet, auch in den zweitägigen nichtoffiziellen Beratungen des Staatsrates Widerhall gefunden. In diesen, durch keine Beschlüsse beendeten Beratungen siegte indes die Auffassung, daß die Antwort der Mächte abzuwarten und von ihrem Inhalte das Weiterbestehen des Staatsrates abhängig zu machen sei. Auf diese Weise ist zwar die gefährliche Versuchung der Durchstreichung des Aktes vom 5. November besiegt, aber nur vorläufig. Trotz der zu erwartenden wohlwollenden Antwort auf die

Forderungen vom 1. Mai kann sich die Gefahr leicht erneuern und können die oben genannten, auf den Krakauer Beschluß gestützten Schlußfolgerungen und Argumente wieder mit ganzer Kraft neu aufleben. Daher dürfen sie nicht unterschätzt werden.

Angesichts dessen verlohnt es, daran zu erinnern, daß dieser Gedankengang auf zwei Fehlern beruht. Der eine ist die Verbindung der Krakauer Beschlüsse mit der Notwendigkeit einer „Auflösung“ des Staatsrates. Die Krakauer Beschlüsse waren nicht in diesem Sinne gedacht und hatten auch niemals den Sturz des Staatsrates zum Zweck. Für sie haben alle Abgeordneten gestimmt, weil sie damit die Teilnahme des ganzen Volkes an den polnischen Gefühlen und Hoffnungen für die Zukunft feststellen, aber nicht die Taktik vorherbestimmen wollten, welche der Verwirklichung dieser Hoffnungen dienen soll. Diese Beschlüsse enthalten keine taktischen Weisungen für das Königreich und hatten nicht die Absicht, solche zu geben, am wenigsten aber dürfen sich auf sie diejenigen berufen, welche stets dagegen waren, daß Galizien dem Königreiche irgendwelche Ratschläge erteile oder Fingerzeige gebe. Es wäre tief zu beklagen, wenn in Warschau wirklich die Meinung aufkommen sollte, daß die Krakauer Beschlüsse den Zweck gehabt hätten, im Königreiche eine Leere zu schaffen, um die Anfänge der eigenen Regierung und des Heeres zu untergraben, deren Schaffung uns unter den schwierigsten Verhältnissen gelungen ist.

Der andere Fehler ist die Überzeugung, daß man die auf diese Weise entstandene Leere mit einer „moralischen Regierung“ werde ausfüllen können und daß diese für die Volksgesamtheit vorteilhafter sein werde als der heutige Staatsrat. Da eine moralische Regierung nur eine selbstberufene, geheime sein könnte, so wäre es schade, über den Hinweis auf ihre Schädlichkeit noch Worte zu verlieren. Auf die aus dem Bestehen des Staatsrates entspringenden Vorteile haben wir dagegen schon mehrfach hingewiesen. Der wichtigste Vorteil ist augenblicklich die Möglichkeit der Erhaltung des polnischen Heeres, das sich ohne den Staatsrat in einer Leere befinden würde. Die Aufforderung zur Auflösung des Staatsrates würde im Grunde genommen auch das Bestreben nach einer Auflösung des polnischen Heeres bedeuten. Es ist zu erwarten, daß dem Staatsrat in allernächster Zukunft auch das Schul- und Gerichtswesen zufallen werden; ebenso ist eine Erweiterung seiner Befugnisse zu erwarten, sowie eine Änderung seiner Zusammensetzung, seiner Organisation und seiner Verbindung mit dem Regenten, oder sogar mit irgend einem verantwortlichen Landtage. Eine Aufforderung zu seiner Auflösung, weil er nicht vom Landtage gewählt ist und auch nicht diejenigen Befugnisse einer Behörde hat, welche eine unabhängige Regierung haben müßte, würde allen diesen Möglichkeiten der Entwicklung ein Ende machen. Daher müßten sich auch der Lösung der Auflösung alle Parteien, welche den Vorzug des Ausbaus gegenüber der negativen Lösung der Zerstörung verstehen, tatkräftig widersetzen. Sogar die Anfänge des Heeres und der polnischen Regierung sind wichtiger als eine Leere und passive Proteste. In unserer Lage ist nichts leichter, als auf die Mängel bei der teilweisen Verwirklichung des uns voranleuchtenden Ideals während der Dauer des Krieges hinzuweisen, aber man muß bedenken, daß auch eine solche Verwirklichung vom polnischen Standpunkte aus sehr erwünscht ist, weil sie in Anbetracht des sich nahenden Friedenskongresses viele Dinge zu unsern Gunsten präjudiziert. Damit erklärt es sich, weshalb die Unabhängigkeitsgruppen in Rußland, die sich um Lednicki scharen, zur Erhaltung des Staatsrates, zur Anerkennung seines Ansehens und zur Fortsetzung seiner Tätigkeit am Aufbau des polnischen Staates ermahnen.

Aus Nr. 270 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 5. Juni 1917.

Die Sehnsucht nach der Autorität.

Jemand bemerkte einmal, es sei ein Unglück für Polen, daß es sich in fast allen Angelegenheiten nach Warschau richtet. Den Mangel an Entschlossenheit, ohne die Meinung der Hauptstadt irgend einen Entschluß zu fassen, zeigt tatsächlich die ganze Provinz bis auf den heutigen Tag. Dies ist aber für Polen nicht von Vorteil. Das hat sich namentlich während des Krieges gezeigt. Das Warten auf Warschau hat zu Anfang der blutigen Kämpfe die Loslösung der freien Hälfte des Landes von den Russen verzögert und die Anstrengungen derjenigen gelähmt, die von vornherein für die Regionen eintraten und den gesunden Gedanken eines aktiven Hervortretens der Polen im Weltkriege verbreiteten. Alle Versuche einer selbstständigen Aktion der einzelnen Gruppen in der Provinz wurden durch die Tatsache geschwächt, daß man keine Verbindung mit Warschau hatte, als wenn die Hauptstadt allein über die Angelegenheiten Polens entscheiden könnte. Die ungünstige Entwicklung der Polnischen Nationalen Organisation und die Schwierigkeiten, mit denen sie kämpfen mußte, ergaben sich unter anderem aus dieser Sachlage.

Heute erleben wir fast genau dieselbe Erscheinung. Mit geringen Ausnahmen wartet die Provinz auf die Stimme der Hauptstadt und macht davon ihre Tätigkeit abhängig. Das Ergebnis dieses Abwartens ist aber am häufigsten Untätigkeit oder eine nur sehr geringe Tätigkeit.

Warschau kann nämlich trotz besten Willens dem Volke nicht diejenigen Weisungen geben, die es von ihm erwartet. Die Verhältnisse haben sich so gestaltet, daß die Hauptstadt zum Sitz von einer Menge sich streitender, mit einander konkurrierender Gruppen und Grüppchen geworden ist, die sich bei der gegenseitigen Bekämpfung der Intrigen, Klatschereien, ja sogar der Verleumdungen bedienen. Warschau hat seine Kraft in eine große Menge von Atomen zersplittert, die zusammenzuleimen niemand mehr imstande ist. Das Herz Polens und sein Verstand befinden sich in einem außerordentlich anormalen Zustande. Unter solchen Verhältnissen von Warschau Direktiven zu erwarten, bedeutet dasselbe, als von einem gelähmten Menschen zu verlangen, daß er sich unverzüglich zu bewegen und zu tanzen habe.

Und unterdessen geht der Strom des Lebens seine Bahn und bringt die nicht gesicherten Ufer in Gefahr. Das Volk ist eine Bark geworden, die hin- und hergeworfen wird — ohne Ziel und ohne Richtung. Dies empfinden heute viele, und daher die Sehnsucht nach einer Autorität, nach einer eigenen Regierung, die es verstehen würde, das Ruder in die Hand zu nehmen. Woher diese Autorität kommen wird und wer sie hervorbringen wird, das ist die Frage, die das Volk beschäftigt. Eine einzige und einfache Antwort drängt sich auf die Zunge, nämlich die, daß die Regierung aus dem Volke hervorgehen muß.

Und hierbei ist die Frage zu entscheiden, ob dieses Volk mit Warschau und zwar nur mit Warschau identisch ist. Unzweifelhaft nein! Zwar vereinigen sich in der Hauptstadt die Fäden der einzelnen Angelegenheiten, und es befindet sich dort eine Reihe von Politikern und Institutionen. Die Tatsache jedoch, daß alle Bemühungen nach der Vereinheitlichung der öffentlichen Meinung gerade hier zunichte gemacht werden, muß von dem übrigen Polen in erster Linie in Betracht gezogen werden. Man darf sich nicht allein auf Warschau und nur auf Warschau verlassen. Sogar Pacanow und Pipidowka kann und muß das Recht der Initiative haben. Insofern als die Sehnsucht nach der Autorität eine gesunde Erscheinung

ist, ist der Grundsatz, diese Autorität ausschließlich in der Hauptstadt zu suchen, ungesund.

Unabhängig von den Bemühungen Warschaws muß man in ganz Polen eine Konsolidierungsaktion einleiten, und dann könnten wir hoffen, daß wir zu einer Verständigung kommen und imstande sein werden, den nationalen Willen einheitlich zu gestalten.

Nr. 156 des Przegląd Poranny (Warschau)
vom 10. Juni 1917.

behandelt im Leitartikel unter der Überschrift: „Entweder — oder“ die Frage der Konsolidierung der politischen Gruppen in Polen. Die Solidarität einer staatlichen oder sozialen Gemeinschaft könne entweder durch Subordination oder Koordinierung zustande kommen. Da die Polen keine eigene Staatlichkeit haben, so könne die Einigkeit nicht durch Subordination bewerkstelligt werden. Also bliebe nur die freiwillige Koordinierung der politischen Parteien und Gruppen mit Rücksicht auf das nationale Gesamtziel übrig. Doch habe bis jetzt keine Gruppe, keine Richtung diejenigen Zugeständnisse machen wollen, die nötig wären, um ihre Postulate mit denen anderer Gruppen in Einklang zu bringen. Infolgedessen finde das dritte Kriegsjahr die Polen innerlich zersplittert. Zum Schluß wird als auf ein Musterbeispiel, wie eine Konsolidierung zustande kommt, auf das Verhalten der galizischen Konservativen und der Krakauer Demokraten hingewiesen, die mit Rücksicht auf die nationale Solidarität sich der Mehrheit unterordneten und für die Tetmajersche Resolution stimmten, obwohl sie mit dem Inhalte derselben entweder nur teilweise oder garnicht einverstanden waren. (Aus Nr. 115 des Warschauer Tagesberichts vom 11. Juni 1917.)

Nr. 151 des Głos Lubelski (Lublin)
vom 4. Juni 1917

schreibt unter dem Titel „Das Streben der polnischen Nation“ unter anderem folgendes: „Seit Anfang des Krieges haben sich die Bedingungen der günstigen Lösung der polnischen Zukunft stets verbessert, und sie verbessern sich auch noch weiter . . . Zwei Tatsachen: das Auftreten der Vereinigten Staaten und die russische Revolution . . . wirkten prinzipiell auf die Veränderung der Ausichten auf die Lösung der polnischen Frage . . . Das russische Schreckbild ist verschwunden, die künstliche Teilung in Aktivisten und Passivisten hat Bankrott gemacht, und man kam zu der Überzeugung, daß die polnische Sache international sei und daß ihr Schicksal . . . von den Interessen derjenigen Mächte abhängt, die auf dem Friedenskongreß die stärkere Partei darstellen werden . . .“ Die zwischenparteiliche Fraktion habe diese Auffassung schon seit dem 5. November vertreten, heute wird diese Auffassung fast von der ganzen Nation geteilt. Es wurde also heute tatsächlich „das politische Programm der Zwischenparteilichen Fraktion, welche die Vereinigung aller drei Teilgebiete mit einem Zugang zum Meer zu einem unabhängigen Polen gefordert hatte, akzeptiert.“ (Aus Nr. 114 des Warschauer Tagesberichts vom 8. Juni 1917.)

Nr. 154 des Przegląd Poranny (Warschau)
vom 8. Juni 1917

bringt an erster Stelle einen Artikel über das Programm der polnischen Volkspartei. Politisch strebt die Partei nach völlig nationaler, auf eine starke Armee gestützter Unabhängigkeit, ihr Ideal ist aber ein volkstümliches, demokratisches Polen, das die gesetzgebende Gewalt und das Recht, die Landesregie-

nung zu kontrollieren, in die Hände des Volkes legen würde.“ Die Partei verlangt eine gerechte Verteilung der Militärdienstpflicht, der Steuern, z. B. der progressiven Einkommensteuer, die Vermeidung der Zentralisierung nebst Einführung einer möglichst umfassenden lokalen Selbstverwaltung u. dgl. Die wirtschaftlichen Ziele der Partei sind: 1. die Bildung einer größtmöglichen Anzahl von selbständigen bäuerlichen Wirtschaften, 2. die Abrundung des Zwergbesitzes. Zu diesem Zweck verlangt die Partei von der künftigen polnischen Regierung die Kolonisierung: 1. der der Zarenfamilie angehörenden Güter, 2. derjenigen von der russischen Regierung enteigneten Majorate, welche den betreffenden Familien nicht zurückerstattet werden würden, und 3. desjenigen dem Staate gehörigen Bodens, der ohne Schaden für die Gesamtheit kolonisiert oder der grundbesitzlosen bäuerlichen Bevölkerung verpachtet werden kann.

In Parzellierungsangelegenheiten wird sich die Partei um die Gründung einer Parzellierungsbank bemühen. Von besonderen landwirtschaftlichen Zielen der Partei sind hervorzuheben: Regelung der Servitute, Einführung von Bauernhypotheken, Einführung einer Waldreform, Förderung des bäuerlichen Genossenschaftswesens, Einführung von obligatorischen Verträgen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern sowohl im Lande als auch im Auslande.

(Aus Nr. 113 des Warschauer Tagesberichts vom 8. Juni 1917.)

Aus Nr. 156 des Kurjer Warszawski (Warschau) vom 8. Juni 1917.

Schließung der Kreisbehörden für die Militäraushebungen.

Durch Verordnung des Kaiserlich deutschen Generalgouverneurs in Warschau (Abteilung der polnischen Wehrmacht) vom 14. d. Mts. werden bis auf Widerruf im ganzen Lande die Kreisbehörden für die Aushebung zum polnischen Heere, sowie die Lokalbureaus für Anmeldungen geschlossen. Die Gründe dieser Verordnung sind darin zu suchen, daß die Durchsicht des Verzeichnisses der eingetragenen Freiwilligen zum polnischen Heere und die Einstellung der Freiwilligen in die Abteilungen des polnischen Heeres bereits erfolgt sind, eine weitere Entziehung neuer Männer von der Arbeit mit Rücksicht auf die bevorstehende Ernte und die Notwendigkeit von Arbeitskräften aber nicht vorgezogen ist.

Die Haupt-Aushebungsbehörden für das polnische Heer, d. h. die Gouvernementsbehörden und die Landesinspektion in Warschau bleiben fernerhin tätig. Freiwillige für das polnische Heer werden auch noch fernerhin angenommen, aber nur von den Haupt-Aushebungsbehörden.

Die Auflösung der Kreis-Aushebungsbehörden und der Meldebureaus soll bis zum 21. d. Mts. erfolgen. Eine einschlägige Anordnung ist gestern erlassen worden.

Die Zeit nach der Schließung der genannten Institutionen soll zu Übungen der bisher angenommenen Freiwilligen, sowie der mit der Werbung beschäftigt gewesenen Soldaten und Offiziere verwendet werden.

Nr. 128 des Dziennik Narodowy (Petrikau) vom 7. Juni 1917

berichtet aus Warschau, daß „laut Verordnung des Generalgouverneurs v. Beseler eine weitgehende Einschränkung des Werbeapparates angeordnet worden ist.“ Im Sinne dieser Verordnung

werden in der nächsten Zeit die Kreisämter der Werbung und die Anmeldebüros geschlossen werden, und nur die Hauptämter der Werbung, die in 17 größeren Städten des Königreichs Polen sich befinden, sowie die Landesinspektion in Warschau, in der nur die Zahl der beschäftigten Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten verringert werden wird, weiter bestehen bleiben. Die von dem Werbedienst auf die Weise befreiten Soldaten und Offiziere werden sofort an ihre Regimenter abkommandiert, um die Übungen nach dem neuen deutschen System durchzuführen. Es handelt sich um 2000 Soldaten und Unteroffiziere und 140 Offiziere. Daran schließt das Blatt folgende Bemerkungen: „Die Motive des Generalgouverneurs v. Beseler sind unbekannt. . . . Der Werbeapparat war die einzige tätige polnische Organisation im Königreich Polen, welche die beiden Okkupationen umfaßt hat. . . . Sie vertrat im ganzen Königreich die sich bildende nationale Staatlichkeit und Wehrmacht. . . . Sie hatte eine große Bedeutung für die Popularisierung der Idee des polnischen Heeres, besonders unter den Bauern. . . . Die Verordnung des Generalgouverneurs v. Beseler bildet einen wichtigen politischen Akt, der in den politischen Kreisen lebhaft kommentiert wird.“

„Nowa Reforma“ Nr. 259 vom 6. 6. bringt eine Korrespondenz aus Warschau, die voll großer Zensurlücken ist und die Überschrift: „Die Reduzierung des Apparats der Aushebung zum polnischen Heere“ führt. „Die Anmeldungen zum Heere haben in den Bezirksstädten und Städtchen, sowie in den Dörfern in der Form von Eintragungen — bei den Kreischefs zu erfolgen.“ Es verbleiben bloß das reduzierte Personal der Warschauer Inspektion und 17 Hauptämter in den Gouvernementsstädten.“ Weiter heißt es: „Diese Verordnung erinnert an das Projekt, das seinerzeit von dem ideellen Führer der Linken den deutschen Okkupationsbehörden vorgelegt wurde.“ (Gemeint ist Pilsudski.) Dieses Projekt stützte sich auf 17 Gouvernementsämter, in den kleineren Zentren aber sollten die Aushebungsarbeit nicht Legionäre, sondern private Organisationen (die Polnische Militärorganisation) besorgen. Die Korrespondenz schließt: „Selbst in Anbetracht dessen der Vorwurf der „Germanophilie“ aus, den man beständig gegen den Obersten Sikorski und seine Organe erhoben hat. (Es folgt eine längere Zensurlücke.)“

An die Besprechung dieser Angelegenheit knüpft der Warschauer Gewährsmann des Krafauer „Czas“ vom 6. Juni (Nr. 258) folgende Bemerkungen: „. . . es läßt sich nicht bestreiten, daß diese Verordnung den unmittelbaren Kontakt des polnischen Soldaten mit dem polnischen Volke unterbricht. . . ., daß dies das Bewußtsein der Idee einer eigenen Armee, welches die Werbeposten den breitesten Schichten der Nation eingepflanzt haben, dämpft.“ Die Folgen dieser Verordnung seien nicht abzusehen, „besonders in der erregten Atmosphäre, welche gegenwärtig in Warschau herrscht.“ (Aus Nr. 114 des Warschauer Tagesberichts vom 8. Juni 1917.)

Aus Nr. 261 des Czas (Krautau) vom 8. Juni 1917.

Der Stein im Wege.

Aus Warschau kommt eine sehr beunruhigende Nachricht, die in unserer Stadt großen Eindruck hervorgerufen hat. Das Kaiserlich Deutsche Generalgouvernement Warschau hat am 4. Juni eine Verfügung er-

lassen, nach der die Kreisämter für die Anwerbung und die Meldebüros geschlossen und die dort tätigen Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere der polnischen Legionen „mit Rücksicht auf die bevorstehende Ernte, zu deren Einbringung alle Kräfte dem Lande zur Verfügung gestellt werden müssen“, abberufen wurden. Auf diese Weise wurde die weitere Einstellung von Freiwilligen unterbrochen. Den wirklichen Zweck dieser Verfügung kennen wir nicht. Die Wirkung aber ist ersichtlich. Die Anwerbung von Freiwilligen, die in der letzten Zeit ungefähr 3000 Mann eingebracht hat (darunter ein Viertel aus Litauen) ist unterbrochen worden, und das polnische Heer hat keine Möglichkeit des Wachstums und der Entwicklung. Manche nehmen an, daß der Kaiserlich Deutsche Generalgouverneur in Warschau, der im Dezember so verständig und redigewandt dem polnischen Volke die Vorteile dargestellt hat, die es von der Organisation des polnischen Heeres haben wird, das Interesse für diese Sache verloren hat und beabsichtigt, den Weg ihrer Liquidierung zu betreten.

Ob es tatsächlich so ist, werden die nächsten Tage zeigen, in denen die Verfügung entweder aufrechterhalten, oder — wenn sie nur auf eine Ungeschicklichkeit zurückzuführen ist — ebenso wie viele andere abgeändert und aufgehoben werden wird. Man muß daran denken, daß die bisherigen Anordnungen des Generalgouvernements in militärischen Angelegenheiten sich durch Ungeschicklichkeit und Unkenntnis der polnischen Psyche auszeichneten. Wir erinnern nur an den Werbeaufruf vom 7. November, der bald abgeändert wurde, an die Frage der Eidesformel, die mehrfach in veränderter Form festgelegt wurde, an den Gedanken der Teilung in „nationalpolnische“ und „galizische“ Abteilungen, der verworfen wurde, an die vergeblichen Versuche der Anwerbung ohne Beteiligung des polnischen Elements, an den Wunsch nach Einführung der deutschen Sprache in die Verwaltung des polnischen Heeres usw. Jedes Mal mußte ein Kampf um die Aufhebung der einen und um den Erlaß einer anderen Verfügung geführt werden, ein Kampf, der bis jetzt immer gewonnen wurde. Die Frage des polnischen Heeres und seiner Organisation geht in gleichem Maße beide Bundesgenossen an, und alle Anordnungen, die allzu übereilt und allzu ungeschickt sind, sogar solche, die auf Veranlassung des deutschen Generalstabschefs erlassen worden sind, ließen sich nicht aufrechterhalten, wenn die Forderungen des polnischen Volkes Unterstützung von seiten der Faktoren fanden, die über unsere Bedürfnisse besser informiert sind und dieselben gern befriedigen wollen. Wenn es sich auch diesmal um eine Ungeschicklichkeit und Unkenntnis des „Terrains“ handelt, so hoffen wir, daß eine Korrektur kommen und die Verfügung eine entsprechende Abänderung erfahren wird. Anders wäre es natürlich, falls es sich um eine zielbewußte Änderung der Stellungnahme in der Angelegenheit des polnischen Heeres handelt.

Obengenannte Verfügung ist nur eine Episode in der Reihe von Reibungen zwischen den tatsächlichen Organisatoren des polnischen Volkes und den deutschen Behörden, die die oberste Leitung innehaben. Über diese Reibungen erfährt die breitere Öffentlichkeit selten etwas und kann deshalb nicht beurteilen, wieviel böser Wille gebrochen werden muß, um das polnische Heer zu entwickeln oder wenigstens zu erhalten.

Zur Kenntnis der breiteren Schichten gelangen fast ausschließlich nur leidenschaftliche Anklagen und grundlose, vielfach schmähende Angriffe, in welchen versucht wird, die Organisation des polnischen Heeres als allzu willfähige und gehorsame Organe der deutschen Führung hinzustellen. Die gegenwärtige Episode wird wenigstens die eine gute Seite haben, daß sie die Schwierigkeiten und Verdienste der organisatorischen Arbeit sehr klar beleuchten wird.

Gewiß gibt es nichts Leichteres, als bei der ersten solchen Schwierigkeit lauten Protest zu erheben, sich der weiteren Arbeit zu entziehen, die Demission einzureichen und sich auf diese Weise einen schönen Abgang und allgemeine Popularität zu sichern. Ein viel größeres Verdienst gegenüber dem Volke ist jedoch die ruhige und andauernde Geschicklichkeit in der Überwindung von Schwierigkeiten, das Ausspielen der einen Faktoren gegen den andern und die — wenn auch langsame — Erreichung des Hauptzwecks, d. h. die Erhaltung des polnischen Heeres — also eine Taktik, an der man bisher festhielt. Dank einer solchen Taktik lösten sich die Legionen in den kritischen Momenten des Jahres 1914 nicht auf, überdauerten alsdann die Epoche der Spaltung in zwei Teile im Jahre 1915 und den bedrohlichsten Moment der politischen Erregung vor dem Novemberakt der Mittelmächte. Es war ein starker Charakter und eine geschickte Hand notwendig, um die Massenanstrengungen auf Entlassung aufzuhalten, denen die Auflösung des Heeres gefolgt wäre.

Wir haben die Hoffnung, daß die ruhige und überlegte Taktik, an der man bis jetzt festhielt, auch diesmal nicht versagen und zur Auffindung eines Weges helfen wird, die dem polnischen Heere das weitere Wachstum sichert. Dieses Wachstum lag nach der Proklamation im gemeinsamen Interesse des polnischen Volkes und der Mittelmächte. Man darf nicht vergessen, daß es nicht aufgehört hat, für uns ein solches Interesse zu haben, obwohl sich die Kampfverhältnisse im Osten geändert haben; denn der Besitz eines Heeres ist ein erstklassiger Trumpf für die Zeit der Friedensverhandlungen und die Grundlage der Unabhängigkeit für die Zukunft. Um dieses Interesse willen mußten daher die berufenen Faktoren alle Kräfte aufbieten und über die besten Mittel nachdenken, die imstande wären, den schweren Stein auf dem Wege zur Entwicklung des polnischen Heeres zu beseitigen.

Aus Nr. 129 des Głos Narodu (Kraakau)
vom 1. Juni 1917.

Vorschriften für öffentliche Versammlungen in Warschau.

Die „Wiadomości Polityczne“ (April-Mai 1917) veröffentlichen folgende Verordnung des deutschen Polizeipräsidiums in Warschau:

Bei der Überwachung von Versammlungen sind folgende Vorschriften zu beachten: 1. Der überwachende Beamte darf eine Versammlung sofort auflösen, wenn der Redner irgend einen Wunsch äußert, territoriale Gebiete innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs abzusondern. 2. Wenn dergleiche Wünsche seitens der Versammelten durch Zurufe ausgedrückt werden, soll der die Versammlung überwachende Beamte den Vorsitzenden auffordern, gegen solche Zurufe einzuschreiten. Wenn der Vorsitzende dieser Aufforderung nicht Folge leistet oder wenn die Versammelten sich diesem Einschreiten durch weitere Zurufe oder Ansprachen widersetzen, ist die Versammlung aufzulösen. 3. Wenn von einem Redner die Einverleibung Galiziens oder Litauens berührt wird, hat der Beamte von ihm zu verlangen, daß er über diese Angelegenheit nicht weiter spreche; falls der Redner dieser Aufforderung keine Folge leistet, sondern seine Rede in derselben Richtung fortsetzt, in diesem Falle ist die Versammlung aufzulösen. 4. Wenn Wünsche hinsichtlich einer Absonderung Galiziens oder Litauens von Teilnehmern der Versammlung laut ausgesprochen werden, sind sie durch Vermittlung des Vorsitzenden in der Weise zur Ordnung zu rufen, daß dieser die Auflösung androht. Falls der Vorsitzende der Aufforderung des Beamten nicht Folge leistet oder falls die Versammelten die betreffenden Ermahnungen unbeachtet lassen, sind

Schritte zur Auflösung der Versammlung zu unternehmen.

Nr. 280 der Ziemia Lubelska (Lublin)
vom 6. Juni 1917

berichtet, daß der Stadtrat von Kielce sich an den Generalgouverneur Graj Szeptycki mit der Bitte wandte, die deutsche Sprache als Unterrichtsgegenstand aus der Volksschule zu beseitigen. In dem Telegramm heißt es u. a., daß der Unterricht der deutschen Sprache in den Volksschulen unnötig sei und... „daß er den gegenwärtigen Bestrebungen der polnischen Nation widerspreche.“

(Aus Nr. 124 des Warschauer Tagesberichts vom 9. Juni 1917.)

Aus Nr. 120 des Głos Narodu (Krakau)
vom 2. Juni 1917.

Litauer begrüßen das befreite Polen.

Stockholm. In Helsingfors in Finnland fand eine große litauische Versammlung statt, an welcher auch dort weilende Matrosen, Offiziere, Arbeiter und Kreise der litauischen Intelligenz teilnahmen. Die Versammlung beschloß, dem polnischen Volke einen Gruß folgenden Inhalts zu entbieten:

„Wir begrüßen das polnische Volk, welches aufgestanden ist und die Fesseln der Knechtschaft von sich abgestreift hat.

Wir wünschen ihm aufrichtig die Befreiung und die Einigung seines Vaterlandes. Dem polnischen Volke übersenden wir den brüderlichen Wunsch der Erkämpfung eines auf wirklichen demokratischen Grundsätzen beruhenden staatlichen Organismus. Wir sehen voraus und glauben, daß zwischen dem freien, demokratischen Polen und dem freien, demokratischen Litauen auf gegenseitiger Verständigung und Achtung beruhende brüderliche Beziehungen erblühen werden.

Es lebe das freie Polen! Es lebe das freie Litauen!

Der Vorsitzende der Versammlung und des litauischen Vereins in Helsingfors, Marinearzt Rogiewicz vom Panzerschiff „Slawa“. Namens des Militärs und der Marinesoldaten: Soldat Szatas (Besatzung der Festung in Sweaborg). Namens der Arbeiter: Arbeiter Sinfas.

Nr. 256 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 5. Juni 1917

gibt nach einem Warschauer Korrespondenten auf Grund angeblich authentischer Quellen eine Schilderung der in Litauen herrschenden Verhältnisse. Im „Dziennik Wilenski“ sei eine Mitteilung erschienen, daß der Gouverneur Jsenburg-Birstein Vertretern der Bevölkerung von Wilna und Umgegend zugesichert habe, daß die Lebensmittel für die Ernährung der Einwohner, insbesondere auch der ärmeren Klassen, bis zur neuen Ernte voll ausreichen werden. Gleichzeitig sei zur Entlastung der Großstädte ein Aufruf zur Übersiedlung aufs Land, namentlich der Kinder, ergangen. Diese Verordnung hinkt nach Ansicht des Korrespondenten insofern, als man die polnischen Kinder in die Kreise Wilna, Schirwnid und Malok (?) verschicke, wo die Vorräte vollständig erschöpft sind. Nach dem Kreise Kowno, wo noch dies und jenes zu haben sei, lasse man die polnischen Kinder nicht hinein. In Wilna leide die Bevölkerung förmlich Hunger. Täglich sterbe eine Menge Menschen den Hungertod. Die Sterblichkeit sei von 20 auf 81 pro Mille gestiegen. Nach dem in der „Wilnaer Zeitung“ vom 17. Mai veröffentlichten Kommuniqué soll die Brotration auf 100 Gramm reduziert werden, für welche man in der Volksküche

Suppen erhalten könne. Die Volksküchen seien jedoch nur in der Lage, einen ganz geringen Teil der Hungerleidenden zu befriedigen, da sie selbst keine Vorräte besitzen. (Aus Nr. 115 des Warschauer Tagesberichts vom 16. Juni 1917.

Aus Nr. 258 des Czas (Krakau)
vom 6. Juni 1917.

Die Verhältnisse in Litauen.

Wilna, im Mai.

Die deutsche Politik in Litauen unterliegt Schwankungen, welche beweisen, daß die Zentralbehörden über die dem Lande gegenüber einzunehmende Haltung entweder noch nicht entschlossen sind, oder aber die Verwaltung in die Hände von Beamten gelegt haben, die keine genauen Instruktionen erhalten haben und deren Tätigkeitsmethoden nicht kontrolliert werden. Dies wird durch die verschiedenen Phasen bewiesen, die die Verwaltungspolitik von „Ober-Ost“ durchgemacht hat.

Nach der kurzen Episode der Sympathie gegenüber den Polen, die diesen gestattete, ein heimisches Schulwesen auf starken Grundlagen zu schaffen, erfolgte eine Reihe von unverständlichen Repressalien.

.... Die Behörden unterstützen kräftig die litauische Bewegung, die den Beweis liefern soll, daß die Bevölkerung des Landes gegen die polnische Kultur und das Polentum auftritt und daß die Litauer „nichts Gemeinsames mit den polnischen Plänen für die Zukunft haben wollen“ und mit aller Entschiedenheit sich von den Polen abwenden.

Die Litauer haben eine Abordnung nach Berlin geschickt, wo man ihnen unklare Versprechungen einer nicht näher bezeichneten Autonomie gab. Zugleich schreibt die deutsche Presse offen von den Litauern als einem ausgezeichneten Material zur Germanisation und entwirft Pläne zwecks Kolonisierung Litauens durch deutsche Ansiedler. Diese Zukunftspläne haben bei den Litauern eine verständliche Beunruhigung und Mißstimmung hervorgerufen. Die wirtschaftlich-finanziellen Anordnungen haben ebenfalls zur Abkühlung der litauischen Deutschfreundlichkeit beitragen, und heute kann man bereits Anzeichen beobachten, daß die Litauer anfangen, sich wiederum den Polen als ihren natürlichen Bundesgenossen zuzuwenden.

Anfangs protegierten die Behörden auch die Juden aus Rücksicht auf ihre Sprache und ihre nationale Gleichgültigkeit. Man bemühte sich, die jüdische Bevölkerung gegen die Polen aufzureizen, was vielleicht auch gelungen wäre, wenn nicht die finanziellen Anforderungen der deutschen Verwaltung wären, die die Juden in derselben Weise wie die Polen treffen. Die Juden haben zwar gewisse Erleichterungen beim Handelsgeschäft erlangt; man gewährt ihnen Zutritt zum Gemeinderat und zum Magistrat und beglückte sie schließlich mit einem eigenen deutsch-jüdischen Schulwesen. Aber zugleich legten die Behörden den jüdischen Kaufleuten und Kapitalisten große Kontributionen auf und zogen sie mit rücksichtsloser Strenge ein. Wer sich widersetzte, wanderte ins Gefängnis, oder man schloß ihm den Laden. Daher herrscht auch gegenwärtig unter den Juden eine starke deutschfeindliche Stimmung und das Verlangen nach Einvernehmen mit den Polen.

Unter solchen Verhältnissen erfordert der Kampf um Aufrechterhaltung des polnischen materiellen und geistigen Besitzstandes in Litauen außerordentliche Anstrengungen der dort ansässigen Volksgenossen. Trotzdem gehen diese bisher aus den Verjuchten siegreich hervor. Das musterhaft eingerichtete Schulwesen, das zum großen Teil sich auf die Opferwilligkeit

der örtlichen Bevölkerung stützt, bildet unter Mitbeteiligung der städtischen Intelligenz fast die ganze junge Generation in Wilna aus und erstreckt seine Tätigkeit auch auf die Provinz, wo es von den im Lande verbliebenen Geistlichen und arbeitsfreudigen Bürgern kräftig unterstützt wird.

Nach der Einnahme von Wilna vergaudent die Polen die Zeit nicht mit der Aufstellung eines Programms, sondern traten sofort instinktiv an die fruchtbringende Bildungs- und Kulturarbeit heran. Der denkwürdige Akt vom 5. November machte einen tiefen Eindruck. Die zu der Novemberfeier in Wilna erschienenen Offiziere und Soldaten der polnischen Legionen wurden mit allgemeiner Begeisterung aufgenommen. Seit dieser Zeit erlangte das politische Leben eine größere Intensität. In den ersten Tagen des Dezember fand in Wilna eine Versammlung statt, in der ein „Polnischer Unabhängigkeitsverband für Litauen“ begründet wurde. Dieser Verband besitzt eine Zentrale in Wilna, organisiert Kreisverbände und beruft Versammlungen ein. Es ist dies eine parteilose Organisation, die die polnischen aktivistischen Elemente im Lande vereint und als Hauptforderung die Erlangung einer staatlichen Verbindung mit Polen auf dem Wege der Beteiligung Litauens an dem polnischen Heere anerkennt. Zu derselben Zeit ist eine zweite Vereinigung unter dem Namen „Polnische Sozialistengruppe“ in Wilna entstanden. Zwei neue politisch-aktivistische Vereinigungen sind im Entstehen begriffen, nämlich die demokratische und die nationale Partei, die sich aus dem Kleinbürgertum und den Handwerkern zusammensetzen.

Die russische Revolution hat in Litauen großen Eindruck gemacht. Sie kann die allgemeine Stimmung, die bisher die Mehrzahl der Polen erfüllt, beeinflussen und schwächen. ... Unter den Polen begegnet man zwei grundsätzlichen Auffassungen in der Angelegenheit Litauens. Die erste strebt nach der Einverleibung des ethnographisch polnischen Teils Litauens in den polnischen Staat, während die andere das Programm einer Union vertritt.

Die Mehrheit der polnischen Geistlichkeit Litauens ist von starkem patriotischen Geiste erfüllt und gravitiert deutlich nach Polen. Hierzu trägt auch in bedeutendem Grade die nationale Aufklärung der breiten Massen in Stadt und Land bei. In Wilna beteiligen sich die Geistlichen lebhaft am öffentlichen Leben in den verschiedenen Bildungs- und Kulturvereinen. Die jüngeren gehören auch politischen Organisationen an (dem poln. Unabhängigkeitsverbande für Litauen). Gegenüber den Versuchen der deutschen Verwaltung, in die inneren Angelegenheiten der Diözese einzugreifen, findet die polnische Geistlichkeit genügend Kraft zu einer ablehnenden Haltung.

Zum Schluß noch einige Worte über die wirtschaftliche Lage Litauens. Nach dieser Richtung herrschen hier direkt schreckliche Zustände. Die Kontributionen und Requisitionen haben das Land bis aufs äußerste erschöpft. Wilna ist förmlich ausgehungert, und die ärmere Bevölkerung stirbt vor Elend. Die Sterblichkeit ist bis auf 90 pro Tausende gestiegen und steigt noch immer. Man muß den Deutschen zugestehen, daß sie den Kampf gegen ansteckende Krankheiten wirksam geführt haben; diese haben aufgehört; trotzdem ist die Sterblichkeit auf das Höchstmäß gestiegen, Hunderte von Kindern sterben infolge ungenügender Ernährung. Die Behörden haben angefangen, die Kinder aufs Land zu senden; leider hat man den Polen die Kreise des Gouvernements Wilna zugewiesen, in welchen schon seit langem nicht genügend Lebensmittel für die ständigen Bewohner vorhanden sind. Das Ergebnis wird daher gewiß nicht befriedigend sein. Überhaupt bedarf Litauen einer bedeutenden materiellen Hilfe. Man sollte die maßgebenden

Kreise in Berlin über den tatsächlichen Zustand genauer unterrichten. Es ist nämlich schwer zu glauben, daß es die Absicht der deutschen Regierung sein sollte, das Land zur Verzeufung zu bringen, die zu allem fähig macht.

Die polnische Frage im Auslande.

Aus Nr. 128 des Głos Narodu (Krakau)
vom 1. Juni 1917.

An die Krakauer Demokratie. (Offener Brief.)

In diesem „offenen Brief“ wendet sich das Blatt gegen den Artikel der Nowa Reforma (Nr. 23 des Gesamtüberbl. S. 1006) und schreibt darin unter anderem:

So sieht also die Verwirklichung der polnischen Idee von der politischen Höhe der Nowa Reforma aus. Das sind die politischen Mittel und Methoden, die das Blatt in diesem geschichtlichen Moment, inmitten des Weltkrieges, in der Morgenröte der geschichtlichen Gerechtigkeit sieht. Drei Parteien werden auf eigene Verantwortung Polen schaffen, und die Krakauer Demokratie will sie daran nicht hindern, sondern sie sogar unterstützen.

So wird also die Angelegenheit von einem Blatte betrachtet, das als das Organ der Krakauer Demokratie galt. War es dies tatsächlich? Kann es dies auch in Zukunft sein? Werdet ihr, demokratische Wähler Krakaus unter denen die städtische Intelligenz und die freien Berufe so stark vertreten sind, damit einverstanden sein? Wird diese Intelligenz eine so traurige, engherzige Parteauffassung der Mitarbeit des Volkes am Wiederaufbau Polens als die ihrige betrachten?

Diese Frage müßt ihr euch stellen, ihr demokratischen Wähler! Viele von euch haben es bereits getan. Wir wissen es von ihnen selbst, und die Beweise dafür mehren sich von Tag zu Tag. Ihr könnt sicher sein, daß die unabhängige polnische Meinung bei der Zurückweisung einer solchen kleinlichen Parteilichkeit und bei dem Kampf gegen Schädlinge, die die Bedeutung der Krakauer Entschliebung herabzusetzen suchen, auf Eurer Seite sein wird. Der polnischen Frage können solche Stimmen nicht schaden. Aber das Volk muß mit ihnen abrechnen, da es sonst einen Teil der Verantwortung für die schmerzliche Lächerlichkeit tragen müßte, mit der die Nowa Reforma sich selbst und die Krakauer Demokratie bedeckt.

Aus Nr. 252 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 2. Juni 1917.

Betrifft unseren Standpunkt.

Unser Standpunkt in der Angelegenheit des Antrags Tetmajer war für gewisse politische Elemente eine geeignete Gelegenheit, uns anzugreifen und unser Blatt im polnischen Volke mit Hilfe der Unterstellung, daß es dem Ideal der Vereinigung der polnischen Gebiete widerstrebe, zu untergraben. Diese Stellungnahme entspringt so durchsichtigen und durchaus nicht idealen Beweggründen, daß wir es unter unsrer Würde halten würden, dieselbe zu widerlegen, wenn wir nicht überzeugt wären, daß wir durch Schweigen etwas nicht nur für uns, sondern auch für die Volksgesamtheit Schädliches dulden.

Wir erklären daher kategorisch, daß ebenso wie im Laufe der 30 Jahre des Bestehens unseres Blattes, auch jetzt und in Zukunft jedes nationale Ideal, umsomehr ein so großes und natürliches, wie das Ideal

der völligen Vereinigung des Volkes in einem eigenen unabhängigen Staat, in uns unerschütterliche Befenner und mutige und uneigennützig Vertreter hat. Ohne zu weit zurückzugreifen, dürfen wir wohl an den konsequenten Anteil erinnern, den wir in der Arbeit an der Organisation der Regionen und an der Verwirklichung des polnischen Staates in den Grenzen der praktischen Möglichkeit genommen haben.

Unseren nationalen Glauben schöpfen wir nicht aus Entschliefungen, die immer nur eine Äußerung des politischen Spiels sind, das sich notwendigerweise ändert und verändert. Den Wunsch nach Vereinigung unseres Volkes haben wir, wie alle großen Ideale unsrer Epoche, von den vorhergehenden Geschlechtern übernommen. Wenn wir daher unserer kritischen Stellung zu der Resolution Tetmajer Ausdruck gegeben haben, so bezieht sich unsere Kritik nicht auf das darin ausgesprochene nationale Streben, sondern auf die Zweckmäßigkeit der Entschliefung selbst, die gegenwärtig unter Verhältnissen gefaßt wurde, deren völlige und restlose Beleuchtung unter den heutigen Zensurverhältnissen nicht möglich ist, die aber unsrer Ansicht nach der Entschliefung nicht günstig sind. Nur so viel haben wir vorläufig zu sagen oder eigentlich zu wiederholen, daß unsere Taktik uns auf den weiteren Bau des polnischen Staatswesens auf den Fundamenten hinwies, auf denen er sich heute zu erheben anfängt; auf der polnischen Wehrmacht und der polnischen Regierung, die in der Institution des Staatsrats im Königreich ihren Ausdruck gefunden hat. Diesen Bau muß man unsrer Ansicht nach zunächst weiterführen, um mit seinen Flügeln mit der Zeit ganz Polen zu umfassen. Das stillschweigende Übergehen dessen, was bisher zur Verwirklichung des polnischen Staatswesens geschehen ist, und die Übertragung dieser Arbeit auf den neuen Boden noch nicht befestigter politischer Konzeptionen halten wir für einen Gedanken, der im besten Falle höchst gewagt ist, der unter dem Druck von uns unabhängiger Umstände eine Lage schaffen kann, die für die Unabhängigkeit Polens gefährlich werden könnte. Daher beurteilen wir die Entschliefung Tetmajer nicht hinsichtlich der darin zum Ausdruck gekommenen nationalen Wünsche, sondern hinsichtlich ihrer taktisch-politischen Zweckmäßigkeit.

Daß aber unsere Zweifel gerade nach dieser Richtung hin nicht ganz unberechtigt waren, hat sich schon innerhalb von 24 Stunden nach der Beschlußfassung bestätigt. Denn der neugewählte Vorsitzende des Polnischen Klubs mußte doch wohl auch gewisse Zweifel hinsichtlich des politisch-taktischen Wertes jener Entschliefung haben, da er, entgegen dem Beispiel der Tschechen und Südslawen, sie in seiner Erklärung im Parlamente nicht im Wortlaut vorlas, sondern nur ihren allgemeinsten Inhalt angab, indem er die Stellungnahme in der polnischen Angelegenheit auf eine spätere Zeit verschob.

Gestern hat die demokratische Gruppe im Polnischen Klub durch den Mund des Abg. Krogulski erklärt, daß sie sich mit der Resolution Tetmajer solidarisch erklärt und daß sie sich der Verantwortung für sie nicht entziehen, sondern in ihrer Richtung arbeiten will. Diese Erklärung erfüllt uns mit lebhafter Befriedigung, umsomehr, als wir dieser demokratischen Gruppe durchaus nicht die Absicht zutrauten, sich von der gemeinsamen Arbeit an der Verwirklichung der einmütig gefaßten Entschliefung Tetmajer fernzuhalten. Außerdem haben wir aus Rücksicht auf die schuldige nationale Solidarität in dieser Angelegenheit unsere Bereitwilligkeit erklärt, die Tätigkeit des Polnischen Klubs in dieser Angelegenheit mit voller Loyalität zu unterstützen, obwohl wir uns die Kritik vorbehalten haben. Wenn nun jetzt die demokratische Gruppe die Bedenken überwunden hat, die sie zuerst gegenüber dem Antrag Tetmajer hatte, und sich der verantwortlichen Arbeit im polnischen Klub angeschlossen hat, so freuen wir uns

darüber aufrichtig, da wir nichts so sehr wünschen, als daß die demokratische Gruppe immer an der Spitze der nationalen Arbeit stehe.

Unsere Meinung haben wir — wie wir dies immer tun — nicht aus parteipolitischen Rücksichten geäußert, sondern lediglich mit Rücksicht auf die Art der Auffassung der Pflichten der polnischen Publizistik, die wir für die einzig gute und angebrachte halten und auch in Zukunft befolgen werden. Die in unserm Blatte ausgesprochenen Urteile haben lediglich den Zweck, dem Volke und nicht den Parteien zu dienen. Wenn aber die Urteile, die wir aus dem tiefsten Gefühl der Liebe zu unserem ganzen ungeteilten Vaterlande und aus dem Schape der demokratischen und fortschrittlichen Idee schöpfen, sich mit den Urteilen der verwandten demokratischen Parlamentsgruppe decken, dann freuen wir uns darüber sehr.

Aus Nr. 129 des Glos Narodu (Kraukau)
vom 2. Juni 1917.

Das „Existenzminimum“.

Das österreichische Parlament ist eröffnet.
Besonders bemerkenswert ist der Tag der Beratungen, denn er hat ohne Zweifel eine historische Bedeutung.

Zuerst ergriffen die Tschechen das Wort durch den Mund ihres Abgeordneten Staniek. Sie erklärten, daß die Umgestaltung der Monarchie in einen Bundesstaat notwendig sei, in einen Organismus, von dem ein demokratischer, aus allen tschechisch-slawischen Volksstämmen bestehender Staat ein Bestandteil sein müßte. Die föderative Form solle an die Stelle des bisherigen Dualismus treten, der, wie Abg. Staniek feststellte, „herrschende und bedrängte Völker geschaffen hat“. Noch weiter gingen nach dieser Richtung die Südslawen, die in einem Klub vereinigt sind. Sie fordern die Vereinigung aller Gebiete der Monarchie, die von Slowenen, Kroaten und Serben bewohnt werden, zu einem selbständigen auf demokratischen Grundsätzen aufgebauten Staate unter dem Zepter der Dynastie Habsburg-Lothringen.

. Die Ruthenen glaubten offenbar, daß es nicht genügt, einfach die Teilung Galiziens in einen östlichen und westlichen Teil zu verlangen: Sie schmückten daher ihre schwer zu begründende Forderung mit historischen Motiven. Auf diese Weise entstand der für den Geschichtsforscher lächerliche Lapsus mit dem „ukrainischen Königreich Galizien und Lodomerien“ und die „Wiederherstellung“ dieses Königreichs, das niemals bestanden hat. Außerdem erklärten sich die Ruthenen natürlich gegen die Einverleibung des Chelmer Landes, Podlahiens und Wolhyniens in den polnischen Staat.

Der polnische Klub nahm das Wort durch den Mund seines neuen Vorsitzenden Lazarzki. Er kündigte an, daß er zu geeigneter Zeit sowohl gegenüber den Erklärungen der Slawen als auch in der allgemeinen polnischen Frage Stellung nehmen werde. Von vornherein stellte Herr Lazarzki fest, daß sich die Erklärung der Polen auf die Kraukauer Beschlüsse vom 28. Mai in Sachen des vereinigten, unabhängigen Polens stützen wird.

Auf diese Weise ist die große nationale Lozung zum ersten Mal von der parlamentarischen Tribüne eines der Mittelmächte erklingen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Wiener Staatsrat heute die Aufmerksamkeit der ganzen kämpfenden und neutralen Welt auf sich lenkt und daß diese aufmerksam auf seine Stimme hört. Die Kraukauer Entschliefung wird von dieser Tribüne herab laut erklingen, wird überall als Ausdruck der Rechte und der Bestrebungen des polnischen Volkes gehört werden. Und so zeigt es sich bereits zwei Tage nach der Beschlußfassung, wie notwendig diese und ihre klare und keine Kommentare zulassende Fassung gewesen ist.

Stellen wir uns die Lage des Polnischen Klubs vor, wenn er bei seiner Ankunft in Wien nur irgend ein nichtsagendes, aus Zweideutigkeiten und stilistischen Redewendungen bestehendes Dokument in der Tasche gehabt hätte, und wenn er dieses neben die fest umrissenen Forderungen der Tschechen und Südslawen vor Europa hätte niederlegen sollen! Wie hätte dann der Klub, wie hätte Galizien und die ganze Volks-gesamtheit ausgesehen, deren einen Teil unsere par-lamentarische Vertretung vertritt? Wie hätte sich die Welt die Unklarheit unserer Forderungen und die sich daraus ergebenden „Bescheidenheit“ ausgelegt, wenn nicht mit dem Mangel an Bewußtsein der Ziele, die wir anstreben, oder vielleicht gar — was noch schlimmer wäre — mit einer gewissen Wankel-mütigkeit bezüglich der Rechte, die uns gebühren? Es wäre unseren wohlmeinenden Freunden leicht geworden, bei Friedensverhandlungen aus diesem moralischen Vorwand ein politisches Argument zu machen und darauf hinzuweisen, daß die Polen das wenigste bekommen müssen, weil sie selbst eigentlich nichts ausdrücklich verlangen.

Dieser Gefahr ist der Krakauer Beschluß durch seine Deutlichkeit zuvorgekommen. Der Polnische Klub hat etwas, worauf er sich stützen kann, um so mehr als die Entschliebung einstimmig gefaßt worden ist. Aber aus dem ersten Sitzungstage des Wiener Parlaments müßten die politischen Doktrinäre ihre Schlußfolgerungen ziehen, die auch jetzt noch vom „Maximalismus“ der Krakauer Entschliebung fasseln und darunter ihren allzu großen Umfang verstehen. Die Slowenen mit der Forderung eines selbständigen Staates, — die Polen aber mit irgend welchen nichts-sagenden Forderungen: so hätte der Vergleich eines 20 Millionenvolkes mit jahrhundertelanger Vergangen-heit, mit großer Zivilisation und Kultur — mit einem verhältnismäßig kleinen, wenn auch tüchtigen Volks-stamme der Südslawen ausgesehen! Wir leben heute mitten im Katastrophismus, der mit seinen Trümmern die früheren Begriffe der Souveränität verschüttet hat. Das Lebensniveau der Völker hat sich gehoben. Und wer heute ein selbständiges staatliches Dasein verlangt, der verlangt weiter nichts, als ein Existenz-minimum. Einen anderen Maßstab kann man, wenig-stens von unserer Seite, nicht anwenden, da solche Forderungen sogar von Völkern erhoben werden, die in geschichtlicher, kultureller und politischer Be-ziehung viel jünger sind als wir.

Vor allem aber darf niemand die Stellung schwächen, die das Volk im Kampfe um die Wieder-erlangung seiner Rechte, die es jahrhundertlang be-sessen hat und die ihm nur mit Gewalt entrissen worden sind, eingenommen hat. Wir wissen, daß unser Volk bezüglich seiner Ziele einig und durch die Einigkeit stark ist. Die Welt wird dies noch einmal aus Wien vom Polnischen Klub erfahren, auf dessen Rundgebung wir ungeduldig, aber vertrauensvoll warten.

Aus Nr. 252 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 2. Juni 1917.

Aus Warschau.

Eindruck der Beschlüsse des Landtagsklubs.
(Zuschrift der „Nowa Reforma“.)

Warschau, den 31. Mai.

Die Beschlüsse des Krakauer Landtagsklubs sind aus Anlaß der Feiertage und der Verkehrs-schwierigkeiten verhältnismäßig spät nach Warschau gelangt. Die hiesigen Blätter haben erst heute die Möglichkeit, über den Verlauf der Beratungen zu be-richten. Die Beschlüsse selbst können noch nicht mit-geteilt werden, da sie noch nicht die hiesige Zensur

passiert haben. Trotzdem sind in den politischen Kreisen die Einzelheiten der Krakauer Versammlung genau bekannt. Der Verlauf der Beratungen und die gefaßten Beschlüsse haben hier tiefen Eindruck hervor-gerufen und werden in den politischen Zentren lebhaft kommentiert.

Heute findet eine nicht offizielle Versammlung des Staatsrats statt, in der die Krakauer Beschlüsse Ge-genstand der Beratung sind. Die Sitzung, die in den Vormittagsstunden begonnen hat, dauert in dem Augen-blicke, in dem ich dies schreibe, noch fort. Da ich nicht vorgreifen will, enthalte ich mich der Mitteilung der darüber umlaufenden Gerüchte. Tatsache ist jedoch, daß sie unter dem Einfluß der Krakauer Beschlüsse steht und daß es sich um ernste Entschliebungen handelt.

In hiesigen aktivistischen Kreisen faßt man die Krakauer Beschlüsse als eine natürliche, allgemein-politische Plattform der polnischen Volks-gesamtheit auf, wobei jedoch festgestellt wird, daß diese Plattform durchaus nicht die Richtlinien durchkreuzt, die dem aktivistischen Lager voranleuchten.

Es handelt sich jedoch um die praktische Anwen-dung der Krakauer Beschlüsse. Nach dieser Richtung hin wird es nicht an Versuchen, und zwar sowohl von der rechten als auch von der linken Seite fehlen, um dieser Auslegung einen manifestierenden oder dema-gogischen Charakter zu geben und auf Grund der Krakauer Beschlüsse wiederum einen Anschlag auf den Staatsrat und den Bau des polnischen Staatswesens zu unternehmen.

Ferner wird in den hiesigen politischen Kreisen darauf hingewiesen, daß die Initiative, die neuerdings von Galizien in der Angelegenheit der Lösung des vereinigten Polens ausgegangen ist, dem Staatsrat gewissermaßen die moralische Pflicht auferlegt, eine Antwort zu geben und sich zu dieser Lösung zu er-klären. Diese Antwort kann nicht — ein leerer Raum sein, sondern die starke Betonung des Willens zur Tat. Ob dies jedoch tatsächlich eintreten wird, wird gewiß das Ergebnis der gegenwärtigen Be-ra-tungen erweisen.

Was für eine Stellung infolge der Krakauer Be-schlüsse die äußeren Faktoren einnehmen werden und ob das Echo dieser Beschlüsse sich in der Antwort be-merkbar machen wird, auf die der Staatsrat wartet, dazu fehlt es in diesem Augenblicke noch an jeglichen Anhaltspunkten.

Aus Nr. 130 des Naprzód (Krakau)
vom 7. Juni 1917.

In einer von etwa 1500 Personen besuchten Versammlung in Radom am 3. Juni wurde in Sachen der Krakauer Beschlüsse eine Entschliebung angenommen, welche den von der polnischen Vertreterschaft in Galizien eingenommenen mannhaften Standpunkt mit Freuden begrüßt und feststellt, daß ein vereinigt, unab-hängiges und bis an das Meer reichendes Polen der Inhalt der politischen Bestrebungen des ganzen pol-nischen Volkes sei, sowie den internationalen Charakter der polnischen Frage unterstreicht, deren Lösung im Sinne der Wünsche des polnischen Volkes zur Eintracht der Völker und zu einem dauernden Frieden beitragen werde.

Eine weitere Entschliebung fordert ein unab-hängiges staatliches Dasein für die Länder des Groß-herzogtums Litauen und drückt die Überzeugung aus, daß Polen die Erneuerung und Befestigung der traditionellen Verbindung mit einem unabhängigen Großherzogtum Litauen tatkräftigst betreiben werde und die Litauen bewohnenden Völker in freiwilliger und einträchtiger Mitwirkung mit dem polnischen Volk

eine Bürgschaft für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung aller Schichten der Gesellschaft finden würden.

Schließlich wurde die Absendung eines im Sinne der ersteren Entschließung abgefaßten Ergebnistelegramms an den politischen Landtagsklub Galiziens beschlossen.

Aus Nr. 150 des Głos Lubelski (Lublin)
vom 2. Juni 1917.

Endlich haben wir das Tor passiert.

Mit sonnigen Lettern auf dem düsteren Hintergrunde der Unglücksfälle und der Leiden des Krieges wird der 28. Mai 1917 für Polen verzeichnet bleiben. An diesem Tage haben die im Krakauer Rathausaale versammelten Reichsrats- und Landtagsabgeordneten, Mitglieder des österreichischen Herrenhauses und Kirchenfürsten zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges klar und deutlich das ausgesprochen, wonach das polnische Volk strebt und was es von der Welt verlangt. Entgegen der bisherigen Politik der Kulissen und Kabinette, die ihr Gesicht vor dem Volke unter der Maske leerer Phrasen verbarg, die fremden Regierungen aber und den Rest von Europa bezüglich der tatsächlichen polnischen Bestrebungen irreführte, entgegen einer Politik, die am Vorabend der Friedensverhandlungen eine ernste Gefahr für die polnische Sache bilden würde, die eine klare Beleuchtung gegenüber den beiden kämpfenden Seiten, namentlich aber gegenüber Österreich und Rußland erforderte, faßte die polnische Vertretung Galiziens im Beisein von Vertretern des Königreichs den bedeutungsvollen Entschluß, daß Polen aus dem Weltkrieg nicht geteilt und klein, sondern als Stützpunkt des zukünftigen Friedens im internationalen Interesse ungeteilt und groß hervorgehen solle.

Dieser 28. Mai, an dem die polnische Politik endlich die Maske der Furcht und Kleinmütigkeit abgelegt hat, bildet einen ungewöhnlichen Moment in der Geschichte Polens nach der Teilung (Zensurlücke).

Wahrlich, unsere Gegner konnten denken, daß die Polen von einer teilweisen Resignation ergriffen seien. Ja, die Polen aus weitentfernten Gegenden Rußlands, aus Petersburg, glaubten, daß wir hier überhaupt nicht mehr vorhanden seien.

Auch der Weltkrieg hat zu Anfang kaum gestattet, den polnischen Mund aufzutun, und das Herz schlug im stillen bis zur Erschöpfung Europas.

Erst nach 3 Jahren traf ein scharfer Wind die polnische Brust, und im Osten ging die Sonne neuer Ideen auf.

Der 28. Mai ist der Tag, an dem das polnische Volk endlich deutlich der Welt erklärt hat, was es wünscht.

Wir wünschen ein (Zensurlücke) Polen! Mit diesem Ausruf passieren wir das Tor, hinter dem gewiß niemand von uns zurückbleiben wird. Wir passieren dieses Tor mit dem vollen Bewußtsein, daß es auf den Weg zum freien und glücklichen Vaterlande führt, das des Opfers der Tat und der Anstrengung wert ist.

Nr. 151 des Głos Lubelski (Lublin)
vom 3. Juni 1917

(Organ der Nationaldemokratie) bespricht die „Historischen Beschlüsse“ in Krakau und meint, daß dieselben in der ganzen polnischen Presse volle Zustimmung gefunden haben. Nur die „Kowa Reforma“ in Krakau und der „Dziennik Lubelski“, mit J. Drescher an der Spitze, stellen sich diesen Beschlüssen entgegen. Das Blatt hebt besonders die Ausführungen des „Dziennik

Lubelski“ (Organ des Nat. Zentralkomitees) hervor, in welchem behauptet wird, daß es in Polen keine eigentliche irredentistische Bewegung gibt. Demgegenüber hebt „Głos Lubelski“ die große Opferfreudigkeit Polens zugunsten der Armen im Königreich Polen und die „imposante Haltung der polnischen Abgeordneten im deutschen Reichstag“ hervor und meint zuletzt: „Ist das nationale Streben, das durch den Landtagsklub in Krakau ausgesprochen wurde, nicht das allgemein polnische Warschans, Krakaus, Polens und Wilnas und eines jeden unter uns? Nein, für Herrn Drescher (Verfasser des Artikels im „Dziennik Lub.“) handelte es sich vor allem darum, erklären zu können, daß „der wesentliche Grundsatz unserer Politik im Verhältnis zu den Zentralmächten bis zum Friedensschluß die gleichmäßige Behandlung der beiden Mächte, die den Akt vom 5. November proklamiert haben, sein muß.“ Also wieder nur der Akt vom 5. November.“

(Aus Nr. 113 des Warschauer Tagesberichts vom 8. Juni 1917.)

Nr. 107 des Dziennik Lublinski (Lublin)
vom 4. Juni 1917

führt unter der Überschrift „Die Haltung des Königreichs Polen zu den Beschlüssen des Landtagsklubs“ folgendes aus: Seit dem 5. November waren bis zu der letzten Zeit die Augen des gesamten Polens dem Königreich zugewandt. Alle politischen Institutionen Galiziens und Polens verzichteten auf eine aktive Rolle und überließen es den politischen Parteien des Königreichs und dann dem Provisorischen Staatsrat, die polnische Politik zu leiten. Aber durch die letzten Ereignisse, und zwar dadurch, daß es dem Staatsrat nicht gelungen ist, die prinzipielle Forderung der Bildung einer Regierung zu erledigen, und in der Sache Litauens zu wirken, und endlich durch die sich verzögernden Verhandlungen zwischen dem Unterparteilichen Klub und dem Nationalrat, ging der Schwerpunkt der polnischen Politik wieder auf Krakau über. „Die Krakauer Beschlüsse“ bilden durch ihren Inhalt eine politische Epoche, die zweifellos das Programm . . . (durch Zensur gestrichen) . . . aufhebt. Unter diesen Bedingungen ist die Bildung einer Konzentration, die nicht nur das Königreich Polen, sondern auch die Gebiete der ganzen polnischen Republik, und wenigstens aber die des Königreichs und Galiziens umfassen würde, unbedingt notwendig . . . Das Königreich Polen muß die politische Initiative heute wieder in die Hände nehmen, weil wir sonst dazu kommen könnten, daß in verschiedenen Provinzen verschiedenartige Politik betrieben wird.“

„Dziennik Lubelski“ Nr. 147 vom 5. 6. schreibt unter der Überschrift: „Neue Perspektiven“ folgendes: „Der Akt vom 5. November war der erste offizielle Akt der Zentralmächte und seine eventuelle Realisierung war sogar durch eine kurze Zeit das Programm der aktivistischen polnischen Parteien . . . Es folgen aber seitens der Mächte andere Akte, welche noch stärker die Bedeutung des unabhängigen Polens unterstreichen: Die Botschaft Wilsons, der Akt der russischen Regierung und die Anerkennung der Unabhängigkeit Polens durch die Ententemächte . . . Alles das waren aber fremde Stimmen . . . Endlich erschien auch eine polnische Stimme, der Krakauer Beschluß . . . Alle Parteien des Königreichs Polen müssen infolge dieses Beschlusses . . . eine Revision ihrer Programme durchführen . . . Das Festhalten an der bisherigen Politik wäre mit einem ungesunden und strafwürdigen politischen Minimalismus gleichbedeutend . . . Werden wir die obigen Beschlüsse anerkennen, so

können wir umso mutiger die Konsequenzen ziehen betreffs derjenigen Institutionen, deren Bildung auf der Linie des Altes vom 5. November stand . . .“ (Das Weitere ist durch die Zensur gestrichen.) Zuletzt meint das Blatt: „Wir sind zu Beginn eines neuen politischen Weges und einer neuen eigenen Methode. Die alten Motive . . . und Aspirationen müssen wir fallen lassen. Es ist schon Zeit, eine große polnische nationale Politik endlich anzufangen!“ (Aus Nr. 113 des Warschauer Tagesberichts vom 8. Juni 1917.)

Nr. 151 des Dziennik Lubelski (Lublin)
vom 8. Juni 1917

erörtert die politische Bedeutung der Krakauer Beschlüsse und meint: „Solche Beschlüsse verpflichten diejenigen, die sie gefaßt haben, zu vielen Dingen.“ Es müssen den Beschlüssen, die doch nur Worte bedeuten, Taten folgen. Die Politik, welche diesen Beschlüssen entsprechen würde, könne nur fest und höchst tatkräftig sein. „Das muß mit umso größerem Nachdruck betont werden, als in den letzten Absätzen der Krakauer Beschlüsse Ausdrücke zu finden sind, die zu der Befürchtung Anlaß geben, daß wenigstens ein Teil der Abgeordneten, kraft der Gewohnheit, eine eigene Politik durch die Vermittlung irgend welcher fremder Faktoren wird machen wollen.“ (Gemeint ist die Wendung in der Resolution Tetmajers, in welcher Kaiser Karl ersucht wird, die Vereinigung Polens in seine Hände zu nehmen.) „Denn die nationale Politik kann nur durch die Nation selbst geführt werden; die Nation darf nicht die Initiative in diesen Angelegenheiten aus den Händen lassen, sie darf nicht auf guten Willen und auf Gefühle anderer rechnen, wenn sie auch noch so freundlich wären.“

„Głos Lubelski“ Nr. 155 vom 7. 6. bringt eine Adresse der Krakauer Hochschulg Jugend an den Polenklub, die im wesentlichen folgendermaßen lautet: „In dem durch den Polenklub angenommenen Prinzip der Vereinigung der Nation zu einem unabhängigen polnischen Staat begrüßt die Jugend die Ankündigung einer neuen Politik . . ., die nicht zulassen wird, daß die dem Lande gebührenden Kriegsschädigungen und der Wiederaufbau des Landes durch den Staat als Gegenwert für die Lösung der polnischen Frage betrachtet werden könnte. Die Jugend erwartet mit Zuversicht seitens des Polenklubs die Durchführung dieser Prinzipien . . .“ (Der weitere Absatz ist durch die Zensur gestrichen.)

Aus Nr. 126 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 6. Juni 1917.

Zu den Krakauer Beschlüssen des galizischen Polenklubs

meint der „Kurjer“ u. a.:

„Eine typische Erscheinung kleinlicher Lust, das in Schwung geratene Rad der Ereignisse aufzuhalten, war die Kritik, mit welcher das Organ der sogenannten Krakauer Demokraten, die „Nowa Reforma“, gegen die bekannten Beschlüsse der galizischen Landtagsfraktion vom 28. Mai aufgetreten ist. Nach Ansicht dieses Blattes, welches sich offenbar träge an die verklungenen Lösungen des Obersten Nationalkomitees klammert und durch das mächtige Aufblitzen des Willens der Nation überrascht wurde, ist der „gesunde politische Realismus“ zusammengefallen und dessen Stelle hat wenigstens für einen Augenblick der Maximalismus eingenommen, der nirgends und niemals noch realen Nutzen gebracht hat.“ Weshalb der

„gesunde politische Realismus“ zusammengefallen sein soll, das wird höchstens der begreifen können, welcher die reale Politik mit der Politik der Bilinski, Zaworski, mit den Konzeptionen und Methoden des galizischen Obersten Nationalkomitees identifizieren will. Diese Politik liegt heute vor uns in ihrer ganzen Entwicklung, von dem äußerlich glänzenden Anfang an bis zu dem sehr traurigen Ende, welches mit so niederschmetternder Deutlichkeit das Verscheitete aller Kalkulationen der Schöpfer des Obersten Nationalkomitees enthüllt hat. Hier ist wirklich alles in Trümmer gegangen, und übrig geblieben sind nur die Legionen, die nicht aus der politischen Kalkulation der Krakauer Kommandeure hervorgegangen, sondern eine spontane Soldatentat der mit dem Namen Pilsudski im Zusammenhang stehenden militärischen Bewegung gewesen sind. Wenn somit der Leibespublizist des Obersten Nationalkomitees sein Gewand zerreißt anläßlich des Verfalls des politischen Realismus, so muß festgestellt werden, daß seine Begriffe von Realismus augenscheinlich etwas ganz anderes sind als das, was vormalig politische Geister unter Realismus verstanden.

Der „Dziennik Poznański“ (Posen) schreibt in der Nummer 26 vom 6. Juni in der gleichen An gelegenheit:

„Wäre die Krakauer Resolution anders ausgefallen, wäre ihr Gedanke in Gemeinplätzen und Zweideutigkeiten, die man verschieden deuten und kommentieren kann, untergegangen, dann hätte auch die Erklärung des Polenklubs in Wien notwendigerweise denselben Weg des Umschreibens und Halbsagens betreten müssen. Die Welt, die ringsumher zuhört, hätte diese halben Auslassungen nach Belieben kommentiert oder sie hätte, was das Wahrscheinlichere ist, diese wenig anregende Arbeit überhaupt nicht unternommen. sondern kurz geschlossen, daß die Polen offenbar selbst nicht wußten, was sie wollten, da sie es nicht klar auszusprechen verstünden. Und die Welt könnte noch hinzufügen, daß diese Wortfargheit durchaus zu verwundern sei, da doch andere, Fremde über die Polen schon so viel gesagt hätten.

Einen verwunderlichen Eindruck empfinde auch der unparteiische Zuschauer, wenn er wahrnehme, daß Nationalitäten, die doch weit schwächer sind, als wir, wie die Tschechen, Slowinen, Kroaten und Serben mit weitgehenden, auf die historischen Rechte gestützten Forderungen hervortreten, wie sie ihre Bestrebungen dreist akzentuieren und ihre Ziele hervortreiben, während die Vertreterschaft Galiziens, welche die Ziele der polnischen Nation kennt, sich mit Gemeinplätzen oder mit irgendwelcher Halbheit zufrieden gäbe. Das ist dank der Krakauer Resolution vermieden worden. Das Vermeiden dieses offenbaren moralischen Schadens, den wir in den Augen der Welt davontragen könnten, ist der erste Vorteil aus den Beschlüssen des Landtagsklubs, ein realer Vorteil, denn in der Politik hat der schon viel gewonnen, der sich vor Schaden bewahrt hat, besonders wenn es sich um eine solche Situation handelt, wie die gegenwärtige. Und die weiteren guten Folgen werden nicht auf sich warten lassen.

Man muß seine Rechte unaufhörlich, bei jeder Gelegenheit zur Geltung bringen. Man muß vor dem Gewissen der Welt die Forderungen und die Ideale vorüberziehen lassen. Man muß mit lauter Stimme rufen, wenn die entsprechende Zeit da ist. Der Landtagsklub hat das begriffen und gewußt, daß er durch Billigung seiner Resolution den Weg der Realpolitik beschreite, nicht in dem banalen Sinne der täglichen politischen Bestrebungen, sondern in dem Sinne des tatsächlichen politischen Realismus, der mit der Weltlage rechnet und aus ihr den Fingerzeig dafür zu ziehen weiß,

welche Methoden und Mittel des Handelns für das Wohl der Sache die erspriesslichsten sind.

Aus Nr. 127 des Kurjer Slaski (Gleiwitz)
vom 6. Juni 1917.

Zu den Krakauer Beschlüssen

bemerkt der „Kurjer Slaski“ seinerseits folgendes:

Der „Kurjer Poznański“ gibt für die Veranlassung der Krakauer Beschlüsse zwei Gründe an: das Auftreten der Vereinigten Staaten und die Revolution in Rußland.

Da der Präsident Wilson und die vorläufige russische Regierung die „Freiheit der Völker in der Entscheidung über ihr Los“ verkündet haben, verlaublich die Polen ihr allgemein-nationales Programm, — so folgert der „Kurjer“.

Das, was Wilson und die russische Regierung verkünden, ist aber, was Polen anbetrifft, einstweilen nur reine Theorie. Die russische Ankündigung ist überdies auch noch eine Theorie unter Vorbehalt. Bis dahin ist noch gar nicht die Möglichkeit zu erblicken, daß diese beiden Staaten ihrer Theorie einen praktischen Ausdruck zugunsten Polens geben könnten.

Der Akt vom 5. November 1916 ist dagegen weder eine bloße Theorie noch ein täuschendes Wort, sondern ein realer Wert. Und der Wiederaufbau Polens durch die Mittelmächte ist nicht bloß ein guter Wille, sondern ein in unseren Augen ausgeführtes politisches Werk, das auch alle Aussichten auf Dauerhaftigkeit hat. Und wenn diese beiden Staaten nicht in Rußland auf polnischem Boden die polnische Frage in Fluß gebracht hätten, dann wäre sie „eine innere Angelegenheit Rußlands“ verblieben, wie wir das aus den Erklärungen der Staatsmänner Rußlands und dessen Verbündeten sattam wissen.

Angesichts dieser realen Tatsachen, die für uns entschieden eine größere Bedeutung haben, als das Auftreten Wilsons und der russischen Revolution, muß festgestellt werden, daß die Krakauer Versammlung bei ihren Beschlüssen bezüglich des Wertes der politischen Faktoren, welche über das Los Polens zu entscheiden haben, nicht das richtige Maß im Auge behalten haben.

Die endgültige Entscheidung über die Zukunft Polens muß sich unserer Meinung nach auf sichere, untrügliche Verbündete stützen, auf eine Seite der miteinander kämpfenden Staaten. Ohne diese Stütze könnte Polen zwischen einem und dem andern in der Schwebel bleiben und ein politisches Spielzeug oder eine „Wechselmünze“ zur Ausgleichung innerstaatlicher Unterschiede werden. Eine Stütze ist trotz der über die Freiheit der Völker bei der Entscheidung über ihr Los verkündeten Phrasen notwendig. Das Los derselben wird durch nichts anderes entschieden werden als durch den Willen und die Interessen der Kämpfenden. Welches von den Völkern sich nicht beizeiten entscheidet, grundsätzlich auf diese oder jene Seite zu treten, wird weder auf der einen noch auf der anderen Seite Unterstützung finden und unter die Räder geraten.

„Die Kraft des Geistes“, von welcher der „Głos Narodu“ spricht, schätzen wir außerordentlich, aber wir haben keine Hoffnung, daß diese allein bei der Regulierung der Verhältnisse der Welt nach Beendigung des Krieges über alle Hindernisse siegen würde.

Polen müßte hart an die Seite der Mittelmächte treten, damit es bei der Kriegsabrechnung nicht einsam und verlassen dastehe und die Sicherheit erlange, daß nicht bloß erhebende Grundsätze, sondern auch Millionen Bajonette — eigene und der Verbündeten — für dasselbe sprechen können.

Nr. 117 des Głos (Warschau) vom 7. Juni 1917
und Nr. 273 der Nowa Gazeta vom 7. Juni 1917

bringen einen eingehenden Bericht über den Vortrag des aus Stockholm zurückgekehrten bisherigen Direktors des Arbeitsdepartements des Staatsrates Kunowski über „Die russische Revolution und ihre Folgen“. Von den im Vortrage geäußerten Meinungen sind zu erwähnen (zitiert nach dem „Głos“): „Eine offensive russische Front existiert nicht mehr.“ „Das südliche Rußland produziert statt 18 Millionen Pud Stahl nur 6 Millionen. Alle anderen Betriebe verringerten die Produktion um $\frac{3}{4}$ und vegetieren kaum.“ „Es steht fest, daß Rußland in einen Sonderfrieden nicht einwilligen wird.“ Was die polnische Frage betrifft, sagte Kunowski: „Man hat uns erklärt, daß wir eine freie Nation sind. Rußland hat sich mit der Unabhängigkeit Polens abgefunden.“ Nach der „Nowa Gazeta“ sagte Kunowski: „Rußland scheint den Verlust Polens verschmerzt zu haben, wiewohl es mit ihm in der oder jener Weise verbunden sein möchte.“ Weiter sagte er, daß die Unabhängigkeitspropaganda in der Ukraine fortschreite, einen hervorragenden Anteil nehme in ihr der Metropolit Szepietcki, der nicht mehr nach Lemberg zurückkehren wolle.

(Aus Nr. 113 des Warschauer Tagesberichts vom 8. Juni 1917.)

Aus Nr. 127 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 7. Juni 1917.

Die Emigration und das Mutterland.

Das Verhältnis der polnischen Emigration zum Mutterlande, namentlich auf dem Gebiete der Politik, war wiederholt Gegenstand von Betrachtungen in der Presse. Dies geschah unter dem Einfluß einer Tätigkeit der Emigration, die im Gegensatz zu den nationalen Bestrebungen im Lande stand. Verschiedene Politiker, die teils freiwillig und teils infolge der Notwendigkeiten des Krieges im Auslande sich aufhalten, haben es für angebracht gehalten, im Namen des Volkes zu reden, ohne von irgend jemandem eine Vollmacht zu haben, auf eigene Hand eine Politik zu treiben, die die Pläne der maßgebenden Faktoren im Lande durchkreuzt. Dies zog häufig traurige Konsequenzen nach sich, indem es Verwirrung in die politischen Verhältnisse Polens im Auslande brachte und die Möglichkeit gab, ein derartiges persönliches Hervortreten in einer für unsere Angelegenheit ungünstigen und unerwünschten Weise auszunutzen.

Wir sind Zeugen einer ungewöhnlich charakteristischen Erscheinung. Es ist bekannt, daß die Angelegenheit des Heeres im Lande, wo dieses einzig und allein gebildet werden könnte, auf dem toten Punkt angelangt ist, aber es scheint, daß sogar die unbedeutenden Zugeständnisse, die man bis jetzt mühsam errungen hat, verloren gehen und das Problem des polnischen Heeres zu nichte machen können — zum großen Schaden für unsere Zukunft.

Die Angelegenheit des polnischen Heeres ist jedoch im Auslande, wie z. B. in Rußland und Amerika und sogar in anderen Staaten Europas, aktuell geworden. Lassen wir doch vor kurzem die charakteristische Nachricht, daß ein polnisches Heer aus Polen gebildet werden soll, die sich in den Ententestaaten aufhalten.

... Gegenwärtig gelangen Nachrichten aus Amerika zu uns, daß dort gleichzeitig 2 polnische Heere gebildet werden. Das soll infolge Anregung Paderewskis auf Beschluß des polnischen Sokolverbandes in Pittsburg in Stärke von 100 000 Mann gebildet werden und den Namen „Kosciuszko's Army“ führen. Dieses Heer soll eine amerikanische Kampfeinheit bilden und aus polnischen Mitteln unterhalten werden, die ursprünglich zu andern Zwecken bestimmt waren. Wie der Beschluß

sagt, geht das Heer „in dem erhebenden Kampf für die Freiheit und die Gerechtigkeit aller Völker“ offenbar an die französische Front. Außerdem hat der „Vorstand der polnischen Militärorganisationen“ einen Aufruf erlassen und Amerika gleichfalls 100 000 Mann angeboten.

Auf diese Weise bietet die polnische Kolonie Amerika ein polnisches Heer an, welches das gegenwärtige stehende amerikanische Heer um ein vielfaches übertrifft. Um welchen Preis, für welche Garantien und zu welchem Zwecke? Auf diese Frage kann man schwerlich eine konkrete Antwort geben. Die Angelegenheit wäre ungewöhnlich kompliziert, wenn nicht die Tatsache wäre, daß, falls obige Pläne verwirklicht werden sollten, das polnisch-amerikanische Heer sich auf höchstens 20 000 Mann von besonders lebhaftem Temperament belaufen würde.

Auch hier fällt eine sonderbare Disharmonie auf. Das Mutterland beeilt sich nicht mit der Bildung des Heeres und macht dies von verschiedenen Bedingungen abhängig, während die Emigration bittet, daß eine fremde Regierung das kostbare Geschenk eines Heeres

von 200 000 Mann annimmt, ohne Garantie, nur für ein schönes Wort Amerikas!

Die Ursache dieses traurigen Gegensatzes zwischen der Emigration und dem Mutterlande ist unzweifelhaft der Zustand, der daheim herrscht. Wie die Mutter, so die Tochter. Sie sieht sich immer nach der Mutter um, sieht aber hier infolge der allgemeinen Verwirrung und des Mangels an einer deutlichen politischen Richtlinie keinen Fingerzeig für ihre Tätigkeit. Da sie aber etwas tun will, tut sie es auf eigene Faust und folgt den eignen Gefühlen und Sympathien, die sich aus der fremden Umgebung ergeben.

Diese Tatsachen sind eine bedrohliche und gefährliche Erscheinung für unsere Politik und müßten ein ernstes Memento für die politischen Parteien im Lande sein. Sie bilden noch ein besonderes Argument für die Notwendigkeit der Konsolidierung und die Schaffung einer gemeinsamen und einheitlichen politischen Richtlinie, die endlich der Politik der freien Hand im Auslande und unsrer Schwäche im Inlande ein Ende machen wird.

